

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das österreichische Exempel.

I.

Alle politische Entwicklung drängt zur Rechtsgleichheit, und die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze ist politische Kultur. Von dem tragenden Gedanken der bürgerlichen Rechtsgleichheit wird auch die Entwicklung des Wahlrechtes beherrscht, und überall strebt dieses zur Allgemeinheit und Gleichheit des Wählens. Das Wahlrecht, welches für die bürgerliche Auffassung vom Staate das Recht des Staatsbürgers ist, seinen Willen zu einer das Staatsleben beeinflussenden Kraft umzusetzen, beginnt in den modernen Verfassungen immer als Privileg, endet aber überall als gleichsam angeborenes Staatsbürgerrecht. So unaufhaltsam ist der Drang, mit den „Standesvorrechten“ auch auf dem Gebiete des Wahlrechtes aufzuräumen, daß wir die Entwicklung des Wahlrechtes solange nicht als vollendet empfinden, solange die Allgemeinheit und Gleichheit nicht erreicht ist. Dem geläuterten Sinn der Demokratie erscheint jede Ungleichheit im Wahlrecht als Verletzung der bürgerlichen Rechtsgleichheit. Deshalb bemißt sich in Wahrheit die Höhe der politischen Kultur des Staates nach dem in seiner Entwicklung verkörperten Grundjah der Rechtsgleichheit — denn die platonische Verkündung, daß vor dem Gesetze alle Bürger gleich sind, wird keine geschriebene Verfassung unterlassen; findet sie sich doch sogar in jener Verfassungs-urkunde, die die „Gleichheit“ der Preußen in die „Dritteilung“ der Klassen ummünzt. Wie ist es nun zu erklären, daß sich Preußen, welches bekanntlich „in der Welt voran ist“ und welches in allem zivilisatorischen und technischen sicher nicht an letzter Stelle steht, in der politischen Kultur so tief unten, fast schon an allerletzter Stelle befindet? In Oesterreich, dem einstmaligen Hort der Reaktion, dem Staate, wo vor noch nicht langer Zeit der Absolutismus nur durch die Schamperei gemildert erschien, in dem halbbarbarischen Oesterreich, auf das jeder Preuße mit einer gewissen Dosis von politischem Prokern herabzublicken sich gewöhnt hatte, ist vor drei Jahren das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt worden. Und in dem ganz barbarischen Ungarn, das schon hart an den Orient grenzt, wird es binnen Jahr und Tag unzweifelhaft Gesetz werden. Der „In der Welt voran“-Staat befindet sich aber noch immer in der Unkultur der Dreiklassenmacherei; und die „Reform“, womit die preussische Staatsregierung den deutschen Namen schändet, will das elendeste aller Wahlrechte als die von einer unerforschlichen Vorlesung dem Preußenvolke vorbeistimmte Verfassung für alle Ewigkeit erhalten. Wie soll es nun begriffen werden, daß sich in Oesterreich das allgemeine und gleiche Wahlrecht gegen alle Mächte des Rückschrittes durchgesetzt hat, wogegen in Preußen die Gewalten, die sich nicht vom Flecke rühren wollen, die stärksten zu sein scheinen? Wohl der entscheidende Grund dieses Unterschiedes, der dem preussischen Staate das Brandmal der Inferiorität aufdrückt, ist die Einseitigkeit und Volkseindlichkeit der Faktoren, die man die maßgebenden benennt, also vor allem der Regierung, die dem Volke weigert, was dem Volke gehört, weil sie sich ganz und gar als Exekutivorgan der herrschenden Junkerfamilie fühlt. Deshalb ist die Geschichte der österreichischen Wahlreform, die mit der Einführung des redlichen demokratischen Wahlrechtes im Jahre 1907 geendet hat, für die richtige Beurteilung der Dinge in Preußen so ungemein wichtig. Aus dem österreichischen Exempel können Regierende und Regierte in Preußen manches lernen.

Die stärkste Förderung hat die Wahlreform in Oesterreich von der Krone empfangen, und in Ungarn ist die nun ganz allgemeine Ueberzeugung von der Unerläßlichkeit, mit dem Wahlrecht der Privilegien aufzuräumen, geradezu das Werk des alten Kaisers. Nun ist es natürlich nur eine dynastische Legende, zum Ruhme des „väterlichen“ Monarchen erfunden, daß die Krone die Demokratisierung des Wahlrechtes aus purer Gerechtigkeitsliebe angestrebt hätte, aus dem leidenschaftlichen Triebe etwa, den breiten Massen den berechtigten Anspruch zu erfüllen. Vielmehr ist es selbstverständlich, daß die Krone bei ihrer Stellungnahme von ihrem eigenen Interesse bestimmt ward, daß der kaiserliche Gedanke mitgewirkt hat, den zentrifugalen Tendenzen, die in den nationalen Bewegungen am Bestand des Reiches zerrten, in der Einheit und Gleichheit des Wählens, dem das gemeinsame Parlament entkümmt, ein Gegengewicht zu bieten. Aber daneben hat unabweisbar auch die, um es so auszudrücken, monarchische Auffassung mitgewirkt, daß sich die Krone, die die Zustimmung der Gesamtheit als Besitztum für sich beansprucht, von der Dienstbarkeit für das Sonder- und Klasseninteresse bevorrechteter Schichten zu befreien habe und fähig und willens sein müsse, die Allgemeininteressen, die Notwendigkeiten der Entwicklung des Gesamtvolkes zu begreifen und zu erfüllen. Auch die Erkenntnis hat mitgewirkt, daß die Lebensfähigkeit des Kurienparlamentes unwiderbringlich verloren war; aber daß die Haltung der Krone auch von jenen Grundgedanken aller Wahlreformen bestimmt war, daß nämlich eine ungestörte und friedliche Entwicklung eines Staates an die Erfüllung der großen Notwendigkeiten der Zeit unauflöslich geknüpft ist, bezeugt unwiderleglich die Einbringung der Lauffischen Wahlreform, die in einer Zeit, im Jahre 1893, geschah, da das Kurienparlament noch in voller Rüstigkeit waltete und die Bewegung der Massen noch lange nicht jenen unwiderstehlichen Grad erreicht hatte, der sie in den entscheidungsschweren Jahren 1905 und 1906 auszeichnete.

Die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre, innerhalb des Staates wie im Auslande, ließen es der Regierung als Pflicht erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. . . . Der Grundgedanke des Gesetzesentwurfes (das allgemeine und gleiche Wahlrecht) erscheint der Regierung als ein Postulat der Staatsraison, indem nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung von den bisher rechtlosen Volkselementen drohen.

Die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre, innerhalb des Staates wie im Auslande, ließen es der Regierung als Pflicht erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. . . . Der Grundgedanke des Gesetzesentwurfes (das allgemeine und gleiche Wahlrecht) erscheint der Regierung als ein Postulat der Staatsraison, indem nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung von den bisher rechtlosen Volkselementen drohen.

Die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre, innerhalb des Staates wie im Auslande, ließen es der Regierung als Pflicht erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. . . . Der Grundgedanke des Gesetzesentwurfes (das allgemeine und gleiche Wahlrecht) erscheint der Regierung als ein Postulat der Staatsraison, indem nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung von den bisher rechtlosen Volkselementen drohen.

Die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre, innerhalb des Staates wie im Auslande, ließen es der Regierung als Pflicht erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. . . . Der Grundgedanke des Gesetzesentwurfes (das allgemeine und gleiche Wahlrecht) erscheint der Regierung als ein Postulat der Staatsraison, indem nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung von den bisher rechtlosen Volkselementen drohen.

Die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre, innerhalb des Staates wie im Auslande, ließen es der Regierung als Pflicht erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. . . . Der Grundgedanke des Gesetzesentwurfes (das allgemeine und gleiche Wahlrecht) erscheint der Regierung als ein Postulat der Staatsraison, indem nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung von den bisher rechtlosen Volkselementen drohen.

Die sorgfältige Beobachtung mannigfacher Vorgänge des öffentlichen Lebens während der letzten Jahre, innerhalb des Staates wie im Auslande, ließen es der Regierung als Pflicht erscheinen, in dieser ersten und wichtigen Frage selbst die Initiative zu ergreifen. . . . Der Grundgedanke des Gesetzesentwurfes (das allgemeine und gleiche Wahlrecht) erscheint der Regierung als ein Postulat der Staatsraison, indem nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechtes jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und damit der gesamten staatlichen Ordnung von den bisher rechtlosen Volkselementen drohen.

Marineischlampereien.

Am Mittwoch setzte die Budgetkommission des Reichstags die Beratung des Marine-Etats fort. — Für Betriebs- und Verbrauchsmaterialien werden 28 685 000 M. (2 712 000 M. mehr als im Vorjahr) gefordert. Als Grund wird angegeben, daß durch die In-

dienststellung weiterer großer Schiffe der Nassau-Klasse der Kohlen- und sonstige Materialverbrauch erheblich gestiegen sei. Erzberger beklagt, daß die Zuschläge zu den

Submissionen

nicht öffentlich erteilt werden und die Konkurrenten somit gar nicht erfahren, wer den Zuschlag erhalten hat und ob sie selber mit ihrem Angebot zu oberst oder zu unterst gestanden haben. Ihm sei ein Fall bekannt, daß eine leistungsfähige Firma, die immer abgewiesen wurde, schließlich — überhaupt hinzuzukommen, eine Offerte weit unter dem Selbstkostenpreis machte. Aber auch hier erhielt sie das bekannte hektographierte Schreiben, wonach das Reichsmarineamt von dem Angebot keinen Gebrauch machen könne. . . .

Genosse Sebering teilte hierzu folgende drastischen Fälle mit: Bei der Lieferung langer hölzerner Wischstangen für die Kieler Werft forderten für das Stück:

Der 1. Lieferant	4,25 M.	6,10 M.	10,70 M.
2. "	2,75	4,00	4,50
3. "	2,10	3,45	4,40

Die Lieferung erhielt der — erste Lieferant mit dem mehr als doppelt hohen Preise!

Weiter tadelte Genosse Sebering, daß die Werkverwaltungen der Resolution des Reichstages, wonach bei Bestellungen in erster Linie solche Firmen berücksichtigt werden sollen, die den zwischen Arbeitern und Unternehmern vereinbarten Arbeitstarif anerkennen und daß über geplante Änderungen der Abschläge der Arbeiterausfluß der betreffenden Werft gehört werden solle, nicht die erforderliche Beachtung schenken.

Endlich machte Sebering die sensationelle Mitteilung, daß von einem Torpedoboot in Wilhelmshaven Messingstangen, Kupferplatten, Wästel usw. im Werte von mindestens 500 M. über Bord geworfen worden seien. Das gleiche sei vorgekommen auf der Artillerieabteilung der Werft in Wilhelmshaven, die immer so sehr gelobt werde.

Als im November 1909 auf der kaiserlichen Werft zu Danzig die Revision stattfand, habe ein Mitglied des Werkvorstandes angeordnet: der Fische wegen Löcher ins Eis zu hauen. Bei Nacht seien dann in diese Löcher wertvolle Materialien verpackt worden, die bei geeigneter Zeit herausgeholt und verkauft werden würden.

Genosse Sebering erbot sich, dem Staatssekretär die Stellen mitzuteilen, wo das Material geborgen sei! Wenn sofort die erforderlichen telegraphischen Anordnungen gegeben würden, so könne man sich noch im Laufe des Tages von der Richtigkeit seiner Angaben überzeugen. Sebering hat denn auch sofort dem Admiral Darme eine genaue Beschreibung und Zeichnung der Dertlichkeit, wo die Schätze verdeckt sind, gegeben.

Am Donnerstag dürfte weiteres in der Sache bekannt werden.

Die Wahl im Kreise Mülheim-Wipperfurth-Gummersbach.

Einen neuen erheblichen Erfolg kann die Sozialdemokratie zu den vielen der Reichstagswahlen der letzten Monate buchen. Auf den ersten Anblick freilich kann er sich mit den glänzenden Siegen und gewaltigen Stimmensteigerungen der Vorwahlen nicht messen — aber bei eingehender Würdigung der Verhältnisse kann er sich sehr wohl neben ihnen sehen lassen. Der Wahlkreis hat mit Ausnahme des Stadtkreises Mülheim fast ausschließlich bäuerliche Bevölkerung. Die Agitation der Sozialdemokratie stößt auf ungeheure Schwierigkeiten. Sätze stehen ihr in den Landgebieten nur in ganz geringer Zahl zur Verfügung und im Landkreis Wipperfurth, wo das Zentrum dominiert, ist die Flugblattverbreitung für unsere Parteigenossen direkt mit Gefahr für Leben und Gesundheit verknüpft. Unsere Berichte über den Wahlkampf haben des öfteren Mißhandlungen sozialdemokratischer Flugblätter verbreiter gemeldet, haben mehrfach festgestellt, daß die örtliche Zentrumspresse solche Ausbrüche des rüdesten Fanatismus nicht nur nicht gemißbilligt, sondern vielmehr stets lobend erwähnt hat, ja direkt dazu angereizt hat. Alles unter der stillschweigenden Billigung der Zentrumsleitung und der leitenden Zentrumsblätter, die nie auch nur ein leises Wort der Mißbilligung für diese Dreckslegelaktion gefunden haben. Wenn es trotzdem unseren Genossen gelungen ist, die Stimmzahl der Sozialdemokratie um mehr als 2300 Stimmen zu steigern, so ist das sicherlich ein erfreulicher Erfolg und ein Zeugnis der eifrigen und unerschrockenen Arbeit der Genossen.

Um so mehr, als das Zentrum trotz der gewaltigsten Anstrengungen nur wenig über 400 Stimmen zugenommen hat. Es hatte sich das Ziel gesetzt, wie 1907 im ersten Wahlgang zu siegen. Aber auch in dieser seiner Domäne ist seine verätherische Haltung bei der Reichsfinanzreform nicht ohne Eindruck geblieben, der Zuwachs des Kreises an Wählern ist fast ausschließlich der Sozialdemokratie zugefallen und das Zentrum muß in der Stichwahl um das Mandat kämpfen.

Der Liberalismus ist wieder an die dritte Stelle gerückt, die er schon 1903 einnahm und aus der ihm nur noch einmal die „nationale Begeisterung“ der Hottentottenwahlen herausgeholt hat. Von ihm hängt jetzt der Ausgang der Stichwahl ab. Die Sozialdemokratie kann seine Entscheidung in kühler Ruhe abwarten. Für den Liberalismus hängt davon weit mehr ab als für die Sozialdemokratie!

Mülheim a. Rhein, 16. Februar. Das Ergebnis der Reichstagswahl im Wahlkreise Mülheim-Wipperfurth-Gummersbach ist

Nach amtlicher Mitteilung folgendes: Abgegeben wurden 40 013 Stimmen, davon 20 375 für Oberlandesgerichtsrat Marx-Püffel-dorf (Zentrum), 10 922 für Schriftsteller Dr. Erdmann-Röhl (Sozialdemokrat), 8462 für Rechtsanwalt Jall-Röhl (Nationalliberal) und 1186 für Pfarrer Dolmann-Summersbach (Christlich-sozial). Zersplittert waren 24 Stimmen. Die Stichwahl ist auf den 26. Februar festgesetzt.

Der Protest Neumünsters.

Zwei riesige Protestversammlungen, die von 3500 Personen besucht waren, tagten am Dienstagabend in Neumünster. Eine grenzenlose Empörung über das sinnlos-brutale Vorgehen der Polizei am Sonntag erfüllte die Teilnehmer. Es wurde festgestellt, daß der Polizeikommissar Gutschmann, der die Polizeibeamten kommandierte, der erste gewesen sei, der mit der Waffe geschlagen habe. Ferner wurde festgestellt, daß der Leiter des Polizeiwesens, Stadtrat Kissen, von seinem Balkon aus der Demonstration zugehört habe, sich aber zurückzog, als das Dreihäuser der Beamten begann; jedoch nicht, um das Gemisch zu verhindern, sondern um nicht Zuschauer zu sein. Die Versammlungen nahmen scharfe Resolutionen gegen die Polizei an, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Polizei der Stadt Neumünster nicht beanspruchen könne, als Schutz und Schirm für die Einwohner der Stadt zu gelten; sowohl die Leitung als auch die Beamten hätten sich unfähig erwiesen, die nötige Ruhe und Gemessenheit zu wahren. Die Versammlungsbefugnisse der Polizei ihre grenzenlose Verachtung aus und fordern insbesondere die Befestigung der Beamten, die sich gegen friedliche Bürger wie russische Kosaken benommen haben. Zum Schluss heißt es:

„Keine Polizeizeit — und sei sie noch so grausam — wird die Arbeiterschaft verhindern, das Recht der Straße für sich in Anspruch zu nehmen. Nun erst recht muß die Parole sein: Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht!“

Nach den Versammlungen ist es wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Die Versammlungsleiter hatten die Besucher aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen, was auch befolgt wurde. Ein Trupp junger Leute ist indes vor das Rathaus gezogen und hat der Erbitterung der Bevölkerung gegen die Polizei durch laute Pfuirufe Ausdruck gegeben. Sie haben auch mit Steinen auf Polizeibeamte geworfen. Besonders als der Kommissar Gutschmann aus dem Rathaus trat, ist mit Steinen und Kaffeeschalen geworfen worden. Gleichzeitig fiel ein Schuß, von dem nicht festgestellt ist, woher er kam. Jetzt stürzten die Polizeibeamten aus dem Rathaus und vertrieben die Menge vom Großen (Rathausplatz) mit blauer Waffe in eine der nächsten Straßen. Dabei wurde der dreißigjährige Arbeiter Ahrens an einem Arm so schwer verletzt, daß nach ärztlicher Angabe der Arm womöglich amputiert werden muß. Ein Polizist wurde durch einen Steinwurf verletzt. Nach neun Uhr rückte eine Kompanie des Infanterieregiments mit aufgeflossenen Bajonetten an. Nach dreimaliger Aufforderung und Trommelwirbel, den Platz zu räumen, verteilte sich das Militär in Gruppen in die am Platz liegenden Straßen. Erstere Zusammenstöße haben sich dann jedoch nicht mehr ereignet.

Das Wolffsche Bureau vermeldet, offenbar nicht ohne Absicht, daß die Menge vor dem Rathaus aus jüngeren Leuten bestand. Es ist deshalb notwendig zu betonen, daß der Tumult auf dem Marktplatz keine Demonstration der Arbeiterschaft war. In ihrer gewöhnlich nicht unverständlichen Erregung ob der Polizeigruel haben sich jüngere Leute, denen die Disziplin der Arbeiterbewegung noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist, zu Handlungen hinreizen lassen, die gewiß nicht halb so schlimm sind wie die Polizeimissetaten vom Sonntag, die aber doch sehr bedauerlich sind. Die Polizei von Neumünster und ihre Verteidiger sind freilich die letzten, die sich darüber zu beklagen haben, sie sind in letzter Linie die Schuldigen an den Vorkommnissen des Dienstagabends.

Der Wahlrechtskampf.

Wahlrechtsinterpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat, wie bereits berichtet, eine Interpellation eingebracht. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

„Was hat den Herrn Reichsminister veranlaßt, in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Beschlusse des Reiches und mehrerer Bundesstaaten getätigte allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?“

Die Wut der Wisnarschlinge.

Wir haben gestern die Anschuldigungen verschiedener bürgerlicher Blätter über die Massenunordnungen des letzten Sonntags mitgeteilt. Heute liegt eine Reihe weiterer Auslassungen liberaler, liberaler und konservativer Presse vor. Sie sämtlich im Auszuge wiederzugeben, fehlt der Raum. Nur eine dieser Stimmen möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten: die Anschuldigung der „Hamburger Nachrichten“, des Organs der Hamburger Schorfmacher und degenerierten Wisnarschlinge, da sie außerordentlich charakteristisch dafür ist, wie diese niedliche Tierpezage über das arbeitende Volk denkt. Das Blatt schreibt nämlich:

„Die maßlose systematische Wählererei, deren sich Tag aus Tag ein die sozialdemokratische Presse und nicht minder die führenden Genossen in den Parlamenten gegen die preussische Wahlrechtsvorlage befleißigt haben, hat gestern hier und da ihre Früchte gezeitigt. In Berlin und in anderen größeren Städten der preussischen Monarchie ist es zu Straßendemonstrationen gekommen, die, wie nicht anders zu erwarten war, zu Ruhestörungen und insofern auch vereinzelt zu blutigen Zusammenstößen zwischen dem Janhagel und der Polizei geführt haben. ... Dabei handelt es sich durchweg um eine künstliche Hege. Ohne die vorausgegangene revolutionäre Schär- und Wählerarbeit wäre der Pöbel selbstverständlich niemals auf den Gedanken verfallen, gestern gleichzeitig in den größeren Städten „plötzlich und unvermutet“, überall aus vollkommen freiem Entschluß, auf die Straßen zu ziehen, um so die Nachhader einzuschüchtern und ihnen durch Drohungen ihren Willen aufzuzwingen. Auch die Rüpelfegne, die am Donnerstag die sechs Genossen im preussischen Abgeordnetenhause zum Empfang des Herrn v. Bethmann-Hollweg aufgeführt hatten, sollte nach der Darstellung der sozialdemokratischen Blätter ein Akt der Spontanität gewesen sein, während sie in Wirklichkeit nichts anderes als einen wohl-vorbereiteten Theaterzug, einen sorgfältig einstudierten so-mäßigen Lustspiel bedeutete. Und so sind auch die gestrigen

Massenveranstaltungen und die Straßentumulte, die dabei vorgekommen sind, allesamt lediglich die praktischen Wirkungen der demagogischen Regie hinter der Bühne, der revolutionären Methode, nach der auf die Orde der Parteileitung der Kampf gegen das preussische Wahlrecht organisiert worden ist. Die Absicht und der Zweck bleiben bei den Führern und Agitatoren der Umsturzpartei immer die gleichen: alles wird sorgfältig darauf angelegt, daß es dank dem in Großstädten immer hilfsvorbereiten Pöbel zu Ausschreitungen kommt, so daß mit Waffengewalt dagegen eingeschritten und Blut vergossen werden muß. ... So werden die Massen für künftige revolutionäre Nachproben im großen Stille trainiert. Es bleibt immer wieder bedauerlich, daß nicht endlich ernstlich auf gesetzgebendem Wege Anstalten getroffen werden, die ermöglichen, die Häufelwüter, die Regisseure hinter der Bühne zu fassen und als die intellektuellen Urheber der Ruhestörungen, zu denen die Demonstrationen des Rechts auf die Straße führen müssen, exemplarisch zur Verantwortung zu ziehen.“

Die Städte und die Wahlrechtsreform.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Stadtverordnetenversammlung im Interesse der Stadt Magdeburg ersucht, bei dem Abgeordnetenhause um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preussischen Landtage zu petitionieren.

Die Frankfurter Wahlrechtschlacht vor den Stadtverordneten.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion zu Frankfurt a. M. brachte, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, am Dienstag eine Interpellation ein, in der der Magistrat um Auskunft ersucht wird über die Benützung der städtischen Straßenbahnwagen durch die Schutzleute am letzten Sonntag. Der Oberbürgermeister setzte es aber durch, daß die Interpellation vorläufig nicht zur Verhandlung kam, vielmehr vertagt wurde, weil der Magistrat angeblich „nichts davon weiß“, daß alle Werkstätten der städtischen Straßenbahn am Sonntag mit Schutzleuten besetzt waren.

Bei der Gelegenheit erklärte der freisinnige Stadtverordnete Goll, daß in Frankfurt wohl die gesamte Bürgererschaft ohne Unterschied der Parteifarbung empört sei über die unerhörten Brutaltaten der Frankfurter Schutzleute am vorigen Sonntag.

Die Justiz gegen den Wahlrechtskampf.

Die Montagsnummer der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ wurde wegen eines Artikels über die Wahlrechtsdemonstration konfisziert. 200 Exemplare wurden beschlagnahmt. In der Redaktion wurde Hausdurchsuchung nach dem Manuskript gehalten, um den Verfasser festzustellen. Sie war ergebnislos.

Demonstrationen.

Die Duisburger Polizeiatlagen.

Aus Duisburg wird uns geschrieben: Von der Polizeiatlage bei der heutigen Sonntagsdemonstration entwirft die bürgerliche Presse ein total falsches Bild, um den durch nichts gerechtfertigten Angriff eines einzelnen Polizeiaufgebots zu rechtfertigen. Diese Verläumdungen so sehr den Polizeistempel an der Stirn, daß ihre Verfasser nicht schwer zu erraten sind. Da die entstellten Berichte aber auch über Duisburg hinaus den Weg in die breitere Öffentlichkeit gefunden haben, so sei dem hier durch sachgemäße Darstellung entgegengetreten. Wie der „Vorwärts“ schon kurz berichtete, ist die Demonstration an sich in Duisburg in glänzender Weise verlaufen. Weit über 5000 Personen bewegten sich unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht und die Arbeiter-Parteilose singend durch die Straßen. Ein Aufzug, wie ihn Duisburg noch nicht erlebt hat. Die Polizei verhielt sich trotz großen Aufgebots, das aus dem ganzen Kreise zusammengezogen war, verhältnismäßig taktvoll. Wohl hatte sie die Hauptstraße durch starke Polizeikommandos an allen Nebenstraßen abgesperrt, aber sie ging doch nicht aggressiv vor und suchte nur die Demonstranten in die Nebenstraßen abzuschleusen. Nach etwa ein-stündigem Durchzuge durch die verschiedensten Straßen waren die Demonstranten schließlich im Mittelpunkte der Stadt, auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz, angelangt. Hier erfolgte langsame Auflösung der Massen. Teilweise gingen die Leute selbst in kleineren Trupps, teilweise wurden sie von den zahlreichen Polizeibeamten in die Seitenstraßen gedrängt. So geschah es auch mit einem Trupp von etwa 150 Personen, die durch die Kasinofstraße zur Beckstraße, eine enge, aber lebhaft besetzte Geschäftsstraße, abgeschoben wurden. In der Beckstraße stellte sich ihnen plötzlich eine Polizeiabteilung von 8 Mann unter Leitung eines Wachmeisters entgegen, die den Abziehenden den Weg versperrte! Das gab natürlich eine plötzliche Stauung. Die vorderen Reihen drehten sich um und wollten zurück, konnten aber in der engen Straße nicht, weil die Masse auf der lebhaften Verkehrsstraße sofort anschwellen und nach vorne drängte. Waren nun die Polizeibeamten auch nur ein klein wenig besonnen gewesen, so hätten sie die Leute ruhig gehen lassen. Statt dessen erdachte plötzlich ein Pöbel, und nun flogen die Säbel aus der Scheide und drauf ging es! Ein plötzliches Geschrei von Geschlagenen und Empörten durchzitterte die Luft. Einige aus den vorderen Reihen, die sich nicht wie tolle Hunde niederprägen lassen wollten, sprangen durch die Polizeireihe und liefen fort, die Polizei mit gezogenen Säbeln hinterher. Und nun gab es Hiebe nach allen Seiten. Ein Redakteur unferst Duisburger Parteiorgans wurde von drei Mann etwa 30 Schritt weit verfolgt, wobei er mehrere Hiebe über den Rücken und einen Säbelschlag über den Kopf erhielt, der eine klaffende Wunde hinterließ und ärztliche Hilfe notwendig machte. Ein altes 67jähriges (!) Mütterchen, das mit einem Korbe im Arm über die Straße ging, wurde in roher Weise zur Seite gestoßen, so daß die Greisin hinfiel und eine erhebliche Verletzung an der Stirn erlitt. Einige Schulkinder (!) erhielten Säbelschläge, ebenfalls mehrere Frauen, die sich vor den wütenden Polizisten nicht zu retten vermochten. Ein alter Javalibe, Krüppel und halber Idiot, der zufällig in die Nähe der Polizisten geraten war, wurde so verletzt, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Ein Passant erhielt einen Stich in den Rücken. Ueberhaupt sind die meisten Verletzungen durch Schläge auf fliehende erfolgt. Bis in die Häuser wurden die fliehenden verfolgt. An Gegenwehr war natürlich kein Gedanke. Es wäre das auch geradezu Wahnsinn gewesen. Und trotzdem berichtet das bürgerliche Presseblatt im „Volksstimme“ von einem „Sturm der Demonstranten auf die Polizei“ und ähnlichen, für die Nerven des honetten Bürgers berechneten Gruselfeldchen. Da eine solche Polizeiatlage nur an dieser Stelle erfolgte, so muß angenommen werden, daß es sich um einen in vollständiger Kopflosigkeit begangenen Angriff durch untergeordnete Beamte handelte, die in keiner Weise der Situation gewachsen waren.

Die Kundgebung in Königsberg.

In unserem Bericht über die Demonstration der Königsberger Arbeiterschaft, den wir im Grenzblatt vom Montag brachten,

ist durch ein Versehen die Zahl der Teilnehmer mit 8000 angegeben worden — die richtige Zahl ist 10 000.

Eine Kundgebung bürgerlicher Frauen Berlins.

Bürgerliche Frauen hatten zu Dienstagabend eine Protestversammlung gegen die Bethmann-Hollweg'sche Wahlrechtsreformvorlage einberufen, die von Männern und Frauen stark besucht war. Der Freisinn war durch Dr. Heinz Voithoff vertreten, der allerdings nicht im Sinne seiner Partei geredet hat, als wie der Redner der Demokraten, Dr. Breitscheid, für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen eintrat. Frau Toni Breitscheid betonte unter häuslichem Beifall, das Bürgerium müsse mit dem Proletariat zusammengehen und ihm auch folgen, wenn es stärkere Töne anschläge.

Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein Demonstrationzug, der nach dem Reichsfinanzpalais zu gelangen versuchte. Am „Kaiserhof“ wurde er von der Polizei aufgehalten und gesprengt. Bemerkenswert war, daß sich in dem Zug, obwohl nur wenig Arbeiter zu sehen waren, die Kampflieder der Arbeiterklasse großer Beliebtheit erfreuten. Die Marschkäse wurde immer wieder gesungen.

Zur politischen Lage in England.

London, 14. Februar. (Eig. Ber.) Seit dem Jahre 1886 war die Lage der liberalen Partei nicht so ernst wie im gegenwärtigen Augenblick. Wir stehen vor einer Abspaltung der Linken, wenn die Regierung den Einflüsterungen der Konservativen nachgibt und den Etat dem Vetorecht der Lords voransetzt. Die große Frage ist: „Budget first or Veto first?“ Soll die Regierung beim Zusammentritt des Parlaments die gewöhnlichen Staatsgeschäfte, darunter den Etat, vornehmen, oder soll sie ihrem Versprechen gemäß das Land vor die Alternative stellen: das Vetorecht der Lords einschränken oder abtun?

Die gemäßigteren Elemente der liberalen Partei sind der Ansicht, daß die Regierung vorerst den Etat erledigen müßte, ehe sie an die Oberhausreform herangehen könnte. In Wahrheit würde dies eine Vertagung der Oberhausfrage bedeuten.

Gegen diese Politik des Scheins, der Schwäche und der Unehrlichkeit wenden sich die Radikalen und die Zren. Sie haben der Regierung mit aller Deutlichkeit erklärt, daß sie einer derartigen Politik nicht folgen können und deshalb den Etat ablehnen müßten. Die Regierung würde in einem solchen Falle gezwungen sein, entweder die Hilfe einer entsprechenden Anzahl von Konservativen in Anspruch zu nehmen oder zurückzutreten. Die erstere Alternative wäre in einem Lande der Parteiregierung offenbar absurd. Die andere Alternative würde entweder zu Neuwahlen führen oder zur Übernahme der Regierung durch die Konservativen, wenn diese die Mitarbeit der Zren erhalten könnten.

In der Frage, ob eine Anzahl von Konservativen sich gestatten dürfen, der liberalen Regierung aus der Verlegenheit zu helfen und ihr die Annahme des Etats zu ermöglichen, herrscht in der konservativen Partei keine Uebereinstimmung. Die entschiedenen Tarifreformer erklären, die konservative Partei dürfe — nach allem, was bis jetzt geschehen ist — für den Etat nicht stimmen. Sollen die Liberalen die Regierung niederlegen und Neuwahlen veranlassen! Worauf diese Leute rechnen, ist etwa folgendes: Wahlen sind kostspielig und erschöpfend. Kommt es jetzt wieder zu Neuwahlen, so werden nur die Reichen instand sein, den Wahlkampf im großen Stille zu führen und zu siegen, während die Radikalen und die Arbeiter nicht die Mittel besitzen, den Wahlkampf so energisch zu führen wie im Januar.

Die Lage ist spannend. Man erwartet mit Ungeduld den Zusammentritt des Parlaments und die Verlesung der Thronrede am nächsten Montag.

Innerhalb des Kabinetts scheint viel Unsicherheit über die kommende parlamentarische Tagesordnung zu herrschen. Das „Daily Chronicle“, das vor einigen Tagen für „Budget first“ plädierte, gibt heute die Möglichkeit zu, daß die Regierung „Veto first“ vornehmen werde.

Bis zur Veröffentlichung der Thronrede wird die politische Luft wahrscheinlich voller Gerüchte sein.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Februar 1910.

Arbeitskammergesetz und Hausarbeitergesetz.

Nach dem Reichstag, 16. Februar. Ein Reihe sozialpolitischer Gesetzeswürfe, die in der vorigen Session bereits die Kommissionsberatung passiert hatten, infolge des Sessionschlusses unerledigt unter den Tisch gefallen waren, sind von der Regierung mit geringfügigen Änderungen wieder vorgelegt worden und kamen nun nacheinander wieder zur ersten Lesung.

Zunächst das Arbeitskammergesetz. Die Regierung hatte es für angebracht gehalten, sogar Bestimmungen wieder in das Gesetz hineinzubringen, die nicht nur von der Sozialdemokratie, sondern auch von halbwegs sozialreformistisch gerichteten bürgerlichen Parteien verworfen werden. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um diese Punkte, so vor allem um die Fragen, ob die Verhandlungen der Arbeitskammern öffentlich sein und ob die Arbeiter freie Auswahl für ihre Vertreter haben oder ob Arbeitersekretäre von der Vertretung ausgeschlossen sein sollen. Schon der Vertreter des Zentrums, der Elffinger Dr. Will, ging ziemlich scharf gegen die Engherzigkeit der Regierung vor, ebenso Herr Raumann für die Freisinnigen, worauf der Staatssekretär Delbrück den Versuch machte, die bureaukratische Abneigung gegen Arbeitersekretäre als einen besonderen Ausfluß des Wohlwollens für die „Freiheit“ der Arbeitervertreter in der Vertretung ihrer inneren Ueberzeugungen auszumalen. Er bedingte nämlich: ein Arbeitersekretär sei durch irgend ein Programm oder durch die Zugehörigkeit zu einer Organisation gebunden, also unfrei in seinem Urteil, während ein noch im Betriebe stehender Arbeiter als Arbeitskammervertreter völlig „frei“ der inneren Stimme seiner Ueberzeugung folgen könne. Dieser Gedankengang steht auf dem nämlichen Niveau wie der Philosophat des Herrn v. Bethmann-Hollweg über das System von „Abhängigkeiten“, in denen die Menschen leben. Beide logischen Purzelbäume der Herren Minister dienen ja auch dem nämlichen reaktionären Zweck: die Arbeiterrechte zu verkümmern.

Genosse Legien unterzog den Gesetzesentwurf sowie die Rede des Ministers einer scharfen Kritik. Er bezeichnete den Entwurf als ein Nachwerk des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Die Minister hätten sich schon völlig in die Auffassung der Unternehmer hineingelebt. Gabe doch der neugebadene Handelsminister Sydow einige Monate nach seinem Amtsantritt bereits die überraschende Entdeckung

verkündet, daß die Unternehmerrorganisationen keine Kampforganisationen seien! Legien erklärte: Ohne das Recht der Arbeiter, sich ihre Vertreter frei auszuwählen, also auch Arbeitersekretäre zu wählen, sei der Gewerkschaftsursprung für die Sozialdemokratie unannehmbar. Aber wir verlangen auch, daß die Handlungsgehilfen und technischen Beamten den Arbeitskammern eingegliedert würden und daß die Verhandlungen öffentlich sein müßten.

Ganz auf den Regierungsstandpunkt stellte sich eigentlich nur der Vertreter der konservativen Partei, Herr Regierungsrat und Rittergutsbesitzer v. Winterfeld-Renklin, dessen Gedankengänge sich ganz in der bürokratischen Schablone bewegten. Schließlich wurde der Entwurf einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Der Gesetzentwurf betreffs Regelung der „Hausarbeit“, wie die Heimarbeit hier wenig glücklich genannt wird, ist weniger ansprechbar. Seine Hauptmängel bestehen darin, daß er nicht durchgreifend genug ist und den Behörden für die Einzelregelung einen zu weiten Spielraum läßt. Genosse Robert Schmidt führte aus, daß von der Regierung nach den bisherigen Erfolgen nicht zu erwarten sei, daß sie den Rahmen, den das Gesetz bildet, durch zweckentsprechende Verordnungen in befriedigender Weise ausfüllen werde. Die Sozialdemokratie sei grundsätzlich Gegnerin der Heimarbeit, weil sie gesundheitsschädlich sei und den Arbeiter weniger widerstandsfähig gegen Ausbeutung mache. Zunächst müsse jedenfalls die Heimarbeit bei der Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln überhaupt verboten werden. Es sei auch notwendig, im Interesse der Heimarbeiter Zwangsbestimmungen für Mindestlohnsätze zu treffen. Sei das beim Kaltegesetz für Millionäre und in der Reichsversicherungsgesetzgebung für Kerze möglich, so müsse sich das doch auch für Heimarbeiter bewertvollstellen lassen.

Nach weiterer kurzer Diskussion wurde auch dieser Entwurf einer Kommission überwiesen.

Zustitzfragen.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die zweite Lesung des Staats der Justizverwaltung, die durch die Befreiung der Wahlrechtsvorlage und der nationalliberalen Interpellation über die Beamtenmaßregelungen unterbrochen war, fort. Die Zahl der Redner war unendlich, aber es wurden fast nur Wünsche lokaler Natur vorgebracht. Auch unser Genosse Leinert griff in die Debatte ein, um wie im Vorjahre die Einrichtung eines Untergarichts für Linden bei Hannover zu fordern. Wenn der Minister auch keine sofortige Erfüllung des Wunsches zusagte, so war doch seine Antwort schon weit entgegenkommender als vor einem Jahre.

Von Anregungen allgemeiner Natur sei hervorgehoben die Forderung der gesetzlichen Regelung der Berufsvormundschaft, wie sie sich in den Großstädten besonders für uneheliche Kinder entwickelt hat und wie sie bekanntlich auch die Sozialdemokraten erst wieder auf dem letzten preussischen Vorparlament befürwortet haben. Auch die Frage der Zeugniszwanghaft wurde an einem Beispiele gestreift und das Verlangen erhoben, dieses Mittel nur bei groben Straftaten anzuwenden. Der Minister stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Allgemeines Befremden dürfte die Rede des Abgeordneten v. Dieffen hervorrufen, der sich darüber beklagte, daß amtliche Schreiben manchmal zu höflich abgefaßt sind. Wir haben davon noch nichts gemerkt, aber ließe sich das Gegenteil feststellen. Aber es ist ja möglich, daß für die Ständegenossen des Herrn v. Dieffen ein besonderer Amittstil eingeführt ist.

Weiter sei erwähnt, daß von nationalliberaler Seite das Ueberhandnehmen der Verurteilung von Amtsanwälten gegen Schöffengerichtsurteile und die Zunahme der Revisionen von Staatsanwälten gerügt wurde — eine nur allzu berechtigte Klage, die leider erst dann aus der Welt geschafft sein dürfte, wenn die Staatsanwälte und Staatsanwälte nicht mehr ihren Ehrgeiz darin erblicken, um jeden Preis Verurteilungen zu erzielen.

Nicht gerade schmeichelhaft für die Justiz war der Nachweis des Abgeordneten Wüchtemann (frz. Sp.), daß in Pilschberg seit 1906 nicht weniger als sieben Morde unentdeckt geblieben sind. Natürlich, wenn die Polizei und die Staatsanwaltschaft ihre ganze Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie widmen, dann bleibt für ihre eigentlichen Aufgaben nichts übrig.

Endlich sei noch erwähnt, daß Abgeordneter Cassel (frz. Sp.) die unhaltbaren Zustände der Berliner Gerichtsverteilung, die sowohl für das Publikum als auch für die Anwälte viel Unbequemlichkeiten zeitigt, zur Sprache brachte.

Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt. Am Donnerstag fällt die Plenarsitzung mit Rücksicht auf die Arbeiten der Wahlrechtskommission aus.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Seniorenkonvent beriet abermals über die Einteilung der Geschäfte des Reichstags vor Oitern. Es bleiben dem Reichstag 17 Tage für die zweite Beratung des Staats. Vorgelesen sind vier Schwerinstage und für die ersten Beratungen vier Tage. Die sitzungsfreien Tage werden sich vom 26. bis 28. Februar erstrecken. Es ist aber möglich, daß ein Schwerinstag ausfällt, weil die sozialdemokratische Interpellation über die Aufhebungen des Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus gegen das Reichstagswahlrecht auf die Tagesordnung kommen wird. Für das Reichsamt des Innern, dessen Etat am Freitag zur Beratung kommen soll, sind fünf Tage vorgelesen. Die Zahl der Beratungstage ist beschränkt worden, weil jetzt die sozialpolitischen Gesetze — Arbeitskammergesetz, Hausarbeitsgesetz, Gewerbenovelle — einen Teil des Beratungstages für das Reichsamt des Innern fortnehmen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß das Reichsversicherungsgesetz noch eingebracht würde, und daß darum beim Reichsamt des Innern über diese Materie eine Debatte nicht stattfinden werde. Ferner ist das Kontrollgesetz auf die Tagesordnung zu setzen, so daß die Zeit im allgemeinen knapp bemessen ist und eventuell Abendstunden vorgenommen werden.

Bei dieser umfangreichen Geschäftstätigkeit wurde die Notwendigkeit eines proditorischen Erfahres für den kranken I. Präsidenten besprochen und gewünscht, daß die Konservativen für ihren erkrankten Präsidenten einen Ersatzvertreter stellen sollen. Wenn die Arbeiten der Budgetkommission erfolgreicher sind, dann wird nach dem Reichsamt des Innern der Etat der Marine beraten, darauf der Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, ferner die Post- und Reichsdruckerei, und schließlich die weiteren kleinen Etats.

Eine Erklärung Heines.

Genosse Heine schreibt uns:

Ich bitte Sie, folgende Entgegnung auf Ihre Notiz in der Nummer vom 15. Februar aufzunehmen:

Die Redaktion des „Vorwärts“ hätte sich denken können, daß der Bericht des „Berl. Tagebl.“ nur einen sehr knappen Auszug einiger Teile meiner einstündigen Rede geben konnte und hätte deshalb gut getan, vor Beginn seiner Polemik zunächst einmal mich selbst um Erklärung über den Zusammenhang meiner Äußerung zu ersuchen.

Nachdem ich die Wahlrechtsvorlage kritisiert und unsere Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ohne Unterschied des Geschlechts begründet hatte, ging ich zur Erweiterung der politischen Lage über.

Ich knüpfte an gewisse Äußerungen von Rednern in einer früheren Versammlung des Kreises an und bedauerte, daß sich eine gewisse Enttäuschung und Unzufriedenheit gezeigt hätte, weil unser Eintreten für die Wahlreform und weil die Straßendemonstrationen nicht schon zu einem Erfolge geführt hätten. Ich setzte auseinander, daß dies ein falscher Standpunkt wäre, daß ein solcher Kampf nicht von heute auf morgen gewonnen werden könnte, daß die Politik Geduld und einen langen Atem erfordere und zeigte dies an der Geschichte der englischen Wahlrechtsreformen. In diesem Zusammenhang sagte ich, daß auch gegenwärtig man sich auf lange und vielgestaltige geistige Kämpfe gefaßt machen müsse. Man dürfe auch jetzt nicht glauben, mit einem Schlage viel zu erreichen. Eigentlich revolutionäre Aktionen verbieten sich durch die Machtverhältnisse und würden nur den Gegnern nützen. Der Massenstreik sei durch die wirtschaftliche Lage ausgeschlossen. Straßendemonstrationen bleiben eben bloße „Demonstrationen“, solange keine revolutionäre Macht hinter ihnen stehe. Ihre Bedeutung hätten sie einerseits auf innerlichem Gebiet als eine Befriedigung des Bedürfnisses der Massen nach Kundgebung ihrer Entrüstung und andererseits als Agitationsmittel, zur Aufrechterhaltung der Gleichgültigen. Dagegen solle man nicht glauben, daß sie auf die Regierung und die reaktionären Parteien von Einfluß seien, sie belehren oder einschüchtern würden.

Das Wesen der notwendigen politischen Arbeit sei in dem Ausruf des preussischen Landesausschusses, des Parteivorstandes und der Wandtagoffiziere richtig gekennzeichnet. Ich gab aus diesem einige Sätze wieder. Das Wesentliche sei, dem ganzen politisch interessierten Volke zum Bewußtsein zu bringen, daß die Sozialdemokratie im Kampf für die Rechte und die Kultur des Volkes an erster Stelle stehe, und daß jetzt die Erringung des gleichen und geheimen Wahlrechts für Preußen die Hauptaufgabe wäre, an der alle teilnehmen müßten, die überhaupt Interesse für Kultur hätten, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. Dann folgte die Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, und ich schloß mit Verlesung der Resolution.

Dies dürfte jeder, der meine Rede aufmerksam angehört hat, der Redaktion bestätigen. Ich bedauere, daß ich den Namen des „Vorwärts“ in Anspruch nehmen muß, um diese Selbstverständlichkeiten wiederzugeben. Nachdem aber die Polemik einmal begonnen worden ist, bleibt mir nichts anderes übrig. Für so geläufig hätte man mich eigentlich halten können, daß ich nicht gegen eine Aktion reden würde, von der ich hörte, daß sie im Moment stattfinden würde. Aber bei der Erörterung der Aussichten des Kampfes war es unerlässlich, jedes Kampfmittel auf seine wirkliche Bedeutung zu prüfen, um so mehr als ich den unangünstigen Einfluß übertriebener Hoffnungen, die sich an solche Schritte knüpfen, beobachtet hatte.

Eine Teilnahme an dem Umzuge kam für mich nicht in Frage, weil ich unmittelbar nach der Versammlung zum Bahnhof gehen und nach Halle reisen mußte, wo Montag früh eine umfangreiche Gerichtsverhandlung begann und wo ich dringendes zu tun hatte.

Halle a. S., den 15. Februar 1910.

Wolfgang Heine.

Genosse Heine meint, wir hätten den Verzicht sollen, daß das „Berl. Tagebl.“ nur einen sehr kurzen Auszug seiner Rede geben konnte. Wir haben aber bereits in unserer Notiz darauf hingewiesen, daß wir uns bei Genossen, die an der Versammlung teilnahmen, erkundigten und die Auskunft erhielten, der Bericht des „V. T.“ sei vollständig sinngemäß. Die Mahnungen des Genossen Heine sind also ganz überflüssig.

Genosse Heine bestreitet die Richtigkeit des Verichts; selber nicht mit der genügenden Schärfe, da er nur von einem „sehr knappen Auszug“ seiner Rede spricht; wir hätten gewünscht, daß er diesen Verzicht doch als wesentlich unrichtig und entstellend bezeichnet hätte. Läßt ihn doch der Verzicht sagen: „Mit Straßendemonstrationen ist nichts zu erreichen, denn politisches Gewicht haben sie nicht“; also fast das Gegenteil von dem behaupten, was Genosse Heine als Inhalt seiner Rede skizziert. Aber auch die Äußerungen, die Genosse Heine gegen die Erfolgsmöglichkeiten der Straßendemonstrationen getan zu haben zugibt, waren unseres Erachtens in dieser Situation durchaus nicht am Plage.

Ein edler Antrag der Edelsten.

Die konservative Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat folgenden Antrag eingebracht:

„Das Haus wolle beschließen, seine Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß wirksame Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses und zur Einschränkung von Reden, welche die Zeit des Hauses ungebührlich in Anspruch nehmen, getroffen werden.“

Das „Pflui!“ für Bethmann Hollweg hat die sonst so starknervigen Junker also doch nervös gemacht! Und daß sie längere Reden nicht hören mögen, das versteht sich auch; denn die Zeit können sie für Schlafen, Essen, Trinken, Jagen u. dergl. natürlich viel besser verwenden. Sie selber aber haben nicht nötig, lange Reden zu halten. Sie pfeifen nur, und die preussische Regierung tanzt! —

Die Schiffsabgaben und das Ausland.

Die heftige Opposition des Auslands, vornehmlich Oesterreichs, gegen die geplanten Schiffsabgaben auf deutschen Strömen haben die Regierung bestimmt, an der Spitze der letzten Nummer der „Nordd. Allgem. Jtg.“ folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Nachdem der Bundesrat zur Frage der Schiffsabgaben Stellung genommen hat, wird der voraussichtliche weitere Verlauf dieser Angelegenheit in einem Teil der ausländischen Presse lebhaft erörtert. Dabei begegnen wir Ausführungen, die von der Vorstellung ausgehen, daß die Reichsregierung zu einer einseitigen Lösung der Frage ohne Rücksicht auf bestehende Verträge mit ausländischen Staaten greifen könnte. Derartige Vorstellungen sind irrig. Bei der weiteren Behandlung der Schiffsabgabenfrage ist mit der Beg freundschaftlicher Verständigung gangbar.“

Neue Wege des Reichsverbandes.

Die bisherigen Methoden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie scheinen nicht mehr den gewünschten Erfolg zu haben; denn er hat eine ganz neue umfassende Aktion eingeleitet, um die Arbeiterklasse mit den journalistischen Fabrikanten der Lieberbergarde zu überschneiden. An die „politisch zuverlässigen“ Unternehmer in ganz Deutschland ist, datiert Berlin, 11. Februar, und unterzeichnet: V. Diebert, R. d. R., und Dr. Goverssen, ein Rundschreiben ergangen, worin der neue Plan auseinandergesetzt wird. Es soll nämlich eine neue systematische Auffklärung der Wählermassen im staatsrechtlich Sinne durch Flugblätter ins Werk gesetzt werden. Mit unverhülltem Reid wird darauf hingewiesen, „in welcher vorteilhafter Lage sich die Sozialdemokratie bei der Verteilung von Flugblättern“ befindet. „Bei der großartigen

Disziplin, die unter ihren Anhängern herrscht, stehen sie für die Verbreitung von Flugblättern zu jeder Stunde große Massen von Hilfskräften zur Verfügung, die gerne bereit sind, treppauf, treppab zu laufen, um die Flugblätter in jedes Haus, jede Hütte zu tragen. Die staatsrechtlichenden Parteien und nationalen Vereine, wie auch der Reichsverband, sind in den meisten Fällen genötigt, für ihre Tätigkeit bei der Flugblattverbreitung bezahlte Hilfskräfte anzuwerben, die oft genug, zu einem Teil wenigstens, im Herzen sozialdemokratisch gesinnt sind und deren man insofern in keiner Weise bei dieser Arbeit sicher ist. Es hat bei den Wahlen wiederholt festgestellt werden können, daß die Flugblattverteiler der bürgerlichen Parteien die ihnen zum Austragen übergebenen Flugblätter in großen Massen beseitigt und vernichtet haben, ohne sie auftragsgemäß zu verteilen.“

Auch der Weg, die Flugblätter durch die Arbeitgeber, die an der zielbewußten Aufklärung ihrer Arbeiter selbst ein Interesse haben, verteilen zu lassen, habe sich nicht bewährt, „weil nun einmal die meisten der von der Sozialdemokratie ausgehenden Arbeiter von starkem Mißtrauen befeelt sind gegen alles, was ihnen von seiten der Arbeitgeber in die Hand gegeben wird. Infolgedessen sind auch die von den Arbeitgebern an ihre Arbeiter verteilten Flugblätter meist nicht gelesen worden, wo es geschah, waren die Wirkungen eines derartigen Flugblattes meist recht zweifelhaft.“

Auf Grund dieser trübten Erfahrungen hat deshalb der Reichsverband sich entschlossen, es einmal mit „neuen Wegen“ zu versuchen, das kann er aber nur, wenn er von den Arbeitgebern in seinem Vorgehen nach Kräften unterstützt wird.“

Es wird dann entwickelt, wie sich diese Unterstützung zu bewerkstelligen hätte, und zwar in zweierlei Form:

„Die Herren Arbeitgeber übersenden der Berliner Hauptstelle des Reichsverbandes eine genaue Liste der bei ihnen beschäftigten Arbeiter mit voller Adresse. . . Auf Grund dieser Listen werden dann von der Hauptstelle aus alljährlich drei- bis viermal, also im Durchschnitt etwa alle Vierteljahre, an sämtliche in diesem Verzeichnis aufgeführten Arbeiter ein oder mehrere Flugblätter durch die Post versandt. Auf diese Weise würde also jeder der in den Verzeichnissen aufgeführten Arbeiter mehrmals im Jahre durch die Post im besonderen Umschlag belehrende Flugblätter erhalten. Da die Arbeiter keine allgütige Briefkorrespondenz zu haben pflegen, wird jede derartige Sendung von ihnen sicher mit Aufmerksamkeit entgegengenommen und ihr Inhalt auch beachtet werden und zwar vermutlich nicht nur von den Arbeitern selbst, sondern auch von der Frau und der Familie.“

Um diese Flugblattverbreitung möglichst mannigfaltig zu gestalten, wird von uns beabsichtigt, nicht auf einmal ein und dasselbe Flugblatt an alle Arbeiter durch eine Sendung zu übermitteln, sondern es soll dies in einem fortwährenden Wechsel geschehen. Hierfür ein Beispiel: Ein Arbeitgeber beschäftigt 60 Arbeiter; alsdann erhalten im Monat Januar 30 dieser Arbeiter das Flugblatt Nr. 65 des Reichsverbandes, im Februar 30 Arbeiter das Flugblatt Nr. 70, die letzten 30 Arbeiter endlich im März das Flugblatt Nr. 103. Im Monat April bekommen diese drei verschiedenen Schichten abermals drei verschiedene Flugblätter und so fort, so daß auf diese Weise die in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter nicht nur alle drei Monate einmal ein Flugblatt bekommen, sondern in Wirklichkeit alle Monate eins. Denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die ersten 30 Arbeiter, die das Flugblatt Nr. 65 bekommen haben, dieses auch an die anderen 30 Arbeiter zum Lesen weitergeben werden, die die Flugblätter Nr. 70 und 103 erhalten sollen und umgekehrt, so daß also auf diese Weise eine fortwährende Verbreitung der gesamten Arbeiterklasse durch aufläufende Flugblätter erzielt wird.“

Diese neue Einrichtung, die ihre Erfinder selbst als „zielbewußt und großzügig“ charakterisieren, kostet natürlich schweres Geld, und in diesem Punkte scheint es beim Reichsverband zu hapern. Er ist, wie er sagt, „leider finanziell nicht so gestellt wie die Sozialdemokratie, die alljährlich über Millionen von Einnahmen verfügt“. Er kann daher auch die Kosten für seine neueste Erfindung nicht aus eigenen Mitteln bestreiten, deshalb sollen die Unternehmer, bei denen er ein großes Interesse für die Förderung einer staatsrechtlichden Gesinnung ihrer Arbeiter voraussetzt, in denbeutel greifen und dem Reichsverband wenigstens die baren Portoaufgaben ersetzen; denn sonst müßte der Reichsverband jährlich Hunderttausende bloß für Porto aufbringen“, während für den einzelnen Arbeitgeber die in Frage kommende Summe sehr gering sein würde. Auch hierfür wird ein Beispiel angeführt:

„Ein Arbeitgeber beschäftigt 100 Arbeiter. Da der Reichsverband nicht bloß Flugblätter, sondern auch Flugchriften, und auch nicht immer nur ein Flugblatt, sondern in einzelnen Sendungen auch mehrere Flugblätter an die Arbeiter versenden will, muß er damit rechnen, daß in den meisten Fällen jede Sendung 5 Pf. Kosten verursachen wird. Diese 5 Pf. will der Reichsverband von den beteiligten Arbeitgebern getragen haben. Ein Unternehmer, der 100 Arbeiter beschäftigt, würde also dem Reichsverband zu zahlen haben 100 mal 4 mal 5 ist gleich 2000 M. jährlich, eine gewiß recht beachtenswerte Summe, die in Anbetracht des großen und guten Zweckes die Herren sicherlich gern tragen werden.“

Die deutschen Arbeiter können sich also darauf einrichten, daß sich in nächster Zeit aus der großen Reichsverbandsschule in Berlin eine Sintflut von journalistischen Schmutzleistungen über sie ergießen wird.

Altes Eisen!

Bekanntlich erwarb das Reich im Herbst 1907 die auf dem Bodensee verankerte schwimmende Ballonhalle des Grafen Zeppelin, die in der Folge dann als „Reichsballonhalle“ bezeichnet wurde. Graf Zeppelin erhielt die Halle vom Reich mit 600 000 M. bezahlt. Jetzt hat die Erbauerin derselben, die Firma Albert Duh in Wylten, die Halle zurückgekauft, angeblich „auf Abbruch“. Die Halle wurde nach Ludwigshafen geschleppt und dort demontiert. Wer sich wundert, daß sie in den wenigen Jahren schon unbrauchbar geworden sein sollte, dem sei gesagt, daß dies keineswegs der Fall ist. Die Firma Duh will die Halle nämlich in Frankfurt a. M. oder Baden-Baden wieder aufbauen!

Ist es schon merkwürdig, daß das Reich, das immerwährend neue Ballonhallen auftrifft, für eine noch brauchbare Halle keine Verwendung mehr haben sollte, so wird die Sache noch interessanter (namentlich für den Steuerzahler), wenn man hört, was die Firma Duh beim Zurückkauf für die Ballonhalle zahlte. Während sie dem Reich nämlich 600 000 Mark kostete, erhielt die Baufirma dieselbe für 60 000 Mark zurück! Ueber eine halbe Million Mark hat das Reich bei diesem Geschäft also gewissermaßen in das Wasser des Bodensees geworfen! Der aus dem Kleier Werkstoff bekannte Herr Frankenthal wird vor Reid bersten, wenn er von dem Geschäft hört, das ihm da aus der Kasse gegangen ist. Neben den beiden älteren kostspieligen Geschwistern „Milliarismus“ und „Marinismus“ kann sich anscheinend das jüngste reichsdeutsche Produkt, der „Kerismus“, schon recht hübsch sehen lassen! Ob aber die deutschen Steuerzahler so ohne weiteres

damit einverstanden sind, ihr Geld auf diese Weise fliegen zu sehen, erscheint uns doch recht fraglich!

Brauereitarif und Kommunbrauereien.

München, 15. Februar.

Die Spezialdiskussion über das Malzaufschlaggesetz beschäftigt sich in der Hauptsache mit dem Steuertarif und den Kommunbrauereien.

Bei der Gestaltung des Steuertarifs stand die Frage der Abwälzung im Vordergrund. Die Vertreter der kapitalkräftigen Brauereien beurteilen die verschiedenen vorliegenden Steuertarife ganz besonders von dem Gedanken aus, ob sie geeignet sind, alle Brauereien zur Abwälzung zu zwingen. Es besteht nämlich in den Kreisen der Großbrauer die Befürchtung, daß möglicherweise die Mittelbrauer und Kleinbrauer die Bierpreiserhöhung nicht mitmachen, die Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten also vereitelt werden. Aus dieser Befürchtung heraus wurde auch der Antrag eines Zentrumsabgeordneten abgelehnt, der circa 8000 Kleinbrauereien keine weitere Steuererleichterung gewähren sollte. Es war nicht uninteressant, daß die bürgerlichen Parteien in ihrer großen Mehrheit gegen den Antrag der Kleinen stimmten, trotzdem die Freunde jenes Antrages besonders betonten, daß bei Nichtannahme Tausende von Kleinbauern zugrunde gehen müßten. Die sozialdemokratische Fraktion trat für denselben ein aus dem Grunde, weil sie jede Maßnahme unterstützt, welche die Erhaltung der alten Bierpreise ermöglicht.

Eine besondere Erscheinung im Brauergewerbe Bayerns sind die Kommunbrauereien in der Oberpfalz und den Frankenkreisen. Sie gehen auf alte Brau- und Schankrechte zurück, die auf bestimmten Häusern in der Gemeinde ruhen. Solche Brauberechtigten einer Gemeinde besitzen eine gemeinsame Braustätte, die von allen der Reife nach benutzt wird. Ein Teil derselben schenkt das Produkt selbst aus, ein anderer Teil verkauft es an Schankwirts und ein dritter Teil konsumiert es in der eigenen Haushaltung. Solcher Brauereie werden in Bayern noch weit über tausend tatsächlich ausgeübt; mehr als 8000 ruhen zurzeit. Die Kommunbrauereien oder Genossenschaftsbrauereien befinden sich nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten und besitzen hier vollständig modern eingerichtete Brauhäuser.

Es galt nun, diesen Genossenschaftsbrauereien eine kleine Vergünstigung im Wege zuteil werden lassen. Wiederum erklärten sich die Mitglieder der Großbrauereien gegen den vorliegenden Antrag, weil sie befürchten, daß auch die Genossenschafts- oder Kommunbrauer mit dem Bierpreis, der heute noch vielfach pro Liter 20 Pf. beträgt, nicht in die Höhe gehen und so die Abwälzung der Steuer erschweren oder unmöglich machen.

Ein scharfer Konkurrenzkampf zwischen den Brauereien steht schon heute in sicherer Aussicht.

München, 16. Februar. Die Kammer der Abgeordneten nahm mit 82 gegen 42 Stimmen das Malzaufschlaggesetz an.

Protest der Schiffer gegen Stromzölle.

Am Dienstag tagte in Kellers Saal in der Köpenicker Straße zu Berlin eine sehr stark besuchte Versammlung von Schiffseignern. Den einleitenden Vortrag hielt Rechtsanwalt Oskar Lohm. Der Referent setzte auseinander, daß die beabsichtigte Einführung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen eine neue unerträgliche Belastung des kleinen Schiffbesitzers bedeutet. Diese neue Abgabe würde für die Strecke Hamburg—Havelock—Berlin für einen Kahn von 600 Tonnen mit 450 Tonnen Ruchst 67,88 Mark betragen. Dazu kommen die bisherigen Lasten: 67,50 M. Schleusengeld und 10 M. bei leerer Ruchst. In Zukunft soll auch noch an zwei anderen Schleusen Gebühr erhoben werden, so daß die Abgaben für einmalige Hin- und Rückfahrt zwischen Hamburg und Berlin insgesamt 200 M. betragen. Ein Schiffer, der diese Strecke jährlich 8—9 mal zurücklegt, hat also 1600 bis 1800 Mark Abgaben zu entrichten. Daß der kleine Schiffer durch die Mehrbelastung, welche ihm jetzt auferlegt werden soll, ruiniert werden muß, ist klar. In anschaulicher Weise zeigte der Referent, daß es die Agrarier sind, durch deren Politik und durch deren Einfluß auf die Regierung die Interessen der Arbeiter, der kleinen Gewerbetreibenden und auch der Schiffer auf das schwerste geschädigt werden. Der Sozialdemokratie müssen sich die Schiffer anschließen, wenn sie in politischer Hinsicht ihre Interessen gewahrt wissen wollen, und durch den Zusammenschluß in der Organisation der Kleinschiffer können sie ihre besonderen Berufsinteressen wahrnehmen.

Daß die Ausführungen des Referenten volles Verständnis bei den Versammelten fanden, bewies der lebhafteste Beifall, welcher ihm spendend wurde. — Einstimmig wurde die nachstehende Resolution angenommen:

Die Versammlung erhebt den schärfsten Protest gegen die von der preussischen Regierung vorgeschlagenen und vom Bundesrat angenommenen Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen. Die kleinen Schiffseigner, die sich ohnehin schon durch die hohen Kanal- und Schleusenabgaben und dem in den kanalisierten Wasserstraßen bestehenden ungerechten Vorschleusenrecht in ihrer Existenz bedroht sehen, erblicken in dem jetzigen Vorgehen der preussischen Regierung, die alten, in den 60er Jahren als zu verkehrseindlich abgeschafften Stromzölle wieder neu einzuführen und auf ihr Gewerbe zu legen, den vollständigen Zusammenbruch ihres ganzen Standes. Die Versammelten verkennen nicht, daß die Wasserstraßen zwecks ihrer Erhaltung und Verbesserung Opfer an Geld und Arbeit fordern, sie sind sich aber auch bewußt, daß nicht nur die Schifffahrt, sondern die gesamte Nation der Wasserstraßen bedarf, weshalb diese verschleht ist, für die Erhaltung und Verbesserung der Wasserstraßen wie anderer Kulturarbeiten zu sorgen. Die Versammelten richten daher an die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften das dringende Ersuchen, den Gesetzesentwurf zur Einführung neuer Schiffsabgaben abzulehnen."

Polizeihauptmann Stephan beurlaubt.

Polizeihauptmann Stephan, der Held der Polizeialade an der Friedrichsgracht bei der Wahlrechtsdemonstration des Jahres 1906, neuerdings wieder viel in der Öffentlichkeit genannt wegen seines Auftretens nach der Fetterversammlung, ist bis zum 4. März beurlaubt worden. Am letzten Sonntag war er schon vom Dienst befreit.

Gegen die Freisprechungen der anlässlich der Fetterdemonstration Angeklagten hat die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt. Gegen Polizeihauptmann Stephan und Polizeileutnant Altrogge hat Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld eine Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung und Verleumdung gestellt, es scheint gegenwärtig gegen beide ein Ermittlungsverfahren.

Echt preussisch.

Der Regierungspräsident in Potsdam hat unterm 30. Januar an die Kreis Schulinspektoren folgende für die Lehrer bestimmte Verfügung erlassen, in der es heißt:

„Wenn es auch zu verstehen ist, daß die Regelung der Gehaltsfragen eine lebhafteste Anteilnahme beansprucht, so kann es nicht die Billigung außerhalb der Lehrerschaft stehender Kreise finden, wenn zur Erreichung höherer Gehaltsätze die Mithilfe solcher Gemeindevertreter erbeten und zugesagt wurde, deren politische Stellung zu den erzieherischen und staatlichen Grundfragen, wie sie ein Lehrer zu vertreten berufen ist, in direktem Gegensatz steht. Auch ist hier und da den Gemeindevertretern, die ab-

weichend von der Mehrheit für höhere Ortszulagen gestimmt haben, der besondere Dank von Lehrervereinen ausgesprochen worden. Das ist namentlich in einer Gemeinde vorgekommen, in welcher eine sozialdemokratische Mehrheit für höhere Gehälter gestimmt hatte, als sie von der Gemeindevertretung bewilligt wurden. Dem Ansehen und der Würde der Lehrerschaft kann mit einem derartigen Verhalten nicht gebient sein.

Schließlich müssen wir es entschieden mißbilligen, wenn die auf Erhöhung der Gehaltsätze zielenden Bestrebungen in der Presse der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind und zu einer abfälligen Beurteilung der Haltung der Gemeindevorstände geführt haben."

Demnach dürfen die Lehrer nur auf dem sogenannten Dienstwege untertänigst um Gehaltserhöhungen nachsuchen. Dagegen widerspricht es nach den eigenartigen Begriffen des Potsdamer Regierungspräsidenten, ihrer Würde, wenn sie in der Presse ihre Forderungen öffentlich vertreten, die Gemeindevorstände zu interessieren suchen und sogar solchen Gemeindevorstreitern, die für Gehaltserhöhungen der Lehrer stimmen, besonders wenn diese Gemeindevorsteher sozialdemokratisch gesinnt sind, nachträglich ihren Dank aussprechen. Gar sonderbar malt sich doch in den Köpfen mancher preussischer Bureaukraten die Welt.

Bethmanns Aufwartung bei den Agrariern.

Herr v. Bethmann, der im Reichstag so schweigsame, empfahl sich heute in einer längeren Rede, die er beim Festbankett des Deutschen Landwirtschaftsvereins hielt, der Gunst der Agrarier. Er pries die agrarische Wirtschaftspolitik und versprach, an ihre Festhaltung. Dann bemühte er die Wohlgenügendkeit seiner Söhne, um eine Verteidigungsrede gegen die Kritik zu halten, die alle nicht hochagrariischen und konservativen Kreise an seiner Politik übten. Er versicherte, daß auch er wie der Landwirt Unverdroßtheit, Ausdauer und Geduld dringend nötig habe. Etwas großsprecherischer meinte er:

„All die Hagelschauer der Kritik, die auf mich niederfallen, machen mich nicht irre, wobei mir als Wettersehler nicht so sehr der schon etwas abgetragene Mantel des Philosophen dient, den mir freundliche Mitmenschen immer wieder um die Schultern hängen, als die Überzeugung, daß mir die Pflicht gegen Kaiser und Reich zu handeln gebietet, wie ich handle."

Dann versicherte er, daß er süddeutsches Wesen nicht mißachte, daß aber Preußen stark bleiben müsse, um seine Stärke in den Dienst des Reiches stellen zu können.

Die Agrarier nahmen die Versicherungen ihres Funktionärs mit Freundschaft entgegen.

Die Handelsbeziehungen mit Kanada.

Wie aus Ottawa telegraphiert wird, hat der Finanzminister gestern im Parlament angekündigt, daß eine provisorische Regelung des Handelsverhältnisses zum Deutschen Reich bevorstehe. Ein allgemeiner Handelsvertrag werde wahrscheinlich folgen.

Der mährische Landtag gegen die Schiffsabgaben.

Brünn, 15. Februar. Der Landtag nahm eine Resolution an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, unter keiner Bedingung die Aufhebung der freien, durch internationale Verträge garantierten Elbschiffahrt zuzulassen und unter keinem Vorwande der Erhebung von Abgaben auf der Elbe, deren Einführung Deutschland zum Schaden der Industrie und des Handels von Oesterreich beabsichtigt, zuzustimmen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kassel.

wurden fünf bürgerliche Kandidaten mit einer Mehrheit von circa 900 Stimmen gegen die Sozialdemokraten gewählt. Der Reichsverband trieb ungeheuren Terrorismus und brachte damit das ganze Beamtenheer an den Wahltisch. So siegte denn auch die reichsverbändlerische Liste mit 5360 Stimmen über die sozialdemokratische, die 4480 Stimmen aufbrachte.

Frankreich.

Eine Niederlage französischer Truppen in Zentralafrika.

Paris, 16. Februar. Eine Depesche aus Dakar meldet dem Marineminister, daß am 4. Januar im Wadailand, drei Tage-märsche von Abcher entfernt, eine Abteilung französischer Truppen von dem Sultan von Massalat in einen Hinterhalt gelockt wurde und sehr beträchtliche Verluste erlitten hat. Nähere Mitteilungen sind sofort verlangt worden. — Nach einer Privatmeldung haben die französischen Truppen bei dem Kampfe im Wadailande drei Offiziere, darunter den Hauptmann Fiegenschuh, zwei europäische und acht schwarze Unteroffiziere sowie 102 Senegalschützen verloren.

Die offizielle Darstellung.

Paris, 16. Februar. Der Kolonialminister teilt mit: Hauptmann Fiegenschuh, der in Abcher, der Hauptstadt von Wadai, stationiert war, unternahm Anfang Januar einen Erkundungsmarsch nach Massalat; er hatte 100 Senegalschützen und eine Anzahl anderer Leute unter zwei Leutnants und einem Sergeanten bei sich. Der Hauptmann war im Vertrauen auf einen Brief, den er vom Sultan von Tagedin erhalten hatte, der Ansicht, daß der Zug friedlich verlaufen würde. Die Kolonne wurde jedoch am 4. Januar unversehens in einem Hohlweg bei Abir Taml drei Tagemärsche südlich von Abcher am Ued Kabja angegriffen. Der Feind, der hinter Felsen und Buschwerk versteckt war, vernichtete die Kolonne beinahe, da sie sich nicht wirksam verteidigen konnte. Nur acht Schützen und einige andere Leute konnten entkommen. Es sind sofort Maßnahmen zur Verstärkung der Truppe in Abcher getroffen worden, um die Sicherheit der Posten zu gewährleisten und einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse in Wadai zuvorzukommen.

England.

Der Sieger.

London, 16. Februar. Im Unterhause erschien heute auch Josef Chamberlain, um den Halbtagungsbericht abzulegen. Chamberlain war offensichtlich sehr schwach und das Gesicht wurde ihm schwer. Sein Sohn Austin Chamberlain und Biscouni Morpeth hielten ihn. Der Sprecher beglückwünschte Chamberlain zu seiner Rückkehr in das Unterhaus.

Rußland.

Sozialdemokratische Dumaabgeordnete im Gefängnis.

Am 1. Februar wurden die Abgeordneten der zweiten Duma, die Genossen Judin, Tschaschin, Petroff, Rixonoff, Poliwanooff und Wagshanooff, die im Hochverratsprozeß gegen die sozialdemokratische Fraktion zur Zwangsarbeit verurteilt, aber bisher in den Petersburger Gefängnissen interniert waren, vollkommen unerwartet mit dem Nachzuge nach Wolgda transportiert, von wo sie nach dem Katorgagefängnis

in Alexandrowka (in der Nähe von Zerkow) und von dort nach Serebnin geschickt werden sollen. Den Dumaabgeordneten, Genossen Tschaschin, Beloussoff und Rudnowoff wurde wieder im Transportgefängnis nach am Bahnhof gestattet, von den Verbannenen Abschied zu nehmen oder ihnen Geld zu überreichen. Der Konvoioffizier erklärte sich bloß bereit, ein „Almosen" für die ganze Gefangenendeckung anzunehmen. So wurden die Erwahlten des Volkes in Nacht und Nebel, mit Ketten beladen, nach den sibirischen Katorghöhlen geschickt.

Am 8. Februar wurden die Abgeordneten der zweiten Duma, Genossen Gessoff, Anissimoff, Kizienko, Beloussoff und Patanoff nach Sibirien geschickt.

Finland.

Das Wahlergebnis.

Helsingfors, 12. Februar. (Fig. Ber.)

Die Wahlen liegen schon fast abgeschlossen vor; zwar bleiben noch etwa paar Tausend Stimmen aus, aber die können das Endergebnis nicht mehr ändern. Bis gestern nacht waren gezählt: für die sozialdemokratische Arbeiterpartei 314 815 Stimmen, für die Altfinnen 173 066, für die Jungfinnen 113 000, für die Schweden 107 065, für die „Agrarer" (radikale Kleinbauern) 63 291, für die christlichen Arbeiter 17 149. Es sind gewählt 86 Sozialdemokraten (im vorigen Landtage 84), 42 (48) Altfinnen, 28 (28) Jungfinnen, 26 (26) Schweden, 18 (14) Agrarer. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat alle ihre bisherigen Mandate behalten und zwei von neuem erobert, die Agrarer haben 4 und die Schweden 1 Mandat gewonnen; Verloren haben die Altfinnen 6 Sitze und die christlichen Arbeiter einen. Das Fazit der Wahlen: Stärkung der Opposition gegen Rußland und erhebliche Schwächung der Altfinnen, der einzigen Partei im Lande, die zu eventuellen Kompromissen mit der russischen Regierung bereit ist. Symptomatisch für die Stimmung der Volksmassen ist der langsame, doch stete Niedergang der altfinnischen Partei: sie hat starke Wurzeln in der finnischen Bauernschaft, und bei den herrschenden Gegenständen hält sich zu ihr auch ein großer Teil der finnischen Bourgeoisie, sie ist vortrefflich organisiert und verfügt über eine bedeutende Presse; sie führt eine rücksichtslose Agitation hauptsächlich gegen die Sozialdemokratie —, und doch wegen ihrer schwächlichen Haltung der russischen Reaktion gegenüber gerinnt ihre Anhängerzahl mit jedem Jahre. In den ersten Landtag (März 1907) zogen die Altfinnen ein mit 59 Deputierten und 243 000 für sie abgegebenen Stimmen, in den vierten Landtag kehren sie zurück mit 42 Mandaten und 173 000 Stimmen. Dagegen sehen wir, daß die Jungfinnen trotz ihres verschwommenen sozialpolitischen Programms sich behaupten und daß — neben der Sozialdemokratie — die Gruppe der radikalen Kleinbauern („Agrarer") beständig an Einfluß gewinnt.

Die Sozialdemokratie hat bei den jetzigen Wahlen recht gut abgeschnitten. Der Kampfplatz war ja klar zu übersehen, für die sozialdemokratische Arbeiterpartei galt es nur, ihre Nachpositionen zu verteidigen, und um so mehr kann sie sich freuen, daß die Wahlen ihr noch neue Siege gebracht haben. Es ist wohl zu bedauern, daß die jetzt abgegebene Stimmenzahl — 315 000 — nicht die Höhe der letzten Wahlen (337 685) erreicht hat, doch eine gewisse Mäßigkeit hat sich doch bei den Wahlen in allen Teilen des Landes gezeigt. Es ist ja auch wirklich nicht zu verwundern, wo man in Finnland nach jeden 8—10 Monaten neue Wahlen vornehmen muß. Dabei finden die Wahlen im Winter statt, wo in unserem unheimlich bewohnten Lande die Wahllokale zuweilen nur mit großen Schwierigkeiten zu erreichen sind und wo ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft fern von seinen Wahlbezirken bei den Wahlen beschäftigt ist. Eine Stimmenabnahme haben diesmal alle Parteien zu verzeichnen und die Sozialdemokratie hat relativ am wenigsten verloren, so daß sie 40 Proz. aller im Lande abgegebenen Stimmen für sich zählen kann. Und wenn wir die einzelnen Wahlbezirke vergleichen, so sehen wir, daß da keine Schwankungen vorliegen: die proletarischen Massen in Stadt und Land halten treu zur roten Fahne, die Partei hat in den letzten Jahren wirklich eine tüchtige Aufklärungs- und Organisationsarbeit geleistet und die finnische Arbeiterschaft dem Sozialismus bleibend zugeführt. In fester Entschlossenheit wird die sozialdemokratische Fraktion den parlamentarischen Kampf für die Vollrechte aufnehmen. Zu bedauern ist nur, daß einige der tüchtigsten Parteigenossen — so z. B. der frühere Vizepräsident Sirola, Auwinen, W. Wusthoff, Gylling — teils aus sachlichen, teils aus persönlichen Gründen ihre Kandidatur nicht wiederaufstellten und in dieser Session vom Landtag fernblieben.

Der neugewählte finnische Landtag ist jetzt wohl das radikalste Parlament in der Welt, denn nirgends hat man eine so starke sozialdemokratische Fraktion. Dabei ist noch zu bemerken, daß die Gruppe der „Agrarer" beinahe in allen wichtigsten politischen Fragen mit der Sozialdemokratie stimmt und daß nach den jetzigen Wahlen die 86 Sozialdemokraten zusammen mit den 18 radikalen Kleinbauern die Majorität im Landtage bilden. Hatte Stolypin mit seinem Auflösungsdekret im November wirklich das bezweckt, eine so entschiedene oppositionelle finnische Vollvertretung aus den Wahlen hervorgehen zu lassen? ...

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Beendigung des Bergarbeiterstreiks.

London, 16. Februar. Nach einer W. L. D. Depesche hat das Streikkomitee der Bergleute in Northumberland heute ein Rundschreiben ergehen lassen, in dem der Streik für beendet erklärt wird, und alle diejenigen, die die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen haben, aufgefordert werden, in Unterhandlungen einzutreten, um eine Beilegung der Streitigkeiten zu erzielen.

Das russische Reichsbudget ohne Defizit.

Petersburg, 16. Februar. (W. L. D.) Entgegen dem Voraussage des Finanzministers, der das Budgetdefizit auf 84 Millionen Rubel berechnet, hat die Budgetkommission der Reichsduma die Bilanz des Reichsbudgets ohne Defizit mit 2 578 327 362 Rubel festgestellt.

Eröffnung des neuen Landtags.

Petersburg, 16. Februar. Der finnische Landtag wird am 1. März eröffnet werden.

Ein Drama auf dem Meere.

Lotient (Dep. Nordhlan), 16. Februar. (W. L. D.) Das Sturmwetter dauert an. Ein unbekanntes Fahrzeug ist an der Mündung des Trinitis-Flusses gesunken. Die Besatzung ist umgekommen.

Mordende Staatsgewalt.

Sasanik, 16. Febr. (W. L. D.) Der zum Tode verurteilte bulgarische Landesherr Dinga ist in Seres öffentlich durch den Strang hingerichtet worden, gleich zu lebenslänglicher Strafarbeit verurteilte Bulgaren wurden nach Kleinasien verschickt.

Reichstag.

37. Sitzung. Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Dr. Delbrück.

Ein schleuniger Antrag Dr. Ablaß und Genossen (fr. Sp.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Spethmann (fr. Sp.) schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session wird debattelos angenommen.

Es folgt die

erste Beratung des Entwurfes eines Arbeitskammergesetzes.

Abg. Dr. Will (Z.): Der wiedererstandene Entwurf des Arbeitskammergesetzes trägt den Wünschen der Kommission, die sich schon einmal mit ihm beschäftigt hat, nicht genügend Rechnung. Die Kommission wünschte auch eine Ständevertretung der kaufmännischen und technischen Angestellten. Ferner wünschte die Kommission, daß die Errichtung der Arbeitskammern vom Bundesrat beschlossen wird, nicht von der Landeszentralbehörde. Die Kommission wollte das aktive Wahlrecht mit dem 21., das passive mit dem 25. Lebensjahre verknüpfen, der Entwurf legt das Alter wieder auf das 25. resp. 30. Lebensjahr heraus. Der Forderung, daß Arbeitersekretäre wählbar sind, hat die Regierung schon in der Kommission einen starken Widerstand entgegen gesetzt. Die Arbeiter müssen umso mehr auf der Wählbarkeit der Arbeitersekretäre bestehen, als auch die Unternehmer in der Lage sind, ihre Vertreter in die Arbeitskammern hineinzubringen. Wenn die Arbeitersekretäre von den Arbeitskammern ausgeschlossen werden, so können diese auch gar nicht ihren Zweck erreichen, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen; das beweist ja gerade die Machtlosigkeit der Arbeitskammern in Frankreich, Belgien und Holland, wo die Arbeitersekretäre in den Arbeitskammern nicht zugelassen sind. Der eigentliche Widerstand gegen die Zulassung der Arbeitersekretäre geht vom Zentralverband der Industriellen aus; dieser Widerstand kann aber für uns nicht maßgebend sein. (Sehr richtig!) Wir wollen auch den staatlichen Arbeitern der Eisenbahnverwaltungen die Wohlfahrt der Arbeitskammern zuteil werden lassen. Eine Kommissionsberatung halten wir kaum für nötig, werden uns aber, wenn sie von anderer Seite vorgeschlagen werden sollte, ihr nicht widersetzen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Winterfeldt-Mentz: Die Arbeitersekretäre, deren der Vorredner sich so warm angenommen hat, können zu den Arbeitskammern nicht zugelassen werden, weil sie bezahlte Angestellte der Organisationen der Arbeiter sind. Mit der Heraushebung der Altersgrenze bei den Wahlen sind wir einverstanden, ebenso mit der Gehaltsbegrenzung der Verhandlungen. (Bravo! rechts.)

Abg. Horn (Reich, nat.): Bei der Errichtung von Arbeitskammern wünschen wir eine sorgfältige Prüfung des Bedarfs, damit die Arbeitskammern nicht wie Pilze aus der Erde schießen. Daß die Arbeitskammern bei Tarifverträgen und bei der Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen mitwirken sollen, begrüßen wir mit Freuden. Bedauerlich ist es, daß die technischen Angestellten keine Vertretung in den Arbeitskammern haben; wir sind gern bereit, den Wünschen der technischen Angestellten nach einer Ständevertretung entgegenzukommen. Der Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlungen findet unsere Billigung; es soll dort sachliche Arbeit geleistet, nicht aber Agitation getrieben werden. Die Angestellten der Arbeiterorganisationen können nicht ständige Mitglieder der Arbeitskammern sein. Wo es nötig ist, kann ihr Rat jederzeit eingeholt werden. Ferner beantragt Verweisung des Entwurfes an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. D. Raumann (fr. Sp.): Ob im allgemeinen die Arbeitskammern großen Einfluß auf die Entwicklung der Tarifverträge gewinnen werden, steht dahin und muß sich erst in der Praxis zeigen. Die wirklich wirksamen Tarifverträge sind bisher die gewesen, die von den beteiligten Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen ohne Dazwischenkunft Dritter abgeschlossen worden sind. Von Wichtigkeit werden können aber die Arbeitskammern für den Abschluß von Tarifverträgen in Berufen, in denen es an kräftigen Organisationen mangelt, also namentlich in der Heimindustrie. Die Frage ist um so dringlicher, als das Hausarbeitsgesetz den Heimarbeitern eigentlich wenig Positives bietet. Gerade die Arbeitskammern dürften geeignet sein, auf die Lohnfrage in der Heimindustrie Einfluß zu nehmen.

Kleines feuilleton.

Die schönste Bibliothek der Welt ist die von der amerikanischen Stadt Boston errichtete Volksbibliothek. Die Zeitchrift für Volkswohl gibt eine Schilderung dieser geradezu großartigen Institution. Die Errichtung der Bibliothek hat 10 Millionen Mark gekostet. Das in der Mitte der 500 000 Einwohner zählenden Stadt liegende Gebäude ist aus kostbarem Material hergestellt. Vor allem bewundernswürdig sind aber die inneren Einrichtungen, die es erlauben, einem Besucher einen geforderten Band in 7 Minuten zuzustellen, während selbst in der berühmten Bibliothek des Britischen Museums in London das Herausfinden eines Buches 15-20 Minuten in Anspruch nimmt. Die drei Stockwerke umfassende Bücherei ist mit einem Reize pneumatischer Röhren ausgestattet, durch die die verlangten Bücher befördert werden. Angestellte suchen sie heraus und fügen sie auf kleine Rollwägelchen, die auf elektrischen Bahnen zu einem Aufzuge befördert werden, von wo aus sie selbsttätig nach der Auslieferungstation gelangen. Zur größeren Bequemlichkeit der Bibliotheksbenutzer befinden sich in der Stadt 17 Auslieferungstellen, an denen man, ohne sich nach dem Mittelpunkt der Stadt zu bemühen, jedes gewünschte Buch erhalten kann. Außerdem sind auch noch 10 Zweigbibliotheken in der Stadt verteilt.

Die starke Benutzung der Bibliothek durch die Einwohnerschaft erhebt uns der Tatsache, daß 60 000 Leserarten ausgegeben sind, so daß also jeder achte Einwohner der Stadt - Kinder und Lebensunfähige mit eingerechnet - Benutzer der Bibliothek ist. Auf den Inhaber jeder Leseliste fallen jährlich im Durchschnitt 20 ausgeliehene Bände, was einem Gesamtumsatz von 1 200 000 Bänden jährlich entspricht. Für Kinder besteht ein eigenes Lesezimmer, das 1800 Bände enthält; die Kinder werden bereits in den Schulen zur Benutzung der Bibliothek angehalten. Die Erhaltung der Bibliothek verursacht einen jährlichen Kostenaufwand von 200 000 Dollar, wovon die Stadt 250 000 beisteuert, während der Rest durch Schenkungen und Stiftungen gedeckt wird.

Mit diesen bibliothekarischen Leistungen und Erfolgen der einzigen Stadt Boston vergleicht man die preussische Kulturförderung durch Bibliotheken: für volkstümliche Zwecke geschieht nichts und die Benützung der wissenschaftlichen Bibliotheken soll mit einer Steuer belegt werden. Von einem Staate, der nur nach Zunftwillkür regiert wird und die Masse seiner Werke schafftenden und bildungshungrigen Bevölkerung seiner elementarsten Rechte beraubt, ist freilich nichts Besseres zu erwarten. Ohne ein freies Wahlrecht wird Preußen nie Bildungsfortschritte machen. Alle einschlägigen Bibliothekare setzen das ein, wenn sie die gott- und weismannig Holtweg-gewollte Abhängigkeit auch hindert, das öffentlich zu bekunden.

Ueber die Festlegung des Osterfestes berichtet Dr. John Mez in den „Dokumenten des Fortschritts“ (Berlin, Georg Reimer). Im

Ein weiterer Grund, weshalb wir erneute Kommissionsberatung wünschen, ist die Frage der Techniker, Werkmeister usw. Auch diese Frage ist von außerordentlicher Bedeutung. (Sehr richtig! links.) Die Koalitionsfreiheit der Techniker ist in der Praxis vielfach beschränkter als die der Arbeiter. (Sehr richtig! links.) Die Techniker müssen endlich von dem peinlichen Gefühl befreit werden, die Stiefkinder der sozialen Gesetzgebung zu sein. (Sehr wahr! links.) Die Arbeitskammer soll in der Lage sein, für gewisse Verhandlungen die Öffentlichkeit auszuschließen. Grundsätzlich aber muß die Öffentlichkeit zugelassen sein, schon damit die Arbeiter ihren eigenen Kollegen gegenüber gedeckt sind. Für die Zweckmäßigkeit der Verhandlungen wäre es sehr förderlich, es die Mitarbeit der Arbeitersekretäre nicht zu verzichten. Die Arbeiter können leicht entlassen werden, wenn sie einmal etwas Unbequemes sagen; ist das mehrfach geschehen, wer soll sich dann noch da hinstellen, außer vielleicht ein allgetreuestes Mitglied einer gelben Gewerkschaft! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade diesen will man doch da nicht haben! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man fürchtet von der Zulassung der Arbeitersekretäre für den Frieden. Stund denn die Arbeitersekretäre nicht friedliebend? Wie würde es heute im deutschen Bergbau ausfallen, wenn wir nicht die Arbeitersekretäre mit der Disziplin und Organisation der Arbeiter hätten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, die Arbeitersekretäre seien keine Arbeiter; aber sie sind heute ein Bestandteil der Arbeiterkraft (lebhaft Zustimmung links), und ich kann nicht verstehen, warum die Regierung dem Gedanken des Syndikats der Arbeitsverkäufer nicht nachgeben will, während sie doch dem Gedanken des Syndikats der Kaliverkäufer und anderer Verkäufer sehr gern nachgibt. (Sehr gut! und lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Techniker müßten von diesem Gesetz ausgeschlossen werden, weil ihre Vertretung durch sachliche Organisationen nicht angängig ist; ihre Hineinziehung würde die Verabschiedung des Gesetzes sehr verzögern und gefährden. Daß die Errichtung von Arbeitskammern den Landes-Zentralbehörden übertragen ist statt dem Bundesrat, ist nur von untergeordneter Bedeutung; immerhin halte ich die jetzige Fassung für besser. Moniert ist ferner der Ausschluß der Eisenbahnarbeiter. Dies geschah, weil wir auch die Arbeiter in Meer und Marine aufnehmen mußten; es handelt sich bei all diesen Gruppen nicht um gewerbliche Arbeiter. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Bei der Frage der Öffentlichkeit der Verhandlungen, des Wahlalters und der Zulassung der Arbeitersekretäre weicht der Entwurf von den Beschlüssen der Kommission ab. Das erste Erfordernis für eine erfolgreiche soziale Tätigkeit ist, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich an einem neutralen Ort unter einem neutralen Vorsitzenden an einen Tisch setzen. Aber die Verhandlungen müssen unabhängig sein und nicht gebunden an ein so anders aufgefaßtes Programm. Ich erkenne die Notwendigkeit der Arbeitersekretäre an, ich setze zu vielen von ihnen in guten und freundschaftlichen Beziehungen (weiter bei den Sozialdemokraten), aber sie sind an feste Programme und Beschlüsse gebunden und das ist hinderlich für die begünstigende Tätigkeit der Arbeitskammern. Wenn Sie das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern wollen, so verlassen Sie nicht den partiitischen Boden, auf dem sie steht. (Beifall rechts.)

Abg. Legien (Soz.):

Der Staatssekretär hat hier die Änderungen des Gesetzes gegenüber der früheren Vorlage verantworten wollen. Aber wenn gegenüber? Dem Reichstage? Es handelt sich doch um Beschlüsse der Kommission des Reichstags! Vielleicht wollte er das Gesetz auch nur beantworten gegenüber dem Zentralverband der Deutschen Industriellen! (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von diesem Gesichtspunkte aus müssen ja alle Einwendungen der Verbündeten Regierung betrachtet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Kennen wir zu irgend einer Frage die Stellung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, so kennen wir auch die Stellung der Verbündeten Regierung. Es ist doch ein starkes Stück, gegenüber dem vorjährigen Entwurf des Bundesrats und gegenüber den Beschlüssen der Kommission diesen Entwurf einzubringen, der die Beschlüsse der Kommission unberücksichtigt läßt und gegenüber dem früheren Entwurf noch Verschlechterungen bringt. Hat sich denn inzwischen die Zusammensetzung des Reichstags geändert? Doch höchstens nach der Richtung, daß die Sozialdemokraten ein paar Sitze gewonnen haben. Aber hat die Regierung darauf gerechnet, daß das Zentrum in dieser Frage eine ähnliche Schwächung vollziehen wird wie bei der Finanz-

reform? Nach den Darlegungen des Vertreters des Zentrums hätte sich die Regierung darin getäuscht.

Die ganze Vorlage ist darauf zugeschnitten, dem Unternehmer zu nützen. Wie gewöhnlich hinkt die Gesetzgebung hinter den tatsächlichen Verhältnissen nach. Wäre die Regierung 1877, als die Sozialdemokratie zuerst Gewerbelammern anregte, mit einem solchen Geleze gekommen, so hätte es der Arbeiterschaft nützen und ihr in den verflochtenen drei Jahrzehnten manche Unterdrückung ersparen können. Heute liegen die Verhältnisse anders. In diesen 30 Jahren hat sich die Arbeiterschaft gegen den Willen der Regierung und der Geleze selbst eine Vertretung geschaffen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen. (Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Heute können wir auf diese gesetzliche Vertretung verzichten und werden es unter allen Umständen tun, wenn

die Vorlage auf die Interessen des Unternehmertums zugeschnitten ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es scheint, als ob unsere Minister darauf ausgehen, den Nachweis zu liefern für die Nichtigkeit des Wortes des Herrn v. Büttcher, daß die Regierung und ihre Angestellten nur im Dienste des Unternehmertums arbeiten. Bei einer ganzen Reihe von Fragen hat der Herr Staatssekretär den Beweis geliefert, daß ihm die Interessen der Unternehmer am Herzen liegen, nicht die der Arbeiter, und sein Kollege, der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Herr Sydow, hat im vorigen Jahre sogar die Entdeckung, oder lieber kann man sagen, die Erfindung gemacht, daß die Arbeitgeberverbände keine Kampforganisationen seien! (Weiter bei den Sozialdemokraten.) In einem Erlaß des früheren Handelsministers Müller vom Jahre 1903 waren sie als Kampforganisationen bezeichnet, und den Zimmungen war deshalb der Beitritt verboten. Der gegenwärtige Handelsminister entdeckte schon nach drei Monaten, in seinem Erlaß vom 27. Oktober d. J., daß sie sich ausgestaltet haben zu Organisationen, die in gemeinsamer Arbeit mit den Arbeitern dem Frieden dienen wollen. Und das sagt er angesichts des Arbeitsnachweises der Fächer im Ausfuhrverdienst! Angesichts der Unternehmerverbände im Baugewerbe, die in aller nächster Zeit wieder 150 bis 200 000 Arbeiter aussperren wollen! Angesichts der Drohung der Unternehmer mit der Aussperrung in der Holzindustrie!

Vielleicht erklärt der Herr Staatssekretär, dieser Erlaß bedeute keine Bevorzugung der Unternehmer. Vielleicht bewegt er dann seinen Kollegen, den preussischen Minister für Handel und Gewerbe, zu einem ähnlichen Erlaß, in dem es heißt, daß die Gewerkschaften nicht Kampfverbände seien, sondern Schlichterverbände der Arbeiter gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeiterkraft. (Sehr gut! bei den Soz.) Aber darauf werden wir wohl lange zu warten haben. Wenn

die Stellung der Arbeitgeberverbände gegenüber den Gewerkschaften eine andere geworden ist, so verdanken wir das lediglich der Tatsache, daß die gewerkschaftlichen Organisationen sich so weit entwickelt haben, daß die Unternehmerverbände sich ihren Anforderungen nicht mehr widersetzen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, erklärten die Unternehmer und ihre Organisationen sofort: Jetzt müssen wir uns selbst helfen - übrigens ein charakteristischer Beweis dafür, welchem Zweck das Gesetz dienen sollte! Es war ein Schutzesetz für das Unternehmertum! Als es fiel, gingen die Unternehmer mit Maßregeln gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor, aber alle Maßregelungen und schwarzen Listen trieben die Arbeiter nur immer mehr in die Organisationen hinein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und diesen Unternehmerverbänden stellen sich die Regierungen zur Verfügung, das zeigt die Vorlage sehr deutlich.

Im

§ 2

heißt es, daß die Arbeitskammern den gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dienen sollen sowie den besonderen Interessen der Arbeitnehmer unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen. Diese letzten Worte fehlten in der früheren Vorlage. Dem konnte man allenfalls zustimmen, die Regierung konnte der Meinung sein, daß die Unternehmer bereits in den Handelkammern, Gewerbelammern, Landwirtschaftskammern, Berufsgenossenschaften eine besondere Vertretung haben und daß deshalb bei diesen neuen paritätischen Einrichtungen die Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund zu stellen sind.

Daß im

§ 3

die Arbeitskammern beim Abschluß von Tarifverträgen mitwirken sollen, ist als keine Verbesserung anzuerkennen, die jedoch so un-

frau höchst ritterlich den Hof, protegiert ein Liebeshäufchen und erhält zum Schluß als Belohnung die Berufung zum Justizminister in irgend einem südamerikanischen Abenteuerstaat. Harry Walden spielte den Gauner-Elegant mit demselben ausgezeichneten Humor und ebenso verführerisch wie ehemals den Raffles.

Humor und Satire.

Belannmachung.

„Es wird das Recht auf die Strahe verkündet! - dies Recht hat einzig die Polizei! Wenn sie erscheint - und das Volk verschwindet nicht gleich, so prügelt sie es zu Brei.“

„Die Strahe dient lediglich dem Verkehr! - das heißt: es dürfen nur Pflanzstätten, Schulheute, Heilsarmee, Militär ein Hindernis dem Verkehr bereiten.“

„Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch! - das will bedeuten: auch ohne Widerstand woll'n wir euch kalt niederhauen und niederretten.“

„Ich warne Reugierige! - sie würden seh'n, auf welcher Stufe in Preußen's Hauptstadt die königlichen Behörden seh'n! Und wer's bis dahin noch nicht geglaubt hat, der würd' es am eigenen Leibe erfahren, daß meine Leute fast gar nicht trennt von ihren Kollegen im Reich des Jaren. Ihr könnt mich...! Der Polizeipräsident.“

Franz.

Notizen.

- Der Schriftsteller Hermann Heiberg ist in Schleswig gestorben.

- Neue Bücher. Die Buchausgabe von Hugo v. Hofmannsthal's neuer Komödie „Christina Heimreise“ ist bei S. Fischer, Berlin, erschienen.

- Neue Sternkarten, die gerade für Liebhaber von besonderem Reiz sein dürften, werden seit einigen Jahren von dem Astronomen Blauke in Ebdunburg herausgegeben. Sie zeigen den nördlichen und südlichen Sternhimmel Monat für Monat. Die Sterne sind mit Gold auf dunkelblauem Hintergrund eingekreist, die Namen der Sternbilder in Schwarz, und zwar derart, daß diese Namen verschwinden, wenn man die Karte unter einem gewissen Gesichtswinkel betrachtet. Auf der neuesten Ausgabe findet sich auch die Bahn des Halleyschen Kometen während der Jahre 1909 und 1910 angedeutet. Außerdem enthalten die Karten Angaben über die Stellungen von Sonne, Mond und Planeten für das ganze Jahr.

wesentlich ist, daß sie bei der ganzen Sache nicht besonders ins Gewicht fällt.

Wetter waren nach der früheren Vorlage von dem Gesetz angenommen die Gewerbegehilfen in den Apotheken. Der jetzige Entwurf verleiht es dahin, daß sämtliche Handlungsgehilfen ausgenommen bleiben. Entgegen der ersten Vorlage sind auch die Betriebsbeamten, die Werkmeister und Techniker ausgenommen. Der Staatssekretär verleiht für diese Gruppen für später ein besonderes Gesetz. Aber solche Besprechungen sind uns schon oft gemacht worden, und ich möchte den technischen Beamten nicht raten, sich darauf zu verlassen. Wer garantiert uns denn, daß im nächsten Jahre der dann amtierende Staatssekretär sich an dieses Versprechen des Staatssekretärs Dr. Delbrück gebunden erachtet? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir scheint es notwendig, daß mindestens auch diese Arbeiter in das Gesetz aufgenommen werden, denn Arbeiter sind sie, wie ja alle diejenigen Arbeiter sind, welche ihre Arbeitskräfte in den Dienst stellen müssen, der das Kapital besitzt. Daher läge es im Interesse der technischen Beamten, wenn man ihren Interessen schon Rechnung tragen will, daß dies schon jetzt geschieht durch Einbringung besonderer Kommissoren im Rahmen des vorliegenden Entwurfs. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dies sind die Einfügungen, die die Regierung auf Grund der Kommissionsbeschlüsse vorgenommen hat. Es kommen dazu allerdings noch ein paar weitere Einfügungen, die ebenfalls von der Kommission beschlossen worden sind; diese betreffen aber bloß notwendige Zusätze, die hinzugefügt werden mußten, um überhaupt Sinn in das Gesetz zu bringen. (Weiterkeit.) Die Herren vom linken Tisch haben diese Dinge einfach vergessen (Erneute Weiterkeit) und mühten erst den Abgeordneten, Männern der Praxis, zu meist von Arbeitersekretären, darauf aufmerksam gemacht werden.

Der Staatssekretär hat uns erklärt: Die eben skizzierten Zustände bezeichnen die äußerste Grenze, bis zu der die Regierung gehen kann. Sehen wir uns nun einmal an, was die Regierung laut dem Staatssekretär nicht zugelassen kann:

Neben der Bestimmung, daß nicht der Bundesrat, sondern die Landesparlamente die Errichtung von Arbeitskammern zu verfügen haben, geht der Staatssekretär leicht hinweg. Er tröstete uns mit seiner Oberaufsicht über die Ausführung des Gesetzes; er sei nicht der Mann danach, Gesetze nicht in dem Sinne auszuführen, in welchem sie beschlossen sind! Das sagte auch Herr Wetmann Hofweg beim Reichstagesgesetz. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es ist schon besser, wir verlassen uns — bei allem guten Glauben an die subjektive Glaubwürdigkeit des Staatssekretärs — nicht auf eine solche mündliche Zusage, sondern schreiben in das Gesetz hinein, daß der Bundesrat die Errichtung von Arbeitskammern zu verfügen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ebenfalls nicht nach gibt die Regierung in der Frage des Wahlalters.

Der Staatssekretär gibt zu, daß auf Wunsch der Arbeitgeber die Herabsetzung des Wahlalters abgelehnt werde. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wohl aber sollen — wenigstens laut der Vorlage der Vorlage — auch die Arbeiter unter 20 Jahren zu den Kosten der Kammer hinzugezogen werden. Man gibt also Pflichten und verweigert Rechte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und nun zur Frage der Arbeitersekretäre.

Der Staatssekretär unterstrich hier ganz besonders das „Unannehmbar“! Er beschwor den Reichstag, das Gesetz nicht an dieser Frage scheitern zu lassen. Nun: seit der berühmten Reichsfinanzreform hat das „Unannehmbar“ der Reichsregierung einen sehr eigentümlichen Beigeschmack. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Meinung, daß der Reichstag beschließt, was ihm gut scheint, und die Verantwortung für das etwaige Scheitern der Vorlage dann ruhig den Verbündeten Regierungen überläßt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Sehr interessant war die „Begründung“ des Ausschusses der Arbeitersekretäre. Die Zulassung der Arbeitersekretäre soll die „Freiheit und Unbefangenheit“ der Arbeitskammerverhandlungen gefährden! (Große Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Ein armer Bergarbeiter, der in der Arbeitskammer seinem Verghern oder Bergwerksdirektor gegenüber sitzt, ein solcher Arbeiter besitzt wohl die nötige Freiheit und Unbefangenheit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte wissen, von welchen Arbeitersekretären, mit denen er verkehrt hat, der Herr Staatssekretär diese eigentümliche Auffassung gelernt hat. (Lebht. Hört! u. Sehr gut! b. d. Soz.) Das müssen Arbeitersekretäre mit ganz eigenartiger Qualifikation gewesen sein. Ich bitte ihn doch, mir ihre Namen zu nennen. Es wäre für uns Arbeiter interessant, diese Leute kennen zu lernen. Kennst er sie nicht, so werden wir vielleicht einen Rufus erlassen, daß sie sich melden. Ich möchte wohl wissen, wieviel Meldungen wir auf einen solchen Rufus hin bekommen. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wieviel Arbeitersekretäre wohl mit dem Herrn Dr. Delbrück schon an einem Tisch geessen haben. (Rufus rechts: Ist denn das ein Verbrechen?) Nein, keineswegs, nur scheinen das Arbeitersekretäre mit sehr eigenartiger Qualifikation gewesen zu sein. (Rufus rechts: Zum Beispiel Herr Hue!) Ah nein! Herr Hue hat dieses Vergnügen dem Staatssekretär Dr. Delbrück noch nicht bereitet. (Weiterkeit.)

Herr v. Winterfeldt-Mensin brachte andere Gründe gegen die Zulassung der Arbeitersekretäre vor. Er meinte, es ginge nicht, weil sie die Angehörigen von großen Parteioptionen seien. Ich habe schon im vorigen Jahre erklärt, daß es ein Unrecht ist, wenn man einem anderen etwas verweigert, was man selbst als gutes Recht in Anspruch nimmt. Die Landwirtschaftskammern haben das Recht, nicht nur direkt Beamte der landwirtschaftlichen Organisationen zu wählen, sondern auch solche Personen, denen die Kammer das Recht der Wählbarkeit beleiht. (Hört! hört! links.) Wie kommen Sie also dazu, der Arbeiterschaft ein gleiches Recht zu verweigern? Die Handwerkskammern dürfen sich bis zu einem Fünftel der Mitglieder durch Zuwahl von sachverständigen Personen ergänzen. Die Handelskammer kann Personen, welche die Stellung, aus der ihre Wählbarkeit hervorgeht, ausgeübt haben, noch über die gewöhnlich festgestellte Anzahl der Personen hinzuwählen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da beurteilen Sie nun den Gerechtigkeitsinn der konfessionellen Partei, die den Arbeitern das Recht vorenthalten will, die Angehörigen ihrer Organisationen zu wählen! Wer so wenig Gerechtigkeit zum Ausdruck bringt, hat überhaupt kein Recht, darüber zu reden, was den Arbeitern dient und was nicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wieder einen anderen Grund führte Herr Horn an. Er sagte, es dürften in die Arbeitskammern nicht Personen hinein, deren Aufgabe es ist, die wirtschaftlichen Kämpfe mit den stärksten Mitteln durchzuführen. Die Arbeiter denken anders über ihre Angehörigen. Unabwiesbar machen sie den Angehörigen den Vorwurf, daß sie nicht zu radikal sind, daß sie stets erst in Verhandlungen eintreten, ehe ein Streik ausbricht. Auch die Unternehmer urteilen anders als Herr Horn. Dieselben verlangen sie ausdrücklich, daß zu den Verhandlungen bei Streitigkeiten mit ihren Arbeitern Beamte gezogen werden, und zuweilen treten sie gar nicht in die Verhandlungen ein, ehe nicht der Gewerkschaftsbeamte zur Stelle ist. Sie sehen also, Herr Horn, daß die Auffassung der im praktischen Leben stehenden Männer eine ganz andere ist als die Ihre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie nach dem Vorlage des Staatssekretärs die Arbeitersekretäre herauslassen, so wird das angeblich den Interessen der Arbeiter dienende Gesetz nichts anderes sein als ein Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Unternehmer, das in seinen Bestimmungen ausgearbeitet ist nach den Angaben des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Ich weiß nicht, ob der Reichstag sich dessen schuldig machen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das Gesetz an dieser Bestimmung scheitern soll, so sage ich: es muß ein Gesetz schaffen, das die Arbeitskammern in den Dienst des Unternehmertums stellt, das man das Gesetz lieber fallen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

heißt es, daß wählbar ist, wer seit mindestens einem Jahre „im Hauptberuf“

denjenigen Gewerbebetriebe als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört, für welche die Arbeitskammer errichtet ist. Die zwei Worte „im Hauptberuf“ sind neu eingefügt. Was sollen die sagen? Ich fürchte, daß sie möglicherweise, falls die Zulassung der Arbeitersekretäre durch den Reichstag doch in den Entwurf hinein kommt, benutzt werden sollen, um die Arbeitersekretäre trotzdem auszuschließen. (Widerpruch bei den Nationalliberalen und rechts.) Ja, gegenüber solchen Gelegenheiten, die aus dem Bureau des Zentralverbandes der deutschen Industriellen kommen, ist Vorsicht geboten (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.), und ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß man sagt: Der „Hauptberuf“ eines Arbeitersekretärs ist der, sozialdemokratische Agitator zu sein! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Neu sind auch die Bestimmungen, daß die Verhandlungen nicht öffentlich sind. In der Kommission ist das nicht beschlossen, sondern nur von den Konfessionellen beantragt. Aber das genügt der Regierung schon, obwohl die Kommission es abgelehnt hat. Wenn die Verhandlungen nicht öffentlich sind, so verlieren die Arbeiter die Kontrolle über ihre Vertreter. Diese müssen sie aber haben, sie müssen wissen, ob ihre Vertreter sich blühdings den Unternehmern unterwerfen oder wenigstens den Verlust zum Widerstand machen. In dieser Beziehung ist die Vorlage, die den Einfluß der Unternehmer verschärfen muß, was die Regierung natürlich sofort bereit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Eisenbahnarbeiter

Sollen ausgeschlossen werden. Der Staatssekretär hat sich zu der Behauptung verhalten: „Die Eisenbahnarbeiter sind keine gewerblichen Arbeiter.“ — Wir erheben den allerhöchsten Protest gegen diese durch nichts begründete Behauptung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Eisenbahnarbeiter werden ausgebeutet, kapitalistischer Profit wird aus ihnen gezogen. Warum will man sie hier anders stellen als andere Arbeiter? Wo ist hier Sozial, wo ist hier Konfession? Selbst die bergischen Industriellen haben gefragt, warum denn die Regierung, wenn sie das Arbeitsamtergesetz für heilsam hält, gerade ihre Arbeiter, die Staatsarbeiter, nicht der Wohltaten teilhaftig werden lassen will? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Oder stehen etwa die Staatsarbeiter so glänzend, daß sie keiner Vertretung in den Kammern bedürfen? (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gerade in den Staatswerkstätten liegen die Dinge so, daß g r a n d l i c h hineingelenket werden muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dieser Ausschluß von der Vertretung in den Arbeitskammern ist

eine Degradation der Staatsarbeiter,

gegen die wir aufs schärfste zu protestieren haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dies sind so ungefähr die Verschlechterungen, die die Regierung in ihren neuen Entwurf hineingebracht hat.

Der Staatssekretär beschwört uns nun, das Gesetz nicht scheitern zu lassen. Er hätte noch hinzufügen können, daß sich ein Staat — Sachsen-Weimar — schon in seinem Landtagswahlrecht auf die Arbeitskammern eingerichtet hat: Ein Mitglied des meimarischen Landtages soll künftig von der Arbeit sk a m m e r aus den Reihen der Arbeitnehmer gewählt werden. Hoffentlich hat sich Sachsen-Weimar nicht dergleichen eingerichtet. (Weiterkeit.)

Ich hielt ursprünglich Kommissionsberatung für überflüssig, da eine solche im vorigen Jahre ausgiebig stattgefunden hat. Nach den neuen Verschlechterungen muß ich aber doch um Kommissionsberatung bitten und beantrage Verweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schmidt-Altenburg (Rp.): Will man durchaus Arbeitskammern haben, die als Friedensinstrument dienen sollen, so darf man nicht die Arbeitersekretäre zu Mitgliedern machen; denn das wäre etwa so, als wenn man kommandierende Generale an die Spitze einer Friedensliga stellen wollte. Wenn man einmal Arbeitskammern schaffen will, so schafft man sie als Friedens-, aber nicht als Kriegsinstitute. (Beifall rechts.)

Abg. Kautsk (Pole) schließt sich der Kritik der Abgg. Wü, Raumann und Legien in allen Punkten an: Dem Bundesrat und nicht den Einzelstaaten, am wenigsten dem arbeitserfindlichen Preußen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) muß die Errichtung von Arbeitskammern übertragen werden. Das aktive Wahlalter muß auf 21, das passive auf 25 Jahre normiert werden. Mit 21 Jahren hat ein Arbeiter schon sieben Jahre Arbeitszeit hinter sich (Sehr wahr!) und wenn man mit 25 Jahren in den Reichstag gewählt werden darf, warum dann nicht auch in die Arbeitskammer? (Sehr wahr! bei Polen und Sozialdemokraten.)

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Gerade vor 20 Jahren, in den Februarerlassen unseres Kaisers, sind und Arbeitskammern versprochen worden. Wir freuen uns über das Prinzip des Entwurfs, aber wir haben diese Versprechen gegen Einzelheiten. Ramentlich scheint uns ohne Wählbarkeit der Organisationsvertreter das Gesetz ziemlich wertlos zu sein. Auch aus einsichtigen Arbeitgeberkreisen ist der Wunsch nach Zulassung der Sekretäre der beiderseitigen Organisationen erhoben worden. (Lebhafte Hört! hört! links und im Zentrum.) In Rheinland-Westfalen, in der schweren Industrie, in der Hausindustrie, überall, wo die ungeheure Uebermacht des Kapitals dem in seiner Vereinzelung wehrlosen Arbeiter gegenübersteht, wird die Vertretung der Arbeiterinteressen in der Kammer ohne Zulassung der Vertreter der Organisationen beinahe gegenstandslos, beinahe unmöglich. (Hört! hört!) Ich beschwöre alle Parteien der Rechte und der Linken, eine Einigung über diesen Punkt herbeizuführen. Leider ist der Einfluß des Zentralverbandes der Industriellen übermächtig bei Nationalliberalen, Reichspartei und selbst bei den Deutschkonfessionellen. (Sehr wahr! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung, den Freisinnigen, dem Zentrum und den Sozialdemokraten.) Wenn diese Parteien nachgeben, wird auch die Regierung nachgeben. Daher tragen die genannten drei Parteien die Verantwortung für das etwaige Scheitern der Vorlage. (Sehr wahr!) Die Arbeitskammern werden nicht bloß in den radikalen Kreisen der Arbeiterbewegung gefordert. Wenn jetzt, 20 Jahre nach den Februarerlassen von 1890, wiederum das Zustandekommen dieser Kammern scheitert, so wird das in den Arbeiterkreisen, die zu Kaiser und Reich halten, weit höheres Blut machen als alle die Steuern, mit denen die Linke im Lande herumtreibt. (Radik. links.) Wägen Regierung und Parteien der rechten Worte gedenken, die der Reichstagskanzler gesprochen hat: daß die Einordnung der Arbeiterbewegung in die heutige Staatsordnung die größte und schönste Aufgabe der Gegenwart sei. (Lebhafte Beifall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung und im Zentrum.)

Die Diskussion schließt und die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die

erste Lesung des Hausarbeitgesetzes.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Das Hausarbeitgesetz bildet einen Teil der Gewerbeordnungsnovelle, die im vergangenen Jahre einer Kommission vorgelegt hat. Es erschien zweckmäßig, diese Materie aus der Novelle herauszunehmen und zu einem besonderen Gesetz zu gestalten. Wir waren bestrebt, nach Möglichkeit den in der Kommission laut gewordenen Wünschen gerecht zu werden und haben auch in einer Reihe von Fragen und in völliger Übereinstimmung mit den Ansichten der Kommission befunden. Die Kommission hat anerkannt, daß man auf diesem Gebiete nur schrittweise und vorsichtig vorwärts kommen kann und daß es erforderlich ist, gewisse allgemeine Vollmachten zu geben, ohne zu weitgehende Einzelbestimmungen zu treffen. Die Kommission ist nun der Meinung gewesen, daß der Entwurf den besondern wirtschaftlichen Bedürfnissen der Heimarbeiter nicht in hinreichendem Maße gerecht wird und daß speziell die Lohnverhältnisse einer Regelung bedürfen.

Es wurden Minimallöhne in der Heimarbeit verlangt und es wurde gefordert, daß den Tarifverträgen z u n g e n d e Geltung gegeben würde. Würden die Verbündeten Regierungen diesen Wünschen entsprechen, so würden sie damit gleichsam in aller Stille eines der vielumstrittensten Prinzipien akzeptieren, nämlich die Frage bejahen, ob der Staat befugt sein soll, in den Arbeitsvertrag insoweit einzugreifen, als es sich um seine Mitwirkung bei der Festlegung der Löhne handelt. Sie stellen sich schwerwiegende prinzipielle Bedenken entgegen und auch außerordentliche praktische Schwierigkeiten. Wenn auf die englische Gesetzgebung hingewiesen wird, die im Vorjahre ein Gesetz über die Einsetzung staatlicher Lohnlisten genehmigt hat, so halte ich es für bedenklich, Einrichtungen, die in einem Staate nützlich sind, ohne weiteres auf die Verhältnisse eines anders organisierten Staates zu übertragen.

Was nun die Frage der Tarifverträge

anbetrifft, so stehe ich denselben durchaus nicht unfreundlich gegenüber. Allerdings bin ich der Meinung, daß Tarifverträge keineswegs ausschließlich ein Instrument des ewigen Friedens bilden, sondern sie stellen einen bewaffneten Frieden dar. Der Hauptwert der Tarifverträge liegt für mich darin, daß wir in der Lage sind, eine Annäherung von Fragen für alle Teile nützlich und zweckmäßiger zu regeln als ohne sie. Ich erkenne also an, daß die Förderung der Tarifverträge wünschenswert ist, gebe aber zu, daß gerade auf dem Gebiete der Heimarbeit es schwer ist, zu Tarifen zu gelangen. Ich habe im Laufe des Winters eingehend erwogen, ob man etwa durch eine spezielle Gesetzgebung für die Heimarbeit die Grundlage für eine behördliche Förderung des Tarifvertrages schaffen könnte, bin aber zu dem Ergebnis gekommen, daß eine solche Möglichkeit heute nicht vorliegt. Die Materie der Tarifverträge ist so schwierig, daß ich Bedenken tragen würde, sie bei dieser Gelegenheit zu regeln. Ich sehe aber in dieser zweckentsprechenden Entwicklung eine Reihe erheblicher Vorzüge gegen den augenblicklichen Zustand und hoffe, daß Sie zu mir das Vertrauen haben werden, daß ich vor abem befreit sein werde, dem Tarifvertrag für die Hausarbeit bald die Wege zu ebnen. Ich möchte Sie aber bitten, mit dieser Frage nicht diesen Gesetzentwurf zu belasten, sondern ihn so zu verabschieden, wie er Ihnen jetzt im wesentlichen im Übereinstimmung mit den Wünschen Ihrer Kommission vorgelegt worden ist. Ich bin der Ansicht, daß die Heimarbeiter ein dringendes Interesse an einer baldigen Verabschiedung wenigstens dieses Gesetzes haben, das geeignet sein wird, eine erhebliche Reihe von Missetänden zu mildern, die in der Heimarbeit mit Recht zu beklagen sind. (Bravo!)

Abg. Dr. Pieper (Z.): Zwei Dinge bietet der Entwurf den Hausarbeitern. Einmal wird das, was für Fabriken und gleichartige Betriebe schon geschehen ist zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter einschließlich der Befreiung der gesundheitschädlichen Dauer der Arbeitszeit, nun auch auf die Hausarbeit ausgedehnt. Noch mehr Wert legen wir auf die zweite Gruppe von Bestimmungen, welche den Versuch macht, die niedrigen Löhne in der Hausarbeit zu heben, wenigstens auf die Höhe, welche ein Existenzminimum garantiert.

In der Frage, ob eine behördliche Festlegung der Löhne zu billigen ist, stimme ich den grundsätzlichen Ausführungen des Staatssekretärs zu, bemerke aber, daß in der Hausarbeit Gleichmäßigkeit herrschen, so daß eine behördliche Regelung hier eine Notstandsaktion ist, ohne welche eine Besserung der Lage der Heimarbeiter nicht möglich ist. Deshalb treffen die Einwendungen nicht zu. Wäre eine Hausarbeiterorganisation von innen heraus möglich, so könnten wir uns mit der Vertretung des Staatssekretärs, als er uns von den Lohnmännern ablenken wollte, zufrieden geben. Da das aber nicht der Fall ist, müssen wir auf der behördlichen Lohnregelung bestehen, und wir wissen uns darin eins mit allen Sozialpolitikern. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Henning (L.) (im Zusammenhang schwer verständlich, scheint die Vorlage zu empfehlen): In der vom Vorredner angeregten Frage der Lohnmänner teilen meine Freunde die Ansicht des Staatssekretärs, doch bitten wir die Regierung, die Vorlage an dieser Frage nicht scheitern zu lassen.

Abg. Wang (Fr. Bp.): Meine Freunde haben die Vorlage seinerzeit freudig begrüßt, weil sie die Missetände in der Hausindustrie anerkennen. Aber über die Art der Hilfe war man in der Kommission sehr geteilter Meinung. Die Gesetzgebung lauz auf diesem Gebiete leicht mehr Schaden als nützen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Der Registrierzwang wird bekämpft mit dem Hinweis auf die Damen aus besseren Ständen, die sich ihm nicht unterwerfen wollen. Diese Damen haben die Hausarbeit oft sehr nötig, (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) und in ihrem Interesse wird man mindestens verlangen müssen, daß die Polizei die Listen geheim hält. (Zustimmung bei den Freisinnigen.)

Abg. Everling (natl.): Bei der Darstellung der Notstände in der Heimindustrie sind manche Uebertreibungen mit unterlaufen. Immerhin bedürfen die Missetände der Einschränkung. Die Sozialdemokraten verlangen radikal das Verbot der Heimarbeit in der Nahrungs- und Genussmittelbranche. Solchen starken Eingriff wird wohl keine andere Partei dieses Hauses befürworten. Wir alle scheuen polizeiliche Eingriffe in die Handlichkeit; keineswegs darf man so weit gehen, wie die Sozialdemokraten es bei den Verhandlungen in der Kommission wünschten, man kann das auch gar nicht, wenn man nicht hinter jeden Heimarbeiter einen Saupmann stellen will. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Alles in allem erscheint uns der Entwurf als eine geeignete Grundlage zu erneuter Kommissionsberatung. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Es ist kein erfreulicher Zustand, wenn Heim und Arbeit verbunden werden. Die Heimsstätte und die Arbeitstätte sollen getrennt sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Heim, in dem die Arbeitstätte ausgeblendet ist, zeigt stets große Gefahren für die Gesundheit und die Entwicklung der Jugend.

Da, wo die Arbeitstätte ihren Unrat, Schmutz und Staub ablagert, kann ein schönes Heim sich nicht gestalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Vorredner polemisierte gegen unsern Standpunkt, in der Nahrungsmittelindustrie die Heimarbeit völlig zu verbieten.

Aber gerade dieses Verbot halte ich für außerordentlich notwendig, und in seinem Fehlen sehe ich einen großen Mangel des vorliegenden Gesetzentwurfs. Freilich ist dem Bundesrat ein Aussprechen eines solchen Verbotes überlassen, da er die Heimarbeit ganz verbieten kann, wo erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit damit verbunden sind. Es kann kein erfreulicher und auch kein appetitliche Zustand

sein, daß gewisse Nahrungsmittel in der Heimarbeit hergestellt werden, wo jede Kontrolle fehlt. Das bedingt Gefahren nicht nur für den Heimarbeiter, sondern auch für den Konsumenten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sehen wir uns die Heimarbeitsstätte eines Tabalarbeiters an mit ihrer Staub- und Dunstentwicklung, so wird auch das kein Mensch für einen erfreulichen Zustand weder in wirtschaftlicher noch in familiärer Hinsicht halten können. Diese Zustände haben sich erst allmählich entwickelt in der Tabakindustrie und zwar gleichzeitig mit dem Herabfallen der Löhne. Noch in den 70er Jahren standen die Tabalarbeiter bezüglich ihrer Einkommensverhältnisse mit in erster Reihe, heute stehen sie auf der tiefsten Stufe, und die Erklärung dafür ist lediglich die ungeliebte Entwicklung zur Heimarbeit, für die eine wirtschaftliche Notwendigkeit nicht vorlag. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine derartige ungeliebte Entwicklung müssen wir zu hemmen suchen.

Unsere Heimarbeitergesetzgebung ist nach weit zurück hinter der anderer Länder. Frankreich, die Schweiz, England sind uns weit vorausgegangen. Das französische Gesetz geht sogar darauf aus, das Zwischenmessen auszuhalten! Würden wir hier

etwas Technisches beibringen, so würden die bürgerlichen Parteien in lebhafter Entrüstung geraten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die ungeliebte Entwicklung der Heimarbeit ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterbeschäftigung sehr schwer an sie herankam, weil jede Kontrolle in ihr unmöglich ist.

Das vorliegende Gesetz ist nur ein Rahmengesetz, das durch Bundesratsverordnungen und Polizeiverordnungen ausgefüllt werden soll. Und wenn ich das genügende Vertrauen zum Bundesrat hätte, so könnte ich wohl sagen, daß mit der Ausfüllung dieses Rahmens alles geheißen kann, was notwendig ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber an diesem Vertrauen fehlt es uns nach den bisherigen Erfahrungen. Schon in der jetzigen Gewerbeordnung ist dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben, für die Heimarbeit weitergehende Bestimmungen zu erlassen. Aber er hat bisher, obgleich die Bestimmungen schon eine ganz geraume Zeit bestehen, nur in zwei Fällen davon Gebrauch gemacht: bei der Konfektionsverordnung und der Tabakfabrikationsverordnung. Daher haben wir auch keinen Grund, in Zukunft von ihm umfassende Maßnahmen im Sinne dieses Gesetzes zu erwarten, und haben allen Anlaß vorzuschreiben, daß der Bundesrat solche Verordnungen erlassen muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wie notwendig ein vollständiges Verbot der Heimarbeit ist, beweist die Tatsache, daß die Heimarbeit sich jetzt sehr stark der Zellulosefabrikation

annimmt, die bekanntlich außerordentlich feuergefährlich ist. In dem Augenblick, wo das in der Wohnung vorhandene Zellulosematerial in Brand gerät, würde der ganze Raum mit explosiver Schmelze in Flammen stehen. Wir haben ja schon große Brände in Zellulosefabriken gehabt. Also diese Heimarbeit muß verboten werden.

Ebenso notwendig ist ein

Verbot des Lohnsystems,
das den Heimarbeitern in wirtschaftlicher Abhängigkeit vom dem Arbeitgeber bringt. Außerordentlich wichtig ist dann die **Regelung der Lohnfrage.**

Die Regierung hat sich leider nicht dazu verstanden, Lohnämter einzuführen. Es sollen lediglich Lohnsätze ausgehängt werden, auf denen die Preise verzeichnet werden, die für bestimmte Arbeiten gezahlt werden! Wie soll aber kontrolliert werden, ob die Lohnsätze von den Unternehmern richtig geführt werden? Sehr bedauerlich ist, daß nicht die Bestimmungen aufgenommen worden sind, wonach für die Heimarbeit obligatorische Lohnzettel und Lohnbücher eingeführt werden müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Lohnkommissionen hat sich auch Herr Rang gewandt. Wenn man sagt, das englische Beispiel beweise nichts, man müsse erst die Erfahrungen mit dem neuen Gesetz abwägen, so verweise ich darauf, daß in Australien und Neuseeland sich die Lohnkommissionen, die seit 1890 und 1895 bestehen, als außerordentlich segensreich für die Heimarbeit erwiesen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre ein wirklich bedeutsamer Schritt nach vordrücken, wenn in der Frage der Lohnregulierung die Regierung den Wünschen entgegenkäme, die heute in Heimarbeitertreffen fast allgemein geltend gemacht werden.

Man hat nun gesagt, die Heimarbeit sollte Tarifverträge in freier Vereinbarung herbeiführen. In der Tat aber kommen insbesondere die Heimarbeiter, die zu den niedrigsten Löhnen arbeiten, für die gewerkschaftliche Organisation fast gar nicht in Frage. Wir müssen also darauf bestehen, daß auch jetzt wieder in der Kommission der Versuch gemacht wird, die Regelung der Lohnverhältnisse in der Heimarbeit durch Lohnämter oder paritätische Kommissionen durchzuführen. Wo Tarifverträge nicht möglich sind, müssen Mindestlöhne festgelegt werden. Die Heimarbeit hat doch jedenfalls größeren Anspruch auf Lohnfestlegung durch Zwangsstarife als die Arbeiter der Industrie, denen gegenüber man dieses Prinzip anerkannt hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung ist das Prinzip der Lohnstarife auf Zwangsgrundlage anerkannt. Allerdings nicht für Arbeiter, sondern für die Werkzeute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das dort keine Schwierigkeiten macht, warum sollte es für eine in so elenden Erwerbverhältnissen lebende Arbeiterschicht wie die Heimarbeiter nicht möglich sein? Dieser wichtigste Punkt des Heimarbeiterschutzes muß auf jeden Fall in der Kommission hinzugefügt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Auerhach (Volk): Das Leben des Heimarbeiters ist die Hölle auf Erden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um so mehr hoffen wir, daß endlich etwas Durchgreifendes zum Schutz und Nutzen der Heimarbeiter zustande kommen möge. Aber, so sehr wir auch wünschen, daß Licht und Luft in die dumpfen Stuben der Heimarbeit kommen möge, so können wir uns mit den erweiterten Polizeibefugnissen doch nicht ohne weiteres einverstanden erklären. Gerade wir Polen haben allen Grund, gegen alle Machtvermehrung der Polizei mißtrauisch zu sein. Dem Verlangen, Lohnämter einzuführen, kann ich nur zustimmen, denn die Hungerlöhne, die das Licht scheuen, müssen in die Öffentlichkeit gezogen werden. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Behrens (Christl. Bgg.): Die Vorlage entspricht nicht unserem Ideal, aber sie bietet immerhin einen geeigneten Rahmen, innerhalb dessen hoffentlich etwas Brauchbares zustande kommt. Das Wunschgewicht ist sicher die radikale Trennung von Lohn- und Arbeitsräumen. Es fragt sich aber, ob sie sich zurzeit durchführen läßt. Es wird wohl möglich sein, in der Kommission wesentliche Verbesserungen in das Gesetz zu bringen; auch wir wünschen Lohnämter, werden aber unsere endgültige Stellung zum Gesetz nicht von deren Einführung abhängig machen. (Weiß! rechts.)

Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr (Telegrafentwurf des Zentrum, eventuell noch Kollektiveur Gewerbeordnung).

Schluß 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Zwei konservative Reichstagsmandate kassiert!

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch mit der Nachprüfung der Wahl in Wülthausen-Langenfalta. Die vorgenommenen Erhebungen ergaben in den meisten Fällen die Bestätigung der im Wahlprotokoll gerügten ungesegneten Vorkommnisse. Hauptächlich sind die gesetzlichen Bestimmungen über die Geheimhaltung der Stimmabgabe in mehreren Orten nicht innegehalten worden. In einzelnen Orten haben die Wähler den Isolierraum nicht betreten oder der Isolierraum so unangenehm, Ferner haben in mehreren Wahllokalen resp. Isolierräumen Stimmzettel für den konservativen Kandidaten ausgelegt. Die Kommission mußte daher in diesen Orten den Wahlakt kassieren resp. die für den konservativen Kandidaten abgegebenen Stimmen von dessen Stimmzahl abziehen. Die Berechnung ergab aber, daß der konservative Abgeordnete Arnstadt dann nicht mehr die absolute Mehrheit der Stimmen besitzt. Die Kommission erklärte daher die Wahl Arnstadt mit acht gegen fünf Stimmen für ungültig.

Im Wahlkreis Wülthausen-Langenfalta hatte bekanntlich 1907 der zweimal gewählte freisinnige Abgeordnete Eichhoff die Wahl abgelehnt. In der Nachwahl war dann der konservative Arnstadt gewählt worden. Das Stimmverhältnis war in der Hauptwahl folgendes: Reichspartei 10 541, Freisinn 6117, Sozialdemokratie 6016 Stimmen. Bei der Stichwahl erhielt der Freisinn 14 112, der Reichsparteiler 11 118 Stimmen. — Bei der Nachwahl am 1. März 1907 erhielten: Konservativ 11 900, Freisinn 5900, Sozialdemokratie 5610. Arnstadt war somit im ersten Wahlgange gewählt!

Auch das Mandat des konservativen Abgeordneten v. Kapfengut (Vst- und West-Sternberg) wurde von der Kommission für ungültig erklärt!

Eine schöne Gaudwirtschaft in den Konservativen Kreisen!

Zöllerei und Agrarisches aus der Petitionskommission des Reichstags.

Von den Blockenten wird jede Gelegenheit beim Schopfe genommen, die eine Erweiterung der zolltariflichen Sperr- und Fangtaktik gewährleisten könnte. Man schonte bei dem großen Zolltarifsitzung — entgegen dem Vorschlage des Regierungsentwurfs — die kleinen Fischer, indem man den Zoll auf ihr notwendiges Gerät auf 3 Mark herunterdrückte. Das wurmt einige deutsche Netzfabrikanten, die eine Erhöhung des Zolles auf Baumwoll-Fischnetze erzwängen wollen! Schon im Sommer des vorigen Jahres sind diese paar Fabrikanten mit ihren Argumenten vor der Petitionskommission abgefahren, deren einstimmiges Gutachten auf Uebergang zur Tagesordnung im Juli 1909 vom Plenum des Reichstags bestätigt worden ist. Jetzt erscheinen sie schon wieder mit dem Wunsche auf die enorme Zollerhöhung von 8 auf 40 Mark.

Der konservativ Referent beabsichtigte, das letzte Gutachten des Reichstags unter Zugiehung eines Regierungsvertreters zu erschüttern. Der Vorsitzende behütete jedoch den kaum erlateten Beschluß des Reichstags und sicherte so dem Uebergang zur Tagesordnung eine große Mehrheit.

Das gleiche Los war bedauerlicherweise einer Petition der Berliner Fleischer-Juung befriedet, die — ebenfalls zum zweitenmal innerhalb 4 Jahren — dem Reichstag die Notwendigkeit darlegt, die Grenzen für die Einfuhr des Schlachtviehes zu öffnen und die Zölle auf lebendes Vieh herabzusetzen oder zu inhibieren. Es ist aus der Statistik der letzten 3 Jahre wiederum die Tatsache nachgewiesen, daß die deutsche Viehproduktion der Nachfrage nicht gewachsen ist. Tatsächlich weist die Schaf- und Rindviehzucht (insbesondere die Kälbzeugung) auch nach dem außerordentlichen Jahre 1908 wieder eine bedenkliche Abnahme auf. Darüber entstand nun in der Petitionskommission die übliche Auseinandersetzung mit dem agrarischen Bülnerblock. Als Korreferent malte der freikonservative Siebenbürger die Seuchengefahr aus; er meinte nämlich, es könnte bei den Handelsabkommen nicht unter die jetzige Vereinbarung herabgegangen werden. Referent S o m m e r (fr.) beantragte die Ueberweisung der Petition an den Reichstagsrat zur Berücksichtigung, wobei er von sozialdemokratischer Seite unterstützt wurde. Die agrarische Richtung bestritt überhaupt das Vorhandensein eines Fleischmangels und schob die Schuld an der Verteuerung des Fleisches auf die Zwischenhändler und auf die Fleischer. Das Zentrum redete sich heraus mit dem Hinweis auf den Viehüberfluß, den die bayerischen Verkaufsvereine feststellen können. Ein national-liberaler Abgeordneter teilte die Seuchenscheu.

Der Antrag des Referenten erhielt nur 7 Stimmen (Sozialdemokraten und liberale Linke). Mit 14 gegen 11 Stimmen wurde der junkertliche Antrag (Uebergang zur Tagesordnung) angenommen.

Beamtenreiselöcher.

Dem Abgeordnetenhause ist jetzt der Entwurf über die Reisekosten der Staatsbeamten zugegangen. Der Entwurf sieht folgende Sätze vor:

- An Tagegeldern sollen erhalten:
1. Aktive Staatsminister 35 M.
 2. Beamte der ersten Rangklasse 28 M.
 3. Beamte der zweiten und dritten Rangklasse 23 M.
 4. Beamte der vierten und fünften Rangklasse 15 M.
 5. Beamte, die nicht zu diesen Kategorien gehören, soweit sie bisher zu diesem Satz berechtigt waren, 12 M.
 6. Subalternbeamte 8 M.
 7. Andere Beamte, soweit sie bisher zu diesem Satz berechtigt waren, 6 M.
 8. Im übrigen 4 M.
- Wird die Dienstreise an demselben Tage angetreten und beendet, so werden ermäßigte Tagegelder gewährt und zwar für die Kategorie 1: 23 M., für 2: 18 M., für 3: 14 M., für 4: 10 M., für 5: 8 M., für 6: 6 M., für 7: 4,50 M. und für 8: 3 M.

Entwöhnlich angestellte Beamte, die vorübergehend außerhalb ihres Wohnortes bei einer Behörde beschäftigt werden, sollen neben der Beförderung die angegebenen Tagegelder erhalten; bei längerer Beschäftigung bestimmt die vorgesetzte Behörde die Höhe der Tagegelder. Bei Dienstreisen erhalten an Fahrtkosten für den Kilometer einschließlich der Kosten für Gepäckbeförderung der Eisenbahn und Schiffstreden die unter Ziffer 1 bis 4 genannten Beamten 9 Pf., wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 7 Pf.; die unter 5 und 6 angeführten Beamten 7 Pf., wenn der Fahrpreis für die erste Klasse bezahlt ist, sonst 5 Pf., die übrigen 5 Pf.

Für Fuhrwerkstreden werden bezahlt pro Kilometer 60 Pf. für die Beamten unter 1 bis 4, 40 Pf. für die Beamten unter 5 bis 6, 30 Pf. für die übrigen Beamten. Für Uebernachtungsorte werden außerdem an Tagegeldern gezahlt 1,50 M., 1 M. und 50 Pf. nach derlei Klassenabstufung. Haben die Beamten unter 1 bis 4 einen Diener mitgeführt, so erhalten sie für ihn pro Kilometer 5 Pf. Bei gemeinsamen Reisen im Fuhrwerk erhält der einzelne Beamte für den Kilometer 30 Pf.

Die Fahrkosten werden für Hin- und Rückreise besonders berechnet. Für Geschäfts am Wohnorte werden Beamten keine Tagegelder gezahlt, auch dann nicht, wenn die Geschäfts im Umkreise von zwei Kilometern vom Wohnorte vorgenommen werden. Beamten, die für ihre Dienstreisen Pendelabträge erhalten, werden Tagegelder und Fahrtkosten nur gewährt, wenn sie Dienstgeschäfte außerhalb ihres Amtsbezirktes erledigen. Für häufig reisende Beamte kann die vorgesetzte Behörde Pendelabträge festsetzen. Beamte im Vorbereitungsdienste erhalten Tagegelder und Reisekosten nur dann gewährt, wenn sie die Reisen nicht lediglich zum Zwecke ihrer Ausbildung unternehmen.

Die Bestimmungen sollen mit dem 1. April 1910 in Kraft treten.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang des Fleischkonsums.

Verfolgen wir die Bewegung des Fleischkonsums auf Grund der Statistik der Schlachtvieh- und Fleischabfuhr im Deutschen Reiche seit 1903, ist welchem Jahre zum erstenmal der Jahreskonsum erreicht werden konnte, rechnen auf Grund von Durchschnittsgewichten die Stückzahl der gewerblich geschlachteten Tiere in Fleischgewicht um und reduzieren den Konsum auf den Kopf der Bevölkerung unter Berücksichtigung des monatlichen Bevölkerungszuwachses, so erhalten wir folgendes Bild. Der Fleischverbrauch betrug im Jahre:

Jahr	Menge in Tonnen	pro Kopf kg
1905	2 299 504	37,95
1906	2 259 842	36,91
1907	2 457 278	39,88
1908	2 538 619	40,41
1909	2 561 783	40,20

Ganz besonders unerfreulich an der Entwicklung im Jahre 1909 ist der Umstand, daß die Abnahme ausschließlich auf die Verringerung des Schweinefleischkonsums zurückzuführen ist, der außerordentlich scharf sank. Ähnlich hat Schweinefleisch infolge der empfindlichen Preissteigerung auch in den minderbemittelten Haushaltungen den Verbrauch anderer Fleischsorten weichen müssen, aber immerhin spielt es doch eine sehr wichtige Rolle im Haushalt der arbeitenden Bevölkerung. Man fand aber im Jahre 1909 an inländischem Schweinefleisch ohne Berücksichtigung

der Hausflachtungen nur 1 242 462 Kilogramm konsumiert worden gegen 1 318 675 Kilogramm im Jahre 1908. Aus dem Auslande wurde zwar etwas mehr bezogen, aber unsere Fleischzufuhr ist infolge der Zölle an und für sich nicht erheblich. Der Konsum an Schweinefleisch, sowohl inländischem als ausländischem, belief sich im Jahre 1909 auf 1 254 529 Tonnen, während er 1908 1 324 667 Tonnen betragen hatte. Infolge des Bevölkerungszuwachses ging der Konsum aber auch von 1907 auf 1908 zurück, so daß sich für die letzten drei Jahre ein fortlaufender Rückgang ergibt.

Kleinhandelspreise.

Nach dem Durchschnitt von 50 Marktorten ergeben sich nach amtlichen Feststellungen folgende Kleinhandelspreise!

	Januar		Steigerung in Proz.
	1909	1910	
1 Kilogramm in Pfennig			
Weizenmehl	35	39	11,4
Roggenmehl	31	30	—
Weißbrot (Semmel)	50	54	8,0
Roggen-Braunbrot	30	33	10,0
Rüder (hart)	50	53	6,0
Schweinefleisch (inl.) 197	192	192	—
(ausl.) 183	163	163	—

Wenn das Volk die Wahl hätte, würde es solche Preise sicher nicht bezahlen. Aber so lange es in Preußen kein besseres Wahlrecht gibt, und Wähler sich zu Hauf von den Liebesgabenpolitikern einfangen lassen, werden sie auch die Geißel des Lebensmittelpreises verschärfen.

Der Effekt ist — Preiserhöhung. Wie die Frankfurter Zig.-Berichter, hat sich am 11. d. M. in Frankfurt eine Elektro-Großhändler-Vereinigung konstituiert. Diese Vereinigung, zu der bei der Gründung versammlung bereits eine Reihe erster Firmen ihren Beitritt erklärt haben, soll die Wahrung der gemeinsamen Interessen der selbständigen Großhändler in der elektrotechnischen Branche bezwecken.

Belegung im Außenhandel. Der Wert der deutschen Einfuhr belief sich im Januar 1910 auf 681,00 Millionen Mark, der Wert der deutschen Ausfuhr auf 542,8 Millionen Mark. Im Vorjahre betrug die Einfuhr 616,2, die Ausfuhr 466 Millionen Mark. Außerdem wurden für 13,9 Millionen Mark Edelmetalle ein- und für 6,6 Millionen Mark ausgeführt gegen 14,3 und 22,5 Millionen Mark im Vorjahre.

Zollkonflikt mit Kanada erledigt. Besprechungen wegen Beilegung des deutsch-kanadischen Zollkonflikts haben zu einer Verständigung dahin geführt, daß Kanada vom 1. März d. J. ab gegen Gewährung von 25 Sägen des deutschen Konventionaltarifs die seit dem Jahre 1903 von den deutschen Erzeugnissen in Kanada erhobene Surtax von 33 1/2 Proz. aufhebt. Diese Verständigung ist eine provisorische und dazu bestimmt, das Zustandekommen eines Handelsvertrages anzubahnen. Dementsprechend ist in der Vereinbarung beiden Teilen das Recht vorbehalten, von derselben zurückzutreten, falls nicht in angemessener Zeit dieser provisorischen Verständigung ein definitiver Vertrag folgt. Die deutsch-seitigen Kanada eingeräumten Vertragsläge betreffen folgende Gegenstände: Getreide außer Roggen, Kleie- und Grafsaat, Obst, Holz, Pferde, Rindvieh, Schafe, Fleisch ausgenommen Speck, Hummer, Schmalz, Mehl, kondensierte Milch, Kalium-Karbid, Holzgeist, Leder, Schafe, Holzmasse, Papp.

Die bestehenden veterinär- und sanitärpolizeilichen Bestimmungen werden durch die Ermäßigung der Zollsätze selbstverständlich in keiner Weise berührt.

Der Schiffsbau der Welt.

Das Lloyd Register of British and Foreign Shipping veröffentlicht ab jährlich die Ziffern der im letzte Jahre auf der ganzen Welt neu zu Wasser gelassenen Tonnage. Die Zusammenstellung ist nach Bruttoregistertonnen erfolgt (englische Registerton = 2,8329 Kubikmeter).

Jahr	Zu Wasser gelassene Tonnage in d. ganzen Welt	Zu Wasser gelassene Tonnage in d. ganzen Welt	
1902	1 338 045	1901	2 617 539
1903	1 026 741	1902	2 509 755
1904	1 329 638	1903	2 145 631
1905	1 218 180	1904	1 987 835
1906	1 567 822	1905	2 514 922
1907	1 831 924	1906	2 919 703
1908	1 898 348	1907	3 778 088
1909	2 121 738	1908	1 883 286
1900	2 904 183	1909	1 602 057

Die höchste jemals erreichte Rekordziffer im Weltschiffsbau weist 1908 auf. Es ergibt sich bei einem Wertjahr mit 1892, daß der Schiffsbau der ganzen Welt damals nur 46 Hundertteile von dem des Jahres 1908 darstellte. Die vorletzte Hochkonjunktur schloß 1901 mit einer Ziffer von 96 Hundertteilen gegenüber 1908. In den fünf Jahren ist der Weltschiffsbau also nur verhältnismäßig langsam gestiegen. Seit 1906 ist die Ziffer fortgesetzt gefallen. Der gesamte deutsche und der japanische Schiffsbau des Jahres 1909 zusammen ergibt nur rund 180 000 Tonnage. Die Ursachen des Rückganges liegen einmal in dem Spekulationsbau an Schiffen während der letzten Hochkonjunktur. Zum anderen hat der außerordentlich große Waren- und Passagierverkehr einschließlich Auswandererverkehr mit zum Bau neuer Schiffe beigetragen. Dann waren es die überseeischen Kriege — Vurenkrieg, russisch-japanischer Krieg, Aufstand in Südwestafrika — die den Reedereien reichlich Beschäftigung und Gewinn aus Kruppen-transporten, Kohlen- und Materialenbeförderung brachten. Auch Dampferverkäufe an die kriegführenden Mächte brachten neue Verdienste an Schiffsbau. Der Rückschlag kam mit aller Macht erst 1908 weil im Moment des Konjunkturmangels der Auslandsverkehr zunächst noch zunahm.

In welchem Umfang die einzelnen Länder an der Gesamtproduktion beteiligt sind, veranschaulicht die folgende Tabelle:

Jahr	Großbritannien	Deutschland	Vereinigte Staaten von Amerika	Japan
1902	1 109 950	64 888	62 688	—
1903	838 838	60 167	27 174	1 182
1904	1 046 508	119 702	60 894	3 175
1905	950 967	87 796	84 877	2 206
1906	1 159 761	103 205	184 175	7 849
1907	952 496	130 728	86 838	6 740
1908	1 367 570	153 147	178 250	11 424
1909	1 416 791	211 648	224 273	6 775
1900	1 443 471	204 731	333 527	4 543
1901	1 524 789	217 598	438 285	87 908
1902	1 427 558	193 961	379 174	27 181
1903	1 190 618	184 494	381 820	24 514
1904	1 205 162	202 197	238 518	32 969
1905	1 623 188	255 423	302 827	31 725
1906	1 828 343	318 230	441 067	42 480
1907	1 607 890	275 003	474 075	66 254
1908	929 689	307 777	304 543	59 724
1909	991 066	128 690	209 604	62 810

Die Schiffbauindustrie Großbritanniens, die in dem Rekordjahr 1908 1 828 343 Tonnage Schiffsbau baute (hier wie in allen Zahlen sind die Kriegsschiffsbauten und die Schiffsbauten unter 100 Tonnage nicht mitgerechnet) stellte 1909 nur 991 066 Tonnage fertig. Für Deutschland ist das Verhältnis noch ungünstiger! Der Rückgang beträgt hier 60 Proz. In Deutschland ist auch der Spekulationsbau an Schiffen am meisten ausgebildet worden. Die Vereinigten Staaten sahen erst 1907 ihren Höhepunkt im Schiffsbau. Japan zeigt das typische Bild des sich im kapitalistischen Frühling befindlichen Staates.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.



LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN-STRASSE

Extra-Preise Donnerstag und Freitag

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Emaillierte Geschirre

Schmortöpfe ohne Ring	6 Größen	40 Pf. bis 1.10
Kasserollen ohne Ring	10 Größen	20 Pf. bis 1.40
Kasserollen extra schwer	4 Größen	60 Pf. bis 1.25
Wasserkessel für Gaskocher	5 Gr.	70 Pf. bis 1.40
Wasserkessel aus einem Stück	6 Größen	80 Pf. bis 1.80
Pfannen rund, mit Stiel	5 Größen	50 Pf. bis 1.10
Topfdeckel	6 Größen	12 bis 50 Pf.
Fischkocher oval	Länge 45 cm	4.50
Reiskocher	3 Größen	1.20 bis 1.60
Milchkocher	3 Größen	60 Pf. bis 1.20
Kaffeekannen gerade	6 Größen	40 bis 90 Pf.
Fleischschüsseln rund oder oval		30 Pf.

Gemüseschüsseln vierkantig	3 Größen	25 bis 45 Pf.
Küchenschüsseln flache,	6 Größen	20 bis 50 Pf.
Teller flach oder tief	4 Größen	10 bis 18 Pf.
Mehlschaufeln	4 Größen	15 bis 30 Pf.
Essenträger	10 Größen	25 bis 90 Pf.
Löffelbleche	4 Größen	1.00 bis 1.75
Scheuergarnituren	3 Größen	1.60 und 2.00
Ascheimer	4 Größen	90 Pf. bis 1.40
Wannen oval	6 Größen	90 Pf. bis 4.00
Wannen rund	4 Größen	1.00 bis 2.25
Toiletteneimer m. Deckel	4 Größen	1.75 bis 3.00
Wassereimer grau Durchm. 28 cm	63,	hellblau 28 cm 75 Pf.

Dekoriert

Kaffeekannen	6 Größen	60 Pf. bis 1.60
Milchtöpfe gebauht	4 Größen	30 Pf. bis 1.10
Milchtöpfe gerade	4 Größen	55 Pf. bis 1.25
Sahngiesser	4 Größen	30 bis 60 Pf.
Maschinentöpfe	4 Größen	30 Pf. bis 1.00
Waschschüsseln gross	2 Größen	2.10 bis 2.40

Wasserkrüge zur Garnitur		1.90
Toiletteneimer mit Deckel und Rohrbügel		3.90
Waschgarnituren 5 Teile	8.50, 10.00, 13.00	
Schüsseln flach	9 Größen	40 Pf. bis 1.10
Wassereimer mit Deckel		1.75, 2.25, 2.50

Metallwaren

Teemaschinen	4 Sorten	6.00 bis 9.50
Teekannen	2 Sorten	2.60 und 4.00
Tantalusflaschen mit Schlüssel		2.60
Weinkühler mit 2 Reifen		4.00
Biskuitdosen	2 Sorten	1.75, 2.60
Salatschüsseln mit vernickeltem Rand		2.00
Aschschalen mit Feuerzeug		2.00
Tortenplatten mit vernickeltem Rand		2.50
Eierservice	4 Sorten	2.25 bis 4.00
Eierbecher innen vergoldet		45 Pf.
Spirituskocher diverse Sorten		45 Pf. bis 1.20

Gaskocher viereckig, 3 Brenner **6.50**

Ein Posten
Tablets diverse Sorten, 6 Preislagen **2.00 bis 6.00**

Bürsten

Kleiderbürsten	12 Sorten	60 Pf. bis 4.00
Kopfbürsten	3 Sorten	60 Pf. bis 2.50
Hutbürsten	3 Sorten	30 Pf. bis 1.00
Möbelbürsten	6 Sorten	90 Pf. bis 2.50

Hill-Glühkörper für stehend Licht, grosse Haltbarkeit **40 Pf.**

Schneehühner
85 Pf.

LEBENSMITTEL

Haselhühner
1.25

Konserven

Junge Schoten extrafein	1/2 Dose	90 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 Dose	36 Pf.
Schoten u. Karotten	1/2 Dose	58 Pf.
Karotten	1/2 Dose	45 Pf.
Karotten in Streifen	1/2 Dose	26 Pf.
Gemischt. Gemüse I	1/2 Dose	90 Pf.
Gemischt. Gemüse II	1/2 Dose	60 Pf.
Gemischt. Gemüse	1/2 Dose	45 Pf.

Stangenspargel I	Dose	1.45
Stangenspargel III	1/2 Dose	1.10
Bruchspargel I	1/2 Dose	1.05
Bruchspargel ohne Köpfe	1/2 Dose	70 Pf.
Grünkohl	1/2 Dose	32 Pf.
Wirsingkohl	1/2 Dose	32 Pf.
Spinat	1/2 Dose	38 Pf.
Kohlrabi	1/2 Dose	28 Pf.

Reineclauden . . . 1/2 Dose **65 Pf.**

Fleischwaren

Feine Leberwurst	Pfund	95 Pf.
Landleberwurst	Pfund	80 Pf.
Fleischrotwurst	Pfund	90 Pf.
Rotwurst	Pfund	50, 70 Pf.
Pommersche Gänsebrust	Pfund	2.00
Rollschinken 7 bis 9 Pfund schwer	Pfund	1.30
Zerelatwurst in Fettdarm	Pfund	1.30
Salamiwurst nach italienischer Art	Pfund	1.90
Schinkenspeck	Pfund	1.00
Speck mager	Pfund	90 Pf., fett Pfund 85 Pf.

Essäpfel graue Reinetten . . . Pfund 18 Pf.
Mandarinen . . . Kiste 25 Stück 68 Pf.
Mandarinen Pfund 22 Pf.
Kartoffeln neue französische Pfd. 18 Pf.

Hirschfleisch
Rücken Pfd. 90 , Keule 85 , Blatt 55 , Ragout 25 Pf.
Renntierfleisch
Rücken Pfd. 85 , Keule 75 , Blatt 55 , Ragout 30 Pf.

Traubenrosinen Pfund 65 Pf.
Knackmandeln Pfund 75 Pf.
Hühner 1.65, 1.80, 2.00
Poulets 1.95

Nur Leipziger u. Rosenthaler Str.: FLEISCH U. FISCHE

Pa. Ochsenfleisch Pfd. 90 Pf. ohne Knochen 1 Mk.
Roastbeef Pfd. 95 Pf. ohne Knochen 1.30
Rinderfilet Pfd. 1 Mk. , ausgeschält 1.60
Gulasch Pfund 65 Pf. Frischer Talg 50 Pf.
Gehacktes Fleisch Pfund 65 Pf.
Kalbskeule u. Rücken 1.00 , ge- teilt 1.20
Kalbsbrust Pfund 90 Pf. bis 1.00
Kalbskamm u. Bug Pfund 80 bis 90 Pf.

Hammelkeule u. Rücken Pfund 80 , ge- teilt 85 Pf.
Dicke Rippe Pfund 70 Pf.
Hammel-Dünnung Pfund 60 Pf.
Schinken Pfund 80 , Pökelkamm 85 Pf.
Schweine-Kotelettes Pfund 1.00
Kamm und Schuft Pfund 85 Pf.
Liesen und Rückenfett Pfund 75 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfd. 80, 85, 90 Pf.

Lachs Pfund 90 Pf. im Anschnitt 1.20
Schellfische Pfund 25 und 35 Pf.
Kabeljau Pfund 20 Pf. im Anschnitt 25 Pf.
Seelachs Pfund 20 Pf. im Anschnitt 25 Pf.
Rotzungen Pfund 70 Pf.
Heilbutten Pfund 1.00
Tafelzander Pfund 90 Pf.
Lebende Hummern und Forellen. Holländische Austern.

Gewerkschaftliches.

Der amerikanische Hutmacherverband zu 222 000 Dollar Boykottbuße verurteilt!

Während die Schuldbürgerei des amerikanischen Fleischboykotts, der nur die kleinen Händler und Schlächter aus dem Geschäft treibt und dadurch die Uebermacht des Großkapitals noch stärkt, von der Kapitalistenpresse applaudiert wird und eine Gruppe mittelständischer Reformer in Washington gerade dabei ist, eine Organisation zur Boykottierung der Trusts im ganzen Lande zu etablieren, hat die schäufliche amerikanische Klassenjustiz ein Urteil produziert, das den Boykott als wirksame Waffe im Klassenkampf der Arbeiter tatsächlich unmöglich macht und sogar das Streikrecht in Frage stellt. Das Bundesvertragsgericht in Hartford, Connecticut, verurteilte am 4. Februar den Sekretär des Landesverbandes der Hutmacher, Martin Lawler, sowie 204 Verbandmitglieder zur Zahlung von 222 000 Dollar (zirka 900 000 M.) Schadenersatz an die Hutfabrikanten Loewe u. Co. in Danbury. Das Verdikt der Geschworenen hatte den der Firma durch den Boykott zugefügten Schaden auf 74 000 Dollar beziffert, aber der Richter machte flotten Gebrauch von einer gesetzlichen Bestimmung, die ihm erlaubt, die von der Jury ermittelte Summe zu verdreifachen. Die Verurteilung erfolgte auf Grund des famosen Anti-Trustgesetzes, von dessen Anwendung auf die Gewerkschaften sich bei seinem Erlass die pervertierte kapitalistische Phantasie nichts träumen ließ.

Der Prozeß zog sich seit sechs Jahren hin. Zuerst waren Loewe u. Co. mit dem Bescheid, daß das Sherman'sche Anti-Trustgesetz sich auf den Boykott nicht anwenden lasse, abgewiesen worden. Darauf erzwang die Firma eine Entscheidung des Ober-Bundesgerichts in Washington, die noch über das gegen Gompers gefällte Urteil hinausgeht und das Boykottrecht der Arbeiter direkt aufhebt. Es heißt da: „An sich Mitglieder von Arbeiterorganisationen zusammen, um Hutfabriken das vorhandene Absatzgebiet wegzunehmen, indem sie die Fabrikanten durch den Boykott an der Herstellung von Hüten, die zum Versand nach anderen Staaten bestimmt sind, verhindern, oder indem sie den in anderen Staaten wohnenden Kunden der fraglichen Fabrik den Weiterverkauf der Hüte unmöglich machen oder die Lust, mit den Fabrikanten in Geschäftsbeziehungen zu bleiben, vergällen wollen, so bilden sie eine Vereinigung zur Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels im Sinne des Anti-Trustgesetzes vom 2. Juli 1890. Nach Sektion 7 des Gesetzes sind die Mitglieder einer solchen Vereinigung einer Verurteilung zum dreifachen Schadenersatz unterworfen. Der Schadenersatz kann von den durch die Verletzung des Gesetzes in ihrem Geschäft oder ihrem Eigentum geschädigten Personen auch dann eingeklagt werden, wenn das Geschäft der Geschädigten nur zu einem unwesentlichen Teil in dem Staat, in dem seine Firma ihren Sitz hat, durch das Vorgehen der Arbeitervereinigung beeinträchtigt wurde, oder wenn die Arbeiter, die sich zur Schädigung der Fabrikanten zusammenschlossen, selbst nicht im zwischenstaatlichen Handel tätig sind.“ Das Oberbundesgericht wies die Sache an das Bundesgericht in Hartford zurück mit der Anweisung, sich an obige Entscheidung zu halten. Die Folge war das sensationelle Urteil vom 4. Februar. Bezeichnend ist die Art und Weise, wie das Urteil in Hartford zustandekam. Der Richter, Watt heißt der Mann, gab den Geschworenen eine gebundene Marschroute. Er sagte ihnen, daß eine Verbindung zur Beschränkung des zwischenstaatlichen Handels ohne Frage bestanden habe, und fuhr dann fröhlich fort: „Sie (die Geschworenen) haben aber die unabweisbare Pflicht, die von mir ausgesprochene Ueberzeugung als Gesetz hinzunehmen und im vorliegenden Falle anzuwenden.“ Der weise und gerechte Richter erlaubte den Geschworenen nur, über die Höhe des Schadenersatzes zu bestimmen, die er dann verdreifachte!

Natürlich werden die Hutmacher das Urteil anfechten, aber leider läßt das bereits wiedergegebene Gutachten des Ober-Bundesgerichts ihnen wenig Aussichten. Auf Antrag der Verteidigung wurde die Vollstreckung des Urteils um 60 Tage verschoben. „Wenn die Entscheidung aufrecht erhalten wird,“ so führte der Gutmacherdelegierte in seinem Bericht in der Central Federated Union, dem gewerkschaftlichen Zentralkörper New Yorks, aus, so wird sie aller zwischenstaatlichen (über einen einzelnen Staat der Union hinausgreifenden) Tätigkeit der Gewerkschaften ein Ende machen. Unsere Lage erscheint ziemlich dunkel, aber selbstredend werden wir Verurteilung einlegen und die Sache, wenn nötig, vor das oberste Bundestribunal bringen.“ Vorerst wird am 7. März ein Verhör vor Richter Platt erfolgen, wobei die Verteidigung einen Antrag auf Aufkräftigung des Verdikts „wegen übertrieben hoher Schadenersatzsetzung“ begründen werde. Ueberflüssig zu sagen, daß die Gutmacher hierbei einen gegen alle organisierten Arbeiter des Landes geführten Schleichabzug suchen, der, wie schon bemerkt, sogar das Streikrecht gefährdet und offenbar auf vollständige Wehrlosmachung der Gewerkschaften abzielt. „Einstweilen,“ meint die New Yorker Volkszeitung, „sind noch nicht verboten worden, daß jemand die Arbeit einstellt. Aber ein Streikbeschluß ist auf Grund des Sherman'schen Gesetzes wahrscheinlich schon an sich eine „Verstoßung“ zur Einschränkung des Handels,“ ist es aber ganz sicher, wenn etwas anderes verlangt wird, als was die Streiker ganz direkt betrifft, als beispielsweise die Entlassung von Nichtgewerkschaftlern, Beschränkung der Zahl der Lehrlinge usw. Ferner wird der Streik ungeschicklich, wenn in seinem Verlaufe etwas Ungesetzliches geschieht, was auf Zusammenwirken von Streikern zurückgeführt werden kann. Auch dann tritt das Sherman-Gesetz ein.“

Seinen Sinn erhält das Urteil von Hartford aber nicht nur durch die ungeheuerliche Höhe der verhängten „Buße“ und die Begründung, sondern auch durch den Umstand, daß es sich als die Krönung eines organisierten kapitalistischen Komplotts gegen die Arbeiterklasse erweist. Wie die Verhandlung ergab, steckte die über das ganze Land verbreitete Anti-Boykott-Association dahinter, die einen Prozeßfonds von Millionen Dollars angeammelt und auch diesen Prozeß bezahlt hat, bei dem die Kapitalisten sicher waren, auf ihre Kosten zu kommen. Denn es ist ja der Kapitalismus, der in demselben Sinne wie die Hutfabrikanten auch die amerikanischen Gerichte „betreibt“. Deshalb z. B. kein bürgerlicher Hahn danach kräht, als der sozialistische „Appeal to Reason“ dem Chicagoer Appellationsrichter Großkopf, demselben, dessen Wilde dem Oeltruit die berühmte 20 000 000 Dollarbuße erließ, jüngst durch facsimilierte Wiedergabe von Bittelbriefen an Eisenbahnverwaltungen usw. gemeine Vestecklichkeit nachwies. Zum Programm gehörte es übrigens, daß bereits im Jahre 1904, als die Klage eingeleitet wurde, nicht nur das Verbandsvermögen, sondern in zahlreichen Fällen auch das pfändbare Privatvermögen der Gutmacher beschlagnahmt wurde, so daß die kapitalistischen Kaufkrallen ihres Objekts vollkommen sicher sein dürfen. Um Freigabe der konfiszierten Ban-

guthaben ihrer Mitglieder zu erreichen, stellte die Gewerkschaft Bürgschaft in Höhe von 180 000 Dollars.

Die Kapitalisten sind sich denn auch ihres Sieges stolz bewußt, wie schon dem Schlußplaidoyer des Anwalts der Firma Loewe u. Co. zu entnehmen war. Dieser meinte: „Die beiden Entscheidungen (das Urteil im Prozeß gegen Gompers und die Entscheidung des Bundes-Obergerichts im gegenwärtigen Prozeß) gewähren zusammen sowohl den Fabrikanten wie den unabhängigen (!) Arbeitern wirksamen Schutz; sie werden voraussichtlich in der sozialen und politischen Geschichte der Vereinigten Staaten dieselbe Rolle spielen wie das im Taff-Able-Falle ergangene Urteil des britischen Lordgerichtshofes seinerzeit in England.“ In dem letzten Punkte wünschten wir von Herzen, der Kapitaladvokat behielte Recht. Denn die geschichtliche Rolle der Taff-Able-Entscheidung bestand nicht zuletzt darin, daß sie ein politisches Erwachen der englischen Arbeiterklasse herbeiführte und ein Eingreifen der Gesetzgebung zugunsten der Arbeiter zur unmittelbaren Folge hatte.

Berlin und Umgegend.

Die Gewerbeordnungs-Novelle und die Lohnbücher in der Kostümschneiderei.

Wie wir schon in Nr. 29 des „Vorwärts“ mitteilten, haben vor einiger Zeit zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in der Kostümschneiderei Verhandlungen stattgefunden über die Durchführung des durch die Gewerbeordnungs-Novelle notwendig gewordenen Fünfzehnerabends an den Sonnabenden und Vorabenden der Festtage. Eine Einigung war und ist in dieser Frage auch jetzt noch nicht zustandekommen. In einem Teil der Geschäfte ist allerdings die halbtägige Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnabzug durchgeführt, wie es dem Sinne der Gewerbeordnungs-Novelle entspricht. Aber der Arbeitgeberverband der Kostümschneiderin besteht darauf, daß die halbe Stunde durch Einschränkung der Pausen wettgemacht werde. Am Dienstag beschäftigte sich nun eine außerordentlich zahlreiche Versammlung der Kostümschneider und Schneiderinnen, die den großen Saal der Arminhallen füllte, mit dieser Angelegenheit. Der Referent Kunze wies nach, daß gemäß den Bestimmungen des Tarif- und Arbeitsvertrages die Gewerbeordnungs-Novelle ohne weiteres eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von 1/2 auf 3/4 Stunden ohne Lohnabzug mit sich bringen muß. Der Redner empfahl nun, zunächst einmal das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Die Arbeiter aber hatten jedoch erklärt, daß sie einen ihnen nicht günstigen Schiedsspruch des Einigungsamtes nicht annehmen würden. Unter diesen Umständen liege auch für die Arbeitnehmer gar kein Grund vor, für sich von vornherein den Schiedsspruch als bindend anzuerkennen. Der Redner führte ferner aus, daß mit den Arbeitgebern wiederholt über die Einführung der Lohnbücher verhandelt worden ist. Aber den Arbeitgebern gefällt das Lohnbuch, wie es ausgearbeitet worden ist, nicht. Sie hätten offenbar gedacht, daß es eine Art Arbeitsbuch werden sollte, das mitleidigen Arbeitnehmern gegenüber gleichsam als Strohrieff dienen könnte. Das fertige Lohnbuch ist jedoch so beschaffen, daß es eine Kontrolle über die Durchführung des Tarifvertrages bietet, und das ist es, was denjenigen Arbeitgebern, die den Tarif nicht genau befolgen, nicht gefällt. Die Arbeitgeber haben gegen das Lohnbuch die Einwendung erhoben, daß ihnen die Ausfüllung allzu viel Arbeit mache, aber ihnen soll diese Arbeit gar nicht zugemutet werden, sondern jeder Arbeiter und jede Arbeiterin soll diese Eintragungen regelmäßig machen, so daß der Arbeitgeber nur nachzuprüfen hat, ob alles stimmt. Die Arbeitnehmer werden beim Einigungsamt auch darauf dringen, daß dem Tarifvertrag hinsichtlich der Lohnbücher volle Geltung verschafft wird. Mit der Einführung der Lohnbücher wird bei mehreren Firmen eine Lohnhöhung eintreten müssen, weil sie bisher die tarifmäßigen Löhne nicht zahlten. Deshalb wird es wohl hier und da zu Differenzen kommen. Außerdem soll dafür gesorgt werden, daß der Tarifvertrag weiterhin bei einer Anzahl von Firmen durchgeführt wird, die ihn bisher noch nicht anerkannt haben. Bei der Einmütigkeit der Kostümschneider und Schneiderinnen wird es gelingen, dem Tarifvertrag in jeder Hinsicht volle Geltung zu verschaffen.

Die Diskussion, die dem Referat folgte, betrieß, daß die Anwesenden mit den Ausführungen durchaus einverstanden waren. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute den 15. Februar er. in den Arminhallen versammelten Kostümschneider und Schneiderinnen nehmen von den wegen der Durchführung der Gewerbeordnungs-Novelle durch den Verband der Schneider und Schneiderinnen mit dem Verband Berliner Gewerbetreibender der Damenschneiderei geführten Verhandlungen Kenntnis und erklären, daß sie dem von den Arbeitgebern gemachten Vorschlag, die Pausen am Sonnabend zu kürzen oder wegzulassen, nicht zustimmen können. Sie beauftragen daher die Ortsverwaltung, gemäß den Bestimmungen des Tarifvertrages, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.“

Weiter beurteilt die Versammlung das Verhalten der Arbeitgeber den Lohnbüchern gegenüber. Die Einführung der Lohnbücher ist durch den Vertrag zwischen den Parteien vereinbart und die Weigerung der Arbeitgeber, dieser Verpflichtung nachzukommen, muß als ein Verstoß gegen den Vertrag bezeichnet werden. Die Versammelten fordern daher die Einführung der bereits fertigen Lohnbücher und beauftragen die Ortsverwaltung, die hierzu erforderlichen Schritte zu unternehmen. Sollten die Arbeitgeber sich dem noch weigern, so lassen die Versammelten darüber keinen Zweifel, daß sie auch bereit sind, in derselben Weise wie der Vertrag erobert wurde, demselben Aktung und Geltung zu verschaffen.“

Achtung, Arbeiter! Die Sperre über den Bau Innbruder Straße 8, Unternehmer Gilberg, Bau Lorenz, ist hiermit aufgehoben. Der Tarif ist anerkannt. Es wird in Lohn gearbeitet. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen in der Steinindustrie.

In den schlesischen Orten Bunzlau, Alt-Barkhan, Kadewitz und Löwenberg haben etwa 400 Sandsteinarbeiter den Bezirkstarif gekündigt. Die Steinmeißler verlangen nun, daß die Tarifbindung zurückgezogen werden soll, weil die Steinindustrie Lohnbewegungen nicht mehr vertragen könne. Um die Steinmeißler gefügig zu machen, sind in Bunzlau Massenentlassungen vorgenommen worden. Bemerkenswert sei, daß der schlesische Sandstein beim Arbeiten sehr viel Staub entwickelt; 87 Proz. der verstorbenen Steinmeißler im schlesischen Distrikt fallen der sogenannten „Berufskrankheit“ (der Lungenentzündung) zum Opfer. Es ist somit ganz erklärlich, wenn die Steinarbeiter höhere Löhne verlangen.

Die Plättersteinarbeiter und Kleinschlaghämmer der Firma Sieghelm in Wildemann sehen seit acht Wochen im Streik. Die Arbeiter wollen eine 10prozentige Lohnreduktion abwehren; desgleichen erstreben sie die Anerkennung des Koalitionsrechtes, denn Sieghelm verlangt von den Arbeitern den Austritt aus dem Steinarbeiterverband. Die Firma bietet alles auf, um Streikbrecher anzuwerben.

In Balduinstein (Bahn) stehen 62 Marmorarbeiter im Streik. Die Firma Krebs maßregelte die ganze Vorstandschaft, um die Arbeiterorganisation loszuwerden.

Streik im Krupp'schen Betriebe.

Im Betriebe der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte zu Heinhäusen, wo in letzter Zeit mehrfach Lohnreduzierungen vorgenommen wurden, sollten am Montag abermals in einer Sitzung, dem Hohenloherwerk, Lohnabzüge vorgenommen werden. Dagegen erhoben die Arbeiter Widerpruch. Die Direktion ließ sich trotz der Vorstellungen der Arbeiter auf nichts ein, wie sie auch die Vorstellungen anderer Abteilungen, in denen Lohnabzüge vorgenommen waren, ignoriert hatte. Die gewerkschaftlichen Organisationen sind so schwach im Krupp'schen Betriebe, daß sie ohne Einfluß auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse bleiben. Deshalb glaubte die Direktion auch wohl, sich um die Vorstellungen nicht kümmern zu brauchen. Etwa 500 Hohenloherarbeiter strakten darauf die Arbeit ein. Die Arbeiter in der Kolerierabteilung, die erst vor 14 Tagen mit Abzügen am Lohn beglückt waren, lehnten es ab, Ausbesserung zu leisten, ebenso die Abteilung Weisheitfabrik. Da indes der Streik nur als ein sogenannter „Wilder“ bezeichnet werden kann, so werden weitere Unterhandlungen wohl kaum etwas nützen und die Bewegung wird im Sande verlaufen, wenn es nicht den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftlern, die zu vermitteln suchen, gelingen sollte, ein kleines Zugeständnis zu erlangen und dadurch Wiedereröffnung der Arbeit zu erreichen.

In der Schuhfabrik von Dreier u. Co. zu Pirmasens haben wegen Lohnforderungen sämtliche Jüweler der Maschinenabteilung und auch die Handzweier die Arbeit niedergelegt. Zugug ist ferngefallen.

Im Münchener Schuhmachergewerbe besteht seit 1907 ein Tarifvertrag, der bis 1909 Geltung hatte, dann ein Jahr weiterließ, weil keine der Parteien ihn kündigte. Die Gehilfen haben jetzt den Tarif gekündigt und verlangen eine Lohnreduktion, da der Verdienst äußerst gering ist. Nach Angaben der Innungs-Frankenkasse haben nur wenige Schuhmacher in München einen Tagesverdienst von über 3,50 M., der Durchschnittsverdienst beträgt 18,54 M. wöchentlich. Dazu kommt, daß die übergroße Anzahl der Arbeiter auch die Furnituren selbst stellen muß. Die Gehilfen verlangen 15 Proz. Lohnreduktion; sie erklären sich zu Unterhandlungen mit den Unternehmern unter Mitwirkung des Gewerbegerichts bereit.

Ausland.

Arbeitskonflikte in Oesterreich.

Das arbeitsstatistische Amt des österreichischen Handelsministeriums hat forben die Statistik der Arbeitskonflikte im Jahre 1909 herausgegeben. Wir entnehmen die hauptsächlichsten Daten.

Von den 617 Konflikten, die dem Amt zur Kenntnis kamen, liegen Daten über 515 vor. Davon waren 406 Arbeitseinstellungen und 20 Aussperrungen. Die von den Ausländern betroffenen 1307 Betriebe beschäftigten 102 810 Arbeiter, von denen 59,1 Prozent die Arbeit einstellten. In 61 Proz. aller Streiks war Unzufriedenheit mit den Löhnen die Ursache, in 13,7 Proz. Entlassung von Arbeitern, in 10,9 Proz. der Wunsch nach Verkürzung der Arbeitszeit. Ueber die Erfolge der Streiks wird berichtet, daß 17,8 Proz. aller Streiks mit vollem Erfolg endeten, 42,8 Proz. mit teilweisem, 35,4 Proz. ohne Erfolg, bei den restlichen 4 Proz. war der Ausgang unbekannt.

Insgesamt stellen die erfolgreichen Streiks 60,6 Proz. mit 60,8 Proz. der Streikenden dar. Von den 495 Streiks kennzeichnen sich drei Viertel als Angriffsstreiks, 9 Proz. als Abwehrstreiks. Wenn die offizielle Statistik schon von Abwehrstreiks spricht, muß der Charakter des Kampfes schon äußerst ungewisshalt sein. Man kann sich denken, daß in der Zeit der furchtbaren Krise gewiß der größte Teil der operativen Streiks die Folge von Provokationen der Unternehmer war, die selbstverständlich überall die Zeit des größten Standes der industriellen Reservearmee zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszunutzen bestrbt sind.

Ueber die Aussperrungen wäre zu sagen, daß sie 688 Betriebe betrafen, die 16 216 Arbeiter beschäftigten und 12 813 davon aussperrten. Als Veranlassung der Aussperrungen wurden angegeben in 6 Fällen Streiks in einzelnen Betrieben, Unzufriedenheit mit der Arbeitsordnung seitens der Arbeiterschaft in 2 Fällen, Lohnreduzierungen 6mal, Unzufriedenheit mit der Arbeitsdauer zweimal, eigenmächtiges Feiern am Weltfeiertag des Profetorials zweimal, passive Resistenz einmal.

Von den Streiks dauerten fast die Hälfte 1—5 Tage, 14,5 Proz. 6—10 Tage, 10,3 Proz. 11—15 Tage, 6,3 Proz. 21—30 Tage, 5,5 Proz. dauerten 51—100 Tage. Unter den Aussperrungen finden wir je eine von 124 Tagen, von 150 und selbst 163 Tagen.

Erhebliche gewerkschaftliche Erfolge erzielten die Zeitungserpeditionsarbeiter Wiens durch eine Reihe von Tarifverträgen, die ihre noch junge Organisation mit den Verlagen abschließen konnte. Als für die österreichischen Verhältnisse bezeichnend sei eine Vertragsbestimmung hervorgehoben, die eine bestimmte Entschädigung für die Arbeit bei den zweiten Auflagen infolge Konfiskation der ersten festsetzt. Die besten Arbeitsbedingungen bestanden schon vor der Tarifkampagne der Arbeiter bei unserm Bruderblatt, der „Arbeiterzeitung“.

Die außerordentliche Gemeindefürsorge für die Arbeitslosen in Kopenhagen.

Die Stadtverordnetenversammlung von Kopenhagen hat am Montag mit allen gegen die Stimmen der Antisozialisten weitere 100 000 Kronen zur Unterstützung der Arbeitslosen bewilligt. Dies ist ein außerordentlicher Beitrag zur Unterstützungsvereinigung, die, wie in anderen Gegenden Dänemarks die freien Hilfskassen, Leuten in bedrängter Lage Unterstützung gewährt, welche nicht die Folgen der Armenunterstützung nach sich zieht. Ein ordentlicher Beitrag sind für jene Vereinigung bereits 130 000 Kronen bewilligt und dazu kommt noch ein weiterer ordentlicher Beitrag von 120 000 Kronen. Ferner hat die Stadt schon auf Grund des Rotgesetzes vom 8. Mai 1909 ungefähr 250 000 Kronen für die weitere Unterstützung der ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder der Gewerkschaften ausgeben. Es kommt also eine Summe von 600 000 Kronen kommunaler Mittel zur Linderung des Notstandes heraus.

Der Bewilligung jener 100 000 Kronen, die der Magistrat vorgeschlagen hatte, ging eine scharfe Debatte voraus. Ein Wortführer der Antisozialisten meinte, daß es in keiner Weise Aufgabe der Kommune sein könne, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu bestreiten. Die dänischen Arbeiter hätten Geld genug gehabt, den „dummen und sinnlosen“ Streik in Schweden zu unterstützen. Nun sollten sie nicht kommen und Anspruch auf „unser“ Geld erheben. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten blieben selbstverständlich die Antwort darauf nicht schuldig und mochten auch die Antisozialisten darauf aufmerksam, daß es doch nicht ihr Geld, sondern das der Steuerzahler in allgemeinen war, das hier bewilligt werden sollte. Wie der sozialdemokratische Bürgermeister Jensen bemerkte, war die Frage einfach die, ob einer großen Anzahl von Notleidenden durch die Armenpflege geholfen werden, und sie damit ihre Wahlrecht verlieren sollten, oder, ohne diese Folge, durch die Unterstützungsvereinigung. Uebrigens kommen in diesem Fall die bewilligten Gelder vor allem armen Bürgern und unorganisierten Leuten zugute, nicht den organisierten Arbeitslosen, so daß die Aufregung der Antisozialisten über das viele Geld, das die dänische Arbeiterschaft für den schwedischen Generallstreik aufgebracht hat, um so weniger am Platze war.

Der große Mansfelder Streikprozess.

Das Urteil.

Halle, 16. Februar. (Telegr. Bericht.)

Der Mansfelder Prozess ist heute abend nach dreitägiger Dauer zu Ende gegangen. Staatsanwaltsschiffkapitän W. Leben hielt auf Grund der eingehenden Beweisnahme die Anklage wegen qualifizierten Landfriedensbruchs gegen zehn Angeklagte und wegen einfachen Landfriedensbruchs gegen zwei Angeklagte in vollem Umfang aufrecht, beantragte aber für sämtliche Angeklagte die Zubilligung milderer Umstände. Er wies in der Begründung seiner Anträge darauf hin, daß die Angeklagten entweder gar nicht oder nur wenig vorbestraft seien, ferner aber darauf, daß es zu den schlimmsten Ausschreitungen noch nicht gekommen und daß Mut noch nicht gelassen sei.

Verteidiger Rechtsanwalt Landsberg (Magdeburg) gab namens der Verteidigung gleichfalls seinem Bedauern über die heftigste Vorkommnisse Ausdruck, sprach aber auch sein Bedauern darüber aus, daß es zu dem Mansfelder Streik mangels jeden sozialen Gerechtigkeitsgefühls auf Seiten der Mansfelder Gewerkschaft überhaupt kommen konnte. Die Verteidiger A.-A. Landsberg sowie R.-A. Wolfgang Heine (Berlin) und R.-A. Dr. Müller (Halle) klagten die Tatbestandsmerkmale des Landfriedensbruchs für die Vorgänge vom Gewerkschaftsbahnhof bis zum Markt in Heftigkeit. Bei den Vorgängen auf dem Markt in Heftigkeit selbst hätten sich die Angeklagten aber nicht strafbar gemacht.

Den Geschworenen lagen

fast hundert Schuldfragen

zur Verantwortung vor. Sie verneinten sämtliche Schuldfragen bei den angeklagten Vergleuten Schneider, Schröder, Schütte und Fingel, bejahten aber bei den anderen Angeklagten die gestellten Schuldfragen: als Gewalttäter am Landfriedensbruch sich beteiligt zu haben.

Das Gericht verurteilte daraufhin

wegen schweren Landfriedensbruchs

unter Zubilligung milderer Umstände und wegen zahlreicher Nebenvergehen die Hauptangeklagten Lohse zu einem Jahr Gefängnis und Regel zu einem Jahr einen Monat Gefängnis. Von den übrigen Angeklagten erhielten Bergmann Raczek neun Monate Gefängnis, Schäfer gleichfalls neun Monate Gefängnis, Häuer Raczmarek acht Monate Gefängnis, Bergmann Bielezki zehn Monate Gefängnis, Bergmann Brühahn sieben Monate Gefängnis und Fabrikarbeiterfrau Müller sechs Monate Gefängnis.

Die Vergleuten Schneider, Schröder, Schütte und Fingel wurden freigesprochen. Die erlittene Untersuchungshaft wurde den Angeklagten voll in Anrechnung gebracht. Das Gericht folgte bei allen Angeklagten den Anträgen des Staatsanwalts. Bei der Abmessung der Strafe berücksichtigte das Gericht, daß die Angeklagten sehr erzregt und gereizt waren und daß sie nach Ansicht des Gerichts die Verführten waren! Sie waren „ausgehört“ gegen die Arbeitswilligen und müssen leider dafür büßen, daß sie sich zu strafbaren Handlungen haben verleiten lassen. Die bestehenden Hoffschüsse wurden aufgehoben.

Aus der Hochburg des amerikanischen Sozialismus.

In der „New Yorker Volkszeitung“ erstattet Genosse Kahn über das Wirken der sozialistischen Stadträte von Milwaukee, Wisconsin, einen Bericht, der auch für die Arbeiter anderer Länder von Interesse ist, da er zeigt, daß der Sozialismus auch unter der trostlosesten Korruptionsherrschaft, die das bürgerliche Parteisystem hervorbringen kann, seine reinigende und heilende Kraft bewahrt. Der Bericht verdient um so mehr Beachtung zu werden, als Wisconsin der einzige Staat der Union ist, in dem die sozialistische Partei über das rein agitatorische Stadium hinaus zur „Mitarbeit“ in den gesetzgebenden Körperschaften gelangt ist, und wenn die Mitarbeit unserer Genossen den alten Parteien noch wenig „praktisch“ erscheint, so hat doch noch keiner gewagt, sie mit den bürgerlichen Geschäftspolitikern und Spitzbuben in einen Topf zu werfen. Genosse Kahn führt folgende Jugendschicksale sozialistischer Blätter an:

„Die Sozialisten haben mit der Durchführung ihrer Prinzipien, dadurch, daß sie ihre Parteiverordnungen nie verletzten, die Politik in dieser Stadt veredelt.“ („Milwaukee Daily News.“)

„Die reinliche Kampagne der sozialistischen Partei unserer Stadt hat den anderen Parteien ein Muster gegeben, das nachahmenswert ist.“ („Evening Wisconsin.“)

„Die Sozialisten haben in den Gemeinderat einen Geist der Ehrlichkeit und Unabhängigkeit gebracht, der unbedingt notwendig war und der dazu half, dieser Körperschaft mehr Ansehen zu verschaffen.“ („People Press.“)

Und so weiter. Die Sozialisten Milwaukee erhielten bei den Stadtratswahlen vor sechs Jahren 8000 Stimmen, bei den folgenden Wahlen waren es 15000, und zehn von fünfundsiebzig gewählten Stadträten waren Parteigenossen. Einen Teil des Verdienstes an diesem Fortschritt wird dem sozialistischen Kirchenführer von Milwaukee, dem Erzbischof Wegmeyer, der gerade rechtzeitig nach dieser Stadt kam und sich mit frommem Geiz über den Sozialismus einführte, zuerkannt. Genosse Viktor Berger trat dem Nichteingedenken entgegen, und dieser war in seiner heiligen Einfeldt unvorsichtig genug, sich in ein öffentliches Redebüchlein mit dem sozialistischen Führer einzulassen. Die Debatte, über die sämtliche Tageszeitungen Wisconsins berichteten, erregte die Aufmerksamkeit des ganzen Staates und zeitigte einen Einfluß auf die nächsten Wahlen, der Er. Einwirkung nicht geseh. Wie unsere Genossen ihre ersten Gemeinderäte wählten und wie diese ihre Versprechungen einlösten, darüber erzählt Genosse Kahn: „Als die Partei mit ihrem Programm vor die Wähler trat, wurde allenthalben gesagt: Ja, das ist ja alles ganz schön, aber wo wollt ihr das nötige Geld für die Reformen hernehmen? Unsere Genossen antworteten: Wir zwingen die reichen Leute, ihre Steuern zu zahlen und verhindern Grabskandalen. Und die Wähler schüttelten ungläubig den Kopf. — Kaum hatten die erwählten Sozialisten aber ihre Ämter eingenommen, so hatten sie schon herausgefunden, daß z. B. die Milwaukee Electric Railway u. Light Comp., die Milwaukee elektrische Straßenbahn besitzt, keine Steuern an die Stadt zahlt, sondern einfach eine runde Summe Geldes hinterlegt. Die Sozialisten begannen ihre Attacke. Das Resultat war, daß die Korporation das erste Jahr 40000 Dollar mehr als früher, das zweite Jahr 60000 Dollar mehr usw. herappeln mußte. Ebenso erging es den Brauereien und den anderen Großindustriellen. Auf diese Art kamen Millionen Dollar in die Stadtkasse, anstatt Tausende in die Taschen der kapitalistischen Raubpolitiker.“ Die sozialistischen Stadträte sorgten natürlich auch nach Kräften dafür, daß das Geld zum Wohle der Bevölkerung verwendet wurde und nicht wieder den Kapitalisten zum Raube fiel. Sie legten z. B. den Ankauf einer großen Anzahl Parks durch, in denen Spiel- und Turngelegenheit für die Kinder geschaffen wurde, und trugen auch durch Errichtung einer großen Anzahl Badehallen mit heißen und kalten Douchen und bequemen Schwimmbecken, die stark benutzt wurden, dazu bei, daß Milwaukee heute die kleinste Sterblichkeitsrate unter allen amerikanischen Städten aufweist.

Auch manche Verbesserungen für die öffentliche Schule haben die sozialistischen Stadträte erlangt. Ein Antrag auf Verabreichung freier Mahlzeiten an die Elementarschüler wurde von der bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt, deren einziges Argument die Befürchtung war, daß die proletarischen Mütter „herumtaulenzten“ würden, wenn sie keine Mittagshilfen für ihre Kinder zu bezahlten hätten.“

„Positive Arbeit“ für das Wohl der Stadt im besten Sinne war auch der unerbittliche Kampf der sozialistischen Stadträte gegen die kapitalistischen Deutscher, die vor dem guten Tage hatten. Demokraten und Republikaner, die Parteien, die in Amerika die Interessen der reichen Mäuler“ (ein von Roosevelt geprägtes Wort) vertreten, hatten beantragt, der Eisenbahngesellschaft Chicago-Milwaukee aus Steuerzahlerfischen einen neuen Tunnel zu bauen, der die Kleinheit von 400000 Dollar kosten sollte. Zu einer solchen Bewilligung ist nach dem Gesetz eine Dreiviertelmehrheit der Stadträte erforderlich. Da die sozialistischen Stadträte über mehr als ein Viertel der Stimmen verfügen, waren sie stark genug, den Antrag auf die Stadt abzuschlagen, so daß die Bahnmagnaten ihren Stadtkauf selber bezahlen mußten. Die städtische Straßenbeleuchtung stellte eine private Elektrizitätsgesellschaft, die ungeheure Profite machte. Die Sozialisten beantragten die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes und erzielten wenigstens, daß die Stadt nunmehr für die Straßenlampe nur noch 65 Cts. zu zahlen hat, anstatt wie früher 1.10 Dollar. Auch dem „Gehältergrad“ der höheren Beamten traten die Sozialisten mit Erfolg entgegen. Der Bürgermeister Rife bestimmte sich wenig um die Stadt; er reiste statt dessen fortwährend im Staats umher, um Aedien für die Interessen der Brauereien gegen die Abstimmungs-Bewegung zu halten, die den Wirtschaftlern sogar schon vor den Toren des amerikanischen Bier-Ruhens mit Hilfe der Gesetzgebung den Garous zu machen sucht. Unsere Genossen bestanden darauf, daß die Stadt dem Bürgermeister kein Gehalt zahle und für das Geld Spielplätze angelauft würden. Trotzdem sich eine Bewilligungsmehrheit für den Bürgermeister fand, sah sich dieser doch moralisch so schwer mitgenommen, daß er auf sein Gehalt verzichtete. So bitter wie die sozialistischen Stadträte den Gehälteraub der höheren Beamten bekämpften, haben sie aber andererseits für bessere Bezahlung der Arbeiter und unteren Beamten der Stadt gesorgt. Dies mag genügen, um Freunden und Feinden ein Bild von der Arbeit der sozialistischen Minderheit im Rathaus von Milwaukee zu geben. Ihrem Wirken hat Milwaukee es zu danken, daß es heute den Ruf der bestverwalteten amerikanischen Stadt genießt.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Soeben erschien im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand u. Co.), Wien IV, Cumpendorferstr. 18: Dr. Otto Bauer, Die Teuerung. Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Preis 80 Heller. Der Verfasser sagt in seinem Vorwort:

In schweren Kämpfen hat sich die Arbeiterklasse höhere Löhne erkämpft. Ein großer Teil der Ertragschichten dieser Kämpfe ist aber heute durch die von Jahr zu Jahr fortschreitende Verteuerung der Lebensmittel gefährdet. Die Arbeiterklasse sieht die Lebenshaltung, die sie sich im gewerkschaftlichen Kampf erobert hat, bedroht. Keine andere wirtschaftliche Frage wird heute von Arbeitern und Arbeiterinnen so viel, so ernst, so lebhaft erörtert wie die Frage der Teuerung.

Die Teuerung lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter zunächst auf die Fragen der Wirtschaftspolitik. Eine Einführung in die Probleme der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Rollopolitik, wird darum heute vielen Arbeitern willkommen sein.

Doch kann sich unsere Aufgabe nicht darauf beschränken, den Einfluß der Volksgesetzgebung, der Tiergesundheitsgesetzgebung, der Verkehrspolitik auf die Warenpreise darzustellen. Wenn wir zeigen, wie der Staat die Warenpreise beeinflusst, so dürfen wir auch die Grenzen dieses Einflusses nicht vergessen. So sehr auch die Teuerung durch Gesetze und Verwaltungsmassregeln verschärft wird, so liegen doch ihre letzten Ursachen in der Organisation der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. So tritt die Darstellung der Wirtschaftspolitik in einen breiteren Rahmen: in den Rahmen der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise. Die Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie wird auf diese Weise einer Einführung in einige wichtige Kapitel der Wirtschaftslehre des wissenschaftlichen Sozialismus eingegliedert. Gerade an der Tatsache der Teuerung, die heute von der ganzen Arbeiterklasse so schmerz empfinden wird, können wir die Grundlehren der sozialistischen Wirtschaftslehre am wirksamsten anschaulich machen.

So hat unsere Darstellung zwei Aufgaben zu erfüllen: sie soll den Arbeitern das Verständnis der wirtschaftspolitischen Kämpfe der Gegenwart erleichtern, aber auch die Erkenntnis der großen Aufgaben der Zukunft fördern. Sie will einerseits unserer politischen Agitation, andererseits unserer Bildungsarbeit, der Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus, dienen.

Meine Darstellung ist aus Vorträgen hervorgegangen, die ich im Auftrage des Wiener Unterrichtsausschusses in verschiedenen Arbeiterorganisationen gehalten habe. Ich habe mich bemüht, so gemeinverständlich zu schreiben, als es der schwierige Gegenstand erlaubt. Von wenigen Anmerkungen und Erläuterungen abgesehen, wird meine Darstellung hoffentlich auch dem an ökonomische Untersuchungen noch wenig gewöhnten Arbeiter verständlich sein.

Der Kampf ums gleiche Recht in Oberfeld.

Die Oberfelder Stadtratsversammlung hatte am Dienstag nochmals zu entscheiden über die Frage, ob der sozialdemokratischen Partei die Stadtkasse zu Veramteilungen zur Verfügung gestellt werden soll, da der Oberbürgermeister Einspruch gegen den ersten, die Frage bejahenden Beschluß erhoben hatte. Mit allen gegen 6 Stimmen hielt die Stadtratsversammlung ihren ersten Beschluß aufrecht. Nun soll die Entscheidung des Bezirksauschusses und eventuell des Oberverwaltungsgerichts herbeigeführt werden. Der Oberbürgermeister berief sich auf den Fall K u m m e r in K o l b u r g, in dem das Oberverwaltungsgericht schon entschieden habe. Es wurde ihm von unsern Genossen L a n d e erwidert, daß in dem Kolberger Fall es sich um ein Disziplinarverfahren gehandelt habe. Der Fall habe sich in Pommern ausgegetragen und sei schon alt; er könne nicht als maßgebend für den Oberfelder Fall erachtet werden.

Dolzellisches, Gerichtliches usw.

„Anzüglich“.

Eine unzüchtige Schrift sollte nach staatsanwaltschaftlicher Meinung der Genosse Franz Feldmann vom Proletarier aus dem Sulzengraben zu Langendielau verbreitet haben. Das Landgericht Schwidnitz hat ihn jedoch am 19. Oktober v. J. freigesprochen. Genosse Feldmann hatte einen Artikel über eine Frau in Bayern nachgedruckt, die in Mannesleiden geht. Es heißt darin: „Was die Natur ihr verpflegt hat, hat sie sich durch eine Gummimantelherstellung lassen.“ Diese Stelle ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft unzüchtig (1). Genosse Feldmann erklärte, daß er darin den Charakter Unzüchtigkeit nicht erblickt habe. Der Artikel sei nur wegen der darin zum Ausdruck kommenden Komik aufgenommen worden. Der Artikel ist, wie es im Urteile heißt, in derbromischen Tone gehalten. Es sei wohl möglich, daß der Angeklagte nur auf den komischen Charakter geachtet und die unzüchtige Stelle übersehen habe. Wegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Der Reichsanwalt erkannte an, daß der Mangel des Bewußtseins des strafbaren Charakters des Artikels einwandfrei festgestellt ist, er erblickte aber einen Mangel des Urteils darin, daß nicht geprüft worden ist, ob nicht der Tatbestand der Fahrlässigkeit nach § 21 des Preßgesetzes vorliegt. Auch auf Unbrauchbarmachung hätte erkannt werden dürfen. Das Reichsgericht war derselben Ansicht, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Soziales.

Tarifstreik.

Einen Weg, tarifliche Abmachungen zu umgehen, hat die Firma Harleib u. Schwarz versucht. Sie stellt die bei ihr beschäf-

tigten Dachbeder allesamt zu dem Lohn von 80 Pf. für die Stunde ein und sagt jedem von ihnen, daß die 2 1/2 Pf., die noch an dem Tariflohn fehlen, bei Lösung des Arbeitsverhältnisses auszubehalten werden, vorausgesetzt, daß er kein Stämper ist. Bei dem Dachbeder A. hatte sich im Laufe der Zeit bis zu seiner Entlassung am 20. Januar dadurch die Summe von 23,47 M. angesammelt. Diese zu zahlen, weigert sich die Firma. A. klagte darauf beim Innungs-schiedsgericht. Der Buchhalter der Beklagten hatte ihm, weil er jede Woche 82 1/2 Pf. Stundenlohn forderte und auf den Wochen-geldern auch verrechnet, auf eine Lohnhöhe die Höhe gemacht: „Die restlichen 2 1/2 Pf. werden bei Lösung des Arbeitsverhältnisses auszubehalten.“ Das Schiedsgericht legte dem Beklagten dar, daß danach eine durchaus rechtsgültige Vereinbarung vorliegt und rief ihm, die Forderung anzuerkennen. Dem kam Beklagter nach.

Ein merkwürdige Lehrvertragskaufsel.

Der Vater des Maschinenbauerlehrlings B. klagte gegen den Ingenieur Morium auf Zahlung von 34,21 M. rückständiges Kostgeld. Der Beklagte bestritt, etwas schuldig geblieben zu sein. Nach dem abgeschlossenen und noch laufenden Verträge sei er berechtigt, für Feiertage und veräumte Stunden Abzüge vom Kostgeld zu machen. Wenn der Kläger mit den Abzügen nicht einverstanden war, so hätte er sie sofort monieren und nicht erst zwei Jahre lang anschießen lassen sollen. Der Beklagte gab auf Vertragen zu, daß der Sohn des Klägers aus eigenem Verfaulden Arbeitsstunden nicht verkauft hat. Die Veräußerung ist hauptsächlich aus Verfürzung der Arbeitszeit und der wegen des Fortbildungsschul-unterrichts veräumten Arbeitsstunden entstanden.

Das Gewerbegericht bezeichnete die Vertragskaufsel als eine recht merkwürdige und ungültige. Es sprach dem Kläger die geforderte Summe zu, weil derartige Abzüge vom Kostgeld keineswegs zulässig sind.

Verletzung des Lehrvertrages.

Der Vater des Lehrlings B. klagte gegen die Firma Schüler u. Co., Fabrik elektrischer Apparate auf Zahlung von 9,17 M. rückständiges Kostgeldes und 25 M. Kostgeldentschädigung. Das Lehrverhältnis ist von seiner Seite am 4. Dezember aufgehoben, weil die Beklagte sich um die vier allein arbeitenden Lehrlinge nicht bekümmerte. Am 8. Januar hat er aber erst die Papiere erhalten. Die Beweisnahme ergab, daß die Beklagte neben den vier Lehrlingen andere Arbeitskräfte nicht beschäftigte. Der Inhaber der Firma ließ sich selbst auch außer Acht lassen im Betriebe sehen, so daß es an jeder Anleitung und Aufsicht mangelte.

Das Gewerbegericht erachtete dem Gesetz entsprechend die Auflösung des Lehrverhältnisses für durchaus berechtigt und verurteilte die Beklagte dem Klageantrag entsprechend.

Ausbeutung eines Ausgelernten.

Beim Innungsschiedsgericht klagte am Dienstag der Klempner B. gegen den Klempnermeister Josef Schneider. Der Kläger hat 3 1/2 Jahre beim Beklagten gelernt. Die Lehrzeit war am 15. Januar 1910 abgelaufen. Da es aber der Beklagte veräumt hatte, ihn zur Anfertigung eines Gefellenstückes anzustellen, verweigerte er ihm den für Jungesellen üblichen Lohn von 45 Pf. die Stunde, sondern zahlte ihm nur 18 M. Wochenlohn. Der Kläger klagte die Lohn Differenz von 6 M. pro Woche ein. Im Termin gab der Beklagte zu, daß er mit den Leistungen des Klägers durchaus zufrieden war. Trotzdem wies das Innungsschiedsgericht die Klage ab, weil der Kläger auf den Lohn von 24 M. keinen Anspruch machen könne, da der Tarif, der diesen Lohnsatz vorsah, erloschen ist und ein neuer an seine Stelle nicht getreten ist.

Die Entscheidung ist durchaus verfehlt. Nach dem Gesetz hatte der Kläger Anspruch auf angemessene Vergütung (§§ 612, 316 B. G. B.). Der Beklagte hätte eventuell darzulegen, daß der geforderte Lohn ein unbilliger gewesen sei. Davon konnte schon mit Rücksicht darauf keine Rede sein, daß bereits für die frühere Zeit der geforderte Lohn tariflich als Mindestlohn festgelegt war.

Dritter Internationaler Wohnungshygiene-Kongress

Dresden 1911.

Im nächsten Jahre findet in Dresden ein internationaler Kongress für Wohnungshygiene statt, der die Wohnungshygiene nach der wissenschaftlichen und der praktischen Seite zu fördern sich zur Aufgabe gesetzt hat. Der Kongress wird, da er neben zahlreichen anderen Kongressen im Anschluß an die in gleicher Zeit in Dresden stattfindende Internationale Hygiene-Ausstellung abgehalten wird, auf eine zahlreiche Teilnahme von Vertretern sowohl Deutschlands wie des Auslandes rechnen dürfen. Den Vorsitz des Arbeitsausschusses hat Bürgermeister Dr. Kay (Dresden) übernommen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Niederländische Dienstbotenverband, der am Sonntag zu Leiden seinen Jahreskongress abhielt, entsaltet mit seinen noch ziemlich geringen Mitteln eine eifrige Propaganda für die Organisation der Dienstmädchen Hollands. Der Verband hat Ortsabteilungen in Amsterdam, Rotterdam, Haag, Leiden und Schiedam. Das Verbandsorgan „Ons Streeven“ erscheint allmonatlich. Auf dem Kongress wurde beschlossen, das Blatt zu vergrößern, soweit es die finanziellen Verhältnisse möglich machen. Ferner wurde beschlossen, eine Agitationsbrochure herauszugeben, die mit einem Anschlagsbilde aus dem Dienstbotenleben geschmückt sein soll. Der Kongress befaßt sich ferner mit der Frage der Sonntagsruhe für die Dienstmädchen. Die holländische Regierung beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Gesetzentwurf betreffend Verbot oder starke Beschränkung der Sonntagsarbeit in den verschiedenen Berufen, wobei die Dienstmädchen judiciale Ausnahme sein sollen. Auf dem Kongress war selbstverständlich nur eine Meinung darüber vorhanden, daß den vom frühen Morgen bis zum späten Abend ausgedehnten Dienstmädchen wenigstens ein Stunden Sonntagsruhe durch die Gesetzgebung garantiert werden muß. Man beschloß, in diesem Sinne eine kräftige Propaganda zu entsalten.

Im Staate New York beträgt die Zahl der organisierten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen 55000, die Mitglieder einer großen Anzahl von Klubs sind. Diese Klubs haben sich seit 1906 um 57 vermehrt. Die Mitgliederzahl betrug 1906 nur 3403. Die Präsidentin der Vereinigung für das Frauenwahlrecht im Staate New York machte diese Angaben und fügte hinzu, daß eine große Reihe von bürgerlichen Vereinigungen und Arbeiterverbänden, die insgesamt 55000 Mitglieder zählen, sich für das Frauenwahlrecht im New York ausgesprochen haben. Die Frauen wollen am 9. März erneut bei der Staatslegislatur dahin vorstellen werden, daß das Wort „männlich“ aus der Verfassung für den Staat New York gestrichelt werde. Ein Senator hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, nach welchem vor den nächsten Staatswahlen ein Verbot eine Spezialwahl für die Frauen vorgenommen werden soll, damit die Frauen selbst entscheiden, ob sie in ihrer Mehrheit das Wahlrecht wünschen. Dieser Vorschlag wurde von den Frauenrechtlerinnen aber nicht sympathisch aufgenommen.

Gerichts-Zeitung.

Wie es auf einer Postzeitsache zugeht.

Der Kriminalwachtmeister Kleinschmied hatte sich gestern wegen Mißhandlung im Amt vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Am 20. März 11 Jahre alter Junge 3311916 Erbachella hatte Vater und Mutter verloren und war von seinem Vormund, dem Schuhmann Gustav Schulz bei einer Frau Franke in Pflege gegeben worden. Er betrug sich dort so, daß über ihn nicht zu sagen war. Da wurde der Frau Franke eines Tages eine Uhr gestohlen und die Bestohlene hatte den Jungen in Verdacht, der Dieb zu sein. Es sei hier gleich bemerkt, daß dieser Verdacht

Die Zentralstelle für Auswanderer, Schillingstraße 4.
— Fahrmann. 1. Wir empfehlen eine Besprechung im Bureau der Zentralstelle, Engelstraße 14/15. Lassen Sie sich einige Nummern des Jahrbuchs zur Verfügung geben. 2. Das sind Gebühren, die der Auswanderer zu zahlen hat. — **W. M. 18.** Zunächst ist ein Weideweiler bei dem Vorsitzenden der Erziehungskommission unter Überreichung eines Geburtscheins, einer Einbürgerungserklärung des Vaters oder Vormundes und eines polizeilichen Attestes zu beantragen. Der Weideweiler ist mit einem kurzen Lebenslauf, den Schul- und etwaigen Lehrgangsnachweisen an das Kaiserliche Kommando der I. Retrospektivkommission in Kiel oder der II. Retrospektivkommission in Wilhelmshaven mit dem Ersuchen um Einstellung einzureichen. — **W. M. 18.** Sie können nur auf Zahlung klagen und nicht auf Verurteilung. Die Pension ist nur dann pfändbar, wenn sie 1500 M. jährlich übersteigt; für diesen Fall in Höhe eines Drittels des der angegebenen Summe übersteigenden Betrages. — **W. M. 97.** 1. Rein. 2. Ja. — **C. C. 302.** 1. Ja. 2. 4. und 5. Rein. Klage auf Wiederherstellung der häuslichen Gemeinschaft und, falls binnen Jahresfrist nach Rechtskraft dem Urteil von der Frau nicht nachgegeben wird: Scheidungsklage. 3. Vorherige Aufforderung durch Einschreibebrief genügt. Die Dauer des Prozesses hängt von dem vorgedachten Material ab. 6. Gesuch bei dem Armenkommissionsvorsitzer. Ein Rechtsanwalt ist nötig; ein solcher wird können, nachdem Sie das Armenamt befragt haben und falls die Klage Aussicht auf Erfolg hat, auf Antrag vom Gericht beigeordnet. Zuständig ist das Landgericht Hirschberg. 7. Dasjenige des Wohnortes der Frau. — **G. 10.** Deutscher Arbeiter-Verein, Wilm. Böden, Berlin, Hohenhausenerstr. 51. — **W. W. Charlottenburg, W. T. 9.** Ja.

— Kasse 23. 1. Ja, sofern die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. 2. Wenn die frühere Strafe verübt ist, liegen keine Bedenken vor. 3. Sie müssten die Frage bejahen, könnten aber das Gericht vor dem Termin ersuchen, von einer solchen Frage Abstand zu nehmen. 4. Das Zeugnis würden Sie erhalten. Der Inhalt hängt vom Ermessen der Behörde ab. Es ist nicht anzunehmen, daß die Strafe bemerkt wird. 5. Für Berlin ist ein solcher Schein nicht erforderlich. 6. Die Gerichtsakten sind bereits fällig. Bitten Sie doch die Einsichtnahme ab. — **W. M. 28.** 1. Das ist Geschmackssache. Betrachten Sie die Angelegenheit mit den dortigen Genossen bezug der örtlichen Leitung Ihrer Gewerkschaft. 2. Sie sind zur Steuerzahlung verpflichtet. 3. Antrag an den Regierungspräsidenten; die Kosten betragen etwa 50 M. Die Behörde entscheidet nach eigenem Ermessen. Die Uebungsfrist wird nicht hindern (ein. — **W. M.** Es ist nicht richtig. — **Smilit 12.** Sie haften für die Akten, Ihr Mann jedoch nicht, wenn er den Kauf nicht genehmigt hat. — **S. T. 39.** 1912, wenn nicht vorher Auflösung erfolgt. — **W. T. 82.** 1. In 30 Jahren. 2. Ja. — **S. T. 79.** Durch Pfändung, wenn Sie der Pfändung unterworfenen Sachen besitzen. **Landwin 15.** 1. Rein. 2. und 3. Sechs Wochen. 4. Rein. 5. Die gesetzliche Frist beträgt vor Ablauf des Beitrags (nicht Kalender-) Vierteljahres. Handelt es sich um einen monatweise gemieteten Dienstboten, so kann 14 Tage vorher gekündigt werden. Ist der Dienst am ersten Monatsanfang angetreten, so kann nur vom fünfzehnten zum ersten gekündigt werden. Auf die Verpflanzung der Pflanzung zur Krankenfürsorge hat in diesem Fall die Kündigung keinen Einfluss. — **W. T. 114.** Gegen das Urteil ist ein Rechtsmittel nicht mehr gegeben. Die Anzeige steht Ihnen offen, hat aber kaum Aussicht auf Erfolg. Erfolgt eine rechtskräftige Verurteilung

Wasserstands-Nachrichten
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am		seit	
	15. 2.	14. 2.	15. 2.	14. 2.
Remel, Mühl	487	—10	190	—6
Bregel, Ankerburg	619	—18	127	—1
Seißel, Tzorn	214	+22	154	0
Oder, Ratibor	175	—15	92	—10
• Krossen	223	+25	163	—1
• Frankfurt	195	+15	52	—17
Bartze, Schwinn	164	+4	182	—17
• Landsberg	122	+5	518	—24
Rege, Borsdamm	54	—5	424	—64
Elbe, Leinitz	48	—10	514	—59
• Dresden	—4	—15	153	—15
• Barba	263	—13	255	—22
• Magdeburg	222	—2	212	—25

+) + bedeutet Sturz, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Wasserstand. — *) Grundwasserstand.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 17. Februar.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus, Wignen.
 Königl. Schauspielhaus, Strandbühnen.
Neues Königl. Oper-Theater.
 Geflügel.
Deutsches, Kristina Heimreise.
 Kommerzielle. Der gute König Dagobert. (Auf. 8 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
Berliner, Pension Schöller.
 Lesung. Das Konzert.
Neues Schauspielhaus, Der Herr
Verteidiger.
Neues, Der Philosoph von Sans-
souci.
Wesien, Die geschiedene Frau.
Romische Oper, Hjemreise.
Neues Operetten-Theater, Der Graf von
Luxemburg.
Trionon, Theodore u. Cie.
Arcines, Der große Name.
Reizend, Im Taubenschlag.
Thalia, Die Dollarprinzessin.
Schiller O. (Königl. Theater.)
Die Kärnten im Nichts.
Schiller Charlottenburg, Der
Herr von St. Georgen.
Friedrich-Wilhelmstädt, Galali.
Volksoper, Cleopatra.
Lüssen, Gib mich frei.
Note, Der Eisenbahnräuber.
Lustspielhaus, Der dunkle Punkt.
Metrovi, Galali II — Die große
Revue.
Golles, Gabyce, Der Luftturner.
Neuer bunter Teil, Herr Wasser-
kopf. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Galino, Der Obergauner.
Gebr. Herzensfeld, So muß man's
machen, Eine Übergangs-Ehe.
Gebbel, Kavallerie. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Hoants, Dorf und Stadt.
Stadttheater Moabit, Charles
Tante.
Parodie, Lohengrin. (Auf. 8 1/2 Uhr.)
Apollon, Der Liebeswalzer, Spezial-
itäten.
Wintergarten, Spezialitäten.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Palast, Spezialitäten.
Vauage, Spezialitäten.
Karl Haverland, Spezialitäten.
Walhalla, Spezialitäten.
Bughagen, Spezialitäten.
Urania, Laubensstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Im Himmelsland
des Ober-Engadin.
Gefährlich 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
Die Fortpflanzung und die
individuelle Entwicklung des
Menschen.
Sternwarte, Invalidenstr. 67—62.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Donnerstag 8 Uhr:
Im Fingerglanz des Ober-
Engadin.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
 Die Fortpflanzung und die
 individuelle Entwicklung des
 Menschen.

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr.
Gussy Holl
Lamborg
Schneider Duncker
 (prolongiert)
und das neue
Februar-Programm.
 14 Varietè-Attraktionen.

Residenz-Theater
 Direction: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
 Schwank in 3 Akten von Henneguin
 und Weber.
 Morgen und folgende Tage:
 Dieselbe Vorstellung.

ROSE-THEATER
 Große Kaufmannstr. 132
 Auf. 8 Uhr. Ende nach 10 U.
Der Eisenbahnräuber.
 Schwank in 3 Akten von F. Gräbert.
 Freitag und Sonntag: Der Eisen-
 bahnräuber.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
 Donnerstag, 17. Februar, 8 1/2 Uhr:
Galali.
 Freitag: Der Hypochonder.
 Sonnabend 8 1/2 Uhr: Die Jung-
 frau von Orleans. 8 1/2 Uhr: Im
 bunten Rod.

Lustspielhaus.
 Gesellschaftsbauend.
 Abends 8 Uhr: Der dunkle Punkt.
 Einschließend Kabarett.

WINTERGARTEN
 Das drollige
Faschings-Programm
 ein
großer Erfolg!

Robert Steidl!
Der Vampir-Tanz!
Marionetten-Theater!
 (Schießt)
 sowie die Februar-Attraktionen!

Königstadt-Kasino.
 Polymarktstraße 72.
 Täglich: **Franz Sobanski.**
 Neu: Gelscho, Trossell, Handbänd-
 ler, The Frankoni, Erztribüne.
 Little Julius, Kunstbühnen.
 Prolongiert: Viktor Müller, William
 Balfour und Son, Alty Welt usw.
Kamerad Schruppe.
 Welle in einem Akt v. W. Reinhardt.

Schiller-Theater O. (Waller-Theat.).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
 Lustspiel in 5 Akten v. W. Shafelpeare.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
 Zum erstenmal: **Neue Jugend.**

Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage, 8 Uhr:
Theodore & Cie.
 Sonntag nachm.: Pariser Witwen.

Apollon Theater
 8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
 8 1/2 Uhr:
Der Liebeswalzer.
 Operette in 3 Akten.
 Musik von G. W. Fiebrer.
 Konrad Dreher a. G.

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 67. T. N. 4, 5063.
 Zum 9. Male:
Eine Übergangs-Ehe.
 Zum 108. Male:
So muß man's machen
 mit Anton und Donat Herrnsfeld.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
 Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Meine-Deine Tochter.

Bughagen
 am Moritzplatz
 8 1/2 Uhr.
 Heute 9 1/2 Uhr ringen:
Johanna gegen Altmann-Berlin.
Entscheidungskampf:
Sturm-Charlottenburg gegen
Zwitsch-Berlin.
Entscheidungskampf:
P. de Wolf-Regeln gegen
Van-Overfeld.
 Im unteren Saale: Grobes
Bockbier-Kellerfest
 mit **Doppel-Konzert.**

Walhalla
Variete-Theater
 Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
 Anfang 8 Uhr.
 Die eigenartigen Februar-
 Spezialitäten.
 Tunnel: Bockbierfest.
 Regimentkapelle, Schillerfest.
 Theaterbesuchern freier Eintritt!

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
 Heute
 Donnerstag: „Kirmes auf der Alm“.
Größter Bock-Jubel und Trubel.
 Der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrenguber
 mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.
 Anfang 8 Uhr.
 Eintritt 20 Pf.
 Vorkarten haben volle Giltigkeit.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 102/114
 Heute Donnerstag, den 17. Februar:
Elitetag! Elitetag!
Großes Bockbier-Fest
 In den bayerischen Alpen.
 Prämierung der Damen mit den längsten Haaren.
 Preise 50. 30. 20 Mark.
 Anmeldung bis 10 Uhr abends an der Kasse.
 Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer v. St. Georgen.
 Schauspiel in 5 Aufzügen von
 Heinrich Heide.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Meindbauer.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene
 gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Der Nachwächter
 von Zerpenschleise.
 v. F. Meyssel
 Anfang:
 Bochent.
 8 Uhr.
 Sonntag
 7 Uhr.
 Sittens seit 8 Tage vorher.

Folies Caprice
Der Luftturner.
 Neuer bunter Teil.
Herr Wasserkopf.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverf. 11—2 Uhr.

Tonbild-Theater
Reform-Kino
 Heute
 neues
Programm.
 Hervorragende Darbietungen.
 3. Platz 30 Pf.
 Kind. 10 Pf. ohn. Nachzahlung.
 Danvorstell. v. 4—11 Uhr.
 Reichenkloster Str. 26—27.
 Ecke Weddingerstraße.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 17. Februar 1910:
 Zum 1. Male:
Größter Schläger!
Charlens Tante.
 Passpartout haben zu dieser
 Vorstellung keine Giltigkeit.

Freie Volksbühne
 Die nächsten Stücke:
Lessing-Theater:
 Hanneles Himmelfahrt.
Thalia-Theater:
 Jugend.
Der Dorftyrann.
Neues Schauspielhaus:
Traumulus.
Der große Tote.
Residenz-Theater:
Musotte.
 Einige Karten zu den Nachmittags-Abteilungen
 können noch in den Zahlstellen bestellt werden.
 240/8 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Zirkus Schumann
 Donnerstag, den 17. Februar,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 u. a.:
Novität für Berlin:
Mons. Romanoff
 der phänomenale Kopf.
 Debit The Franklins Debit
fiegende Akrobaten.
 Kommissionsrat
Gustav Stensbeck als Gast
 mit seinen herborrag. Schülern.
Bagonghi, der kleine fomiße
 Reitanfänger der Welt, 20 Jahre alt,
 18 Kilo schwer.
 Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:
Die drei Rivalen.
 Große Fierie in 5 Akten aus der
 Augenoffenheit.

Zirkus Busch.
 Heute Donnerstag, d. 17. Februar,
 abends 7 1/2 Uhr präz.:
Große Galavorstellung.
Mc Danell Co.
 Skandinavischer Sport-Akt.
 Ski, Rodol und Rollschuh.
 Mr. Jacob, Foxterrier-Dress.
 Thores Füllis, James Leon Füllis
 Junior, Heinrich Füllis in ihren
 Produktion. der hohen Schule.
 Herr E. Schumann, Meisterdress.
 Zwergelown Francois, Kunstr.
 Reiterfamilie Proserpi usw.
 9 Uhr ca. Ende ca. 11 Uhr.
 Die russ. Sensationspanlow mo
Marja!

CIRCUS SARRASANI
 Alter Botan. Garten
 Eingang Grunewaldstr.
 Täglich abends 8 Uhr: Gala-
 vorstellung. — Mittw. u. Sonn-
 abend, Sonntag und Festtag:
 2 Vorstellungen mit durchaus
 gleich reichhaltig. Programm
 nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
 Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen
 Kinder unter 14 Jahr. u. Militär
 b. z. Feldwe. halbe Preise.

Casino-Theater
 Göttinger Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 25. Februar:
Der Obergauner.
 Sonnabend, den 20. Februar:
 Zum 1. Male: **Berlin bei Nacht.**
 Sonnt. 4 Uhr: **Mutter Gräbert.**

ORPHEUM
 50 BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und
vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feenhalle Ausstellung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 "

Karl Haverland
 Anfang Theater, präz. 8 U.
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das Neueste vom Neuesten
 bietet das
Februar-Programm.

Sanssouci, Kottbuser
 Straße 6.
 Direction Wilhelm Raimor.
 Heute Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree fränkchen
 v. Hoffm. Nord. Sängern.
 Großer Erfolg des neuen
Soiree-Programms!
 Jubelnder Beifall:
Kamerad Schruppe
 Welle in 1 Akt.
 Beg. Saunt. 5, wochent. 8 U.

Volgt-Theater
 Gäßchen im Arndthof, Moabit.
 Berleberger Straße 20.
 Donnerstag, den 17. Februar 1910:
Sherlock Holmes.
 Detektivkomödie in 4 Akten.
 Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.
 Direction: Robert Dill & Karl Pirnau.
 Burgstraße 16, am Bahnhof Bors.
Das brillante
Februar-Programm!
14 Attraktionen
ersten Ranges.
Der Chemann vor der Tür,
 oder:
Die überlistete Kantiype.
 Anfang 8 Uhr.
 Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.
 Vorzugskarten überall zu haben.

W. Noacks Theater
 Brunnenstr. 16, am Rosenbaler Tor.
Große Extra-Vorstellung.
Dorf und Stadt
 oder: **Das Lorle.**
 Schauspiel in 2 Akt. und 5 Bildern
 von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Freitag: Dieselbe Vorstellung.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 20. Februar, findet eine Urania-Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt: „Frühlingstage an der Riviera.“

Rixdorf. Die Funktionäre werden darauf aufmerksam gemacht, daß der angeklagte Unterrichtsleiter des Genossen Julian Borchardt über „Der historische Materialismus“ nicht in Hoppes Lokal, sondern umständlicher am Freitag, den 18. Februar, präzis 8 1/2 Uhr abends, im „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 6-10, seinen Anfang nimmt.

Treptow-Baumfuhlenweg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr bei Wanzlitz (Konfordia) Köpenicker Landstraße 257 stattfindende außerordentliche Generalversammlung hingewiesen.

Stralau. Am Sonntag, den 20. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, findet im Lokale Alt-Stralau Nr. 5 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Trebbin. Am Sonnabend, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr bei Wolf, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder.

Kanlow. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Großkur, Berliner Straße 27, die Mitgliederversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Du sollst nicht prügeln!

Denjenigen Lehrern und Lehrerinnen, die ohne Prügel nicht mit ihren Schülern fertig zu werden vermögen, wurde vor jetzt drei Jahren vom Stadtschulrat Fischer ein Merkblatt über die Gefahren der körperlichen Züchtigung gewidmet.

Aus der 147. Mädchen-Gemeinschaft (Grenzstraße) hatten wir vor mehreren Monaten über eine Wadpeife zu berichten, die einem Mädchen von einer Lehrerin mit so kräftiger Hand verabschiedet worden war, daß die Spuren davon Tage hindurch sichtbar blieben.

Dr. Prühl. Dieser soll nichts Bestimmtes ermittelt haben, so sagte später der Schularzt, dem ein schriftlicher Bericht über das Untersuchungsergebnis übersandt worden war.

Herr Lehrer Kropp wird vermutlich mit einem triumphierenden „Na also!“ antworten. Aber vielleicht wird ihm, als er von dem Ergebnis der Untersuchung erfährt, doch auch „ein Stein vom Herzen“ gefallen sein.

Ueber die Behandlung von anscheinend Betrunknen, die auf der Straße aufgegriffen werden und bei denen aus irgend einem Grunde, sei es im Interesse ihrer selbst, sei es im Interesse der öffentlichen Ordnung, polizeiliches Einschreiten erforderlich wird, hat der Magistratskommissar für das Rettungswesen mit dem Polizeipräsidenten vereinbart, daß alle solche Personen durch den Schuttmann ausnahmslos sofort der nächsten Hilfwache des Berliner Rettungswesens zugeführt werden.

Die Selbstverleugnungswache der Heilsarmee. Vergangenen Dienstag hat bei der Heilsarmee die große Schnorr- und Bettelwache in ganz Deutschland begonnen.

Ein gewaltiger Fabrikbrand. In der Köpenicker Straße 175, gegenüber der Garde-Pionier-Kaserne, hat in der gestrigen Nacht der Berliner Feuerwehrt viel Arbeit verursacht.

Ueber das Verfahren bei Massenunfällen erläßt Bürgermeister Dr. Reide als Magistratskommissar für das Berliner Rettungswesen jetzt eine eingehende Anweisung.

Die erste Wasserleitung Berlins ist bereits vor fast 330 Jahren angelegt worden. Ihr Erbauer war Johann v. Blankenfelde aus dem bekannten Patriergeschlechte Berlins, der bis 1572 Bürgermeister der Stadt war.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahn- und einem Möbelwagen kam es vorgestern abend gegen 9 Uhr in der Reuen Andacher Straße.

Fünf Personen an Gasberggift erkrankt. Gestern nacht wurde der 18. Zug aus der Lindenstraße nach der Götlicher Str. 68 gezogen. Dort waren fünf Personen im ersten Stock an Gasberggift erkrankt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern mittag in der Lützowstraße. Dort betrat vor dem Hause Nr. 32 die 33-jährige Frau Meta Polzin, Genthiner Straße 11 wohnhaft, unmitttelbar vor einem herannahenden Zuge der Straßenbahnlinie 81 das Gleis.

Auf der Suche nach Arbeit schwer verunglückt ist der 68-jährige Bauwächter Paul Jordan aus der Soldiner Str. 9. Er war nach vielen vergeblichen Gängen auch nach Pankow gekommen, wo er eine Stellung zu erhalten hoffte.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Hau Berlin). Die Vereine „Einigkeit Sängerkor Bedding“, „Freiheit Nord“ und „Drübenberg“ haben sich zu einem Chor unter dem Namen „Sängerkor Bedding“ zusammengeschlossen.

Band 2 des 13. Jahrgangs der Zeitschrift „In freien Stunden“ ist soeben erschienen. Der Inhalt des zuletzt erschienenen Bandes ist wieder außerordentlich reichhaltig.

Feuers gebrochen. Ein Teil der Feuerwehrt wurde nun durch diezüge 9 und 19 abgelöst, die gestern noch bis Mittag zu tun hatten und dann von anderen Zügen abgelöst wurden.

Ueber das Verfahren bei Massenunfällen erläßt Bürgermeister Dr. Reide als Magistratskommissar für das Berliner Rettungswesen jetzt eine eingehende Anweisung.

Der diensttuende Arzt der benachrichtigten Hilfwachen begibt sich mit dem Rettungskosten auf dem schnellsten Wege zur Unfallstelle. Der Verband für die erste Hilfe entsendet in jedem Falle zunächst zwei Krankenwagen und erwartet weitere Nachricht von der Unfallstelle.

Die Leitung des ärztlichen Rettungsdienstes an der Unfallstelle übernimmt der diensttätige Arzt. Er hat sich, wenn die Feuerwehrt antwefend ist, sofort mit dem Kommando der Feuerwehrt, sonst mit dem leitenden Polizeibeamten in Verbindung zu setzen.

Geht der Zentralmeldestelle eine Feuermeldung zu, so hat sie ohne weiteres bei Mittelfeuer die der Feuerstelle nächstgelegene Hilfwache und den Verband für erste Hilfe, welcher einen Krankenwagen zu entsenden hat, bei Großfeuer und bei Menschenleben in Gefahr alle obengenannten Stellen zu benachrichtigen.

Zum ungehinderten Zutritt zur Unfallstelle sind die Ärzte mit ausreichender Legitimation zu versehen; außer den allgemein ausgestellten Erlernungsarten sind in jedem Rettungskosten drei Armbanden für die Ärzte bereit zu halten.

Die erste Wasserleitung Berlins ist bereits vor fast 330 Jahren angelegt worden. Ihr Erbauer war Johann v. Blankenfelde aus dem bekannten Patriergeschlechte Berlins, der bis 1572 Bürgermeister der Stadt war.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahn- und einem Möbelwagen kam es vorgestern abend gegen 9 Uhr in der Reuen Andacher Straße.

Fünf Personen an Gasberggift erkrankt. Gestern nacht wurde der 18. Zug aus der Lindenstraße nach der Götlicher Str. 68 gezogen. Dort waren fünf Personen im ersten Stock an Gasberggift erkrankt.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern mittag in der Lützowstraße. Dort betrat vor dem Hause Nr. 32 die 33-jährige Frau Meta Polzin, Genthiner Straße 11 wohnhaft, unmitttelbar vor einem herannahenden Zuge der Straßenbahnlinie 81 das Gleis.

Auf der Suche nach Arbeit schwer verunglückt ist der 68-jährige Bauwächter Paul Jordan aus der Soldiner Str. 9. Er war nach vielen vergeblichen Gängen auch nach Pankow gekommen, wo er eine Stellung zu erhalten hoffte.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Hau Berlin). Die Vereine „Einigkeit Sängerkor Bedding“, „Freiheit Nord“ und „Drübenberg“ haben sich zu einem Chor unter dem Namen „Sängerkor Bedding“ zusammengeschlossen.

Band 2 des 13. Jahrgangs der Zeitschrift „In freien Stunden“ ist soeben erschienen. Der Inhalt des zuletzt erschienenen Bandes ist wieder außerordentlich reichhaltig.

Der Preis ist, in Leinen gebunden 3,50 Mark, in Halbfranz 4.- Mark. Alle Buchhandlungen, Spezialvereine und Kolportage nehmen Bestellungen entgegen.

Der Preis ist, in Leinen gebunden 3,50 Mark, in Halbfranz 4.- Mark. Alle Buchhandlungen, Spezialvereine und Kolportage nehmen Bestellungen entgegen.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr hatte gestern u. a. in der Großen Frankfurter Str. 187 zu tun. Dort brannten Stoffe, Axtomobiel, Papier u. a. Die Flammen schlugen schon hell aus den Fenstern heraus, als die von drei Seiten alarmierte Feuerwehr erschien. Ueber einen Stiegeleitgang und die Treppen griff die Feuerwehr an und es gelang ihr den Brand zu lokalisieren. Die Entfaltung konnte nicht ausgeführt werden. Ein zweiter Alarm aus der Großen Frankfurter Straße 70 war durch das Umsfahren eines Feuerwehrens entstanden. Nicht weit davon in der Pallasienstraße 101 brannten Fußböden, eine Bretterwand u. a. und in der Blumenstraße 73 in einer Druckerei Papier, Türen, Fußböden und anderes. Wegen kleiner Wohnungsbrände wurden Löschzüge nach der Alfensteiner Straße 21, Meindorfer Straße 29 und anderen Stellen gerufen. Gardinen brannten Choriner Straße 50a und Kisten, Betten usw. in der Groß-Görtschenstraße 38. Außerdem wurde die Feuerwehr nach der Wrangelstraße 100 alarmiert, wo aber keine Gefahr zu entdecken war.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Das neue Obdachlosenasyl und Familienhaus in Charlottenburg. Durch ihren Beschluß vom 4. Dezember 1901 erlaubte die Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg den Magistrat um eine Vorlage betreffs Errichtung eines Asyls für Obdachlose. Die Unterbringung der Obdachlosen geschah bisher in der Weise, daß obdachlos gewordene Familien in zwei in der Sophie-Charlottenstraße 113 errichteten alten städtischen Familienhäusern und ledige Obdachlose auf Kosten der Stadt im Polizeipräsidium untergebracht wurden. Diese Unterbringung im Polizeipräsidium ist ohne Zweifel für viele schon durch ihre elende Lage niedergedrückte Personen eine doppelte Pein; auch sind die dadurch für die Stadt entstehenden Kosten durchaus nicht niedrig, da das Polizeipräsidium für jede solche Nachtigung durchschnittlich eine Mark liquidiert. Da auch die Zahl der Obdachlosen sich von Jahr zu Jahr vermehrte, machte der Magistrat am 23. April 1903 der Stadtverordnetenversammlung die Mitteilung, daß er das Bedürfnis zum Bau eines Obdachlosen- und das Grundstück Sophie-Charlottenstraße 113/114 für die Errichtung eines dazu bestimmten Gebäudes geeignet halte, daß er auch das vorhandene — in recht schlechtem baulichen Zustande sich befindende — Familienhaus II in dem Bauplan mit einbezogen werde. Der Mangel an kleinen Wohnungen war damals auch in Charlottenburg groß geworden. Die Räume der Familienhäuser waren namentlich in den Jahren 1900—1902 bei weitem nicht mehr imstande, alle Obdachlosen aufzunehmen. Aber der Magistrat zögerte immer noch mit der Vorlage eines detaillierten Bauplanes. Er befürchtete nämlich, daß die Errichtung eines Asyls für nächtliche Obdachlose in Charlottenburg einem großen Teil der Obdachlosen von Groß-Berlin nach Charlottenburg ziehen werde. Auch die Charlottenburger Haus- und Grundbesitzervereine befürchteten davon die Heranziehung arbeitsloser und fragwürdiger Existenzen nach Charlottenburg und damit „sittliche und volkswirtschaftliche Gefahren“ für die Stadt. Sie petitionierten deshalb gegen die Errichtung eines solchen Asyls, ebenso 11 einzelne Hausbesitzer in der betreffenden Stadtbezirk, die von einem solchen Bau eine „Beeinträchtigung der Entwicklung des fraglichen Stadtteils“ befürchteten. Zwar beschloß die Stadtverordnetenversammlung über diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, aber der Magistrat zögerte weiter mit der Vorlage für den beabsichtigten Bau. Deshalb ersuchte am 1. August 1904 die Stadtverordnetenversammlung, einem Antrage des Sen. Hirsch folgend, den Magistrat, „mit den Gemeindeverwaltungen von Groß-Berlin behufs Errichtung eines gemeinschaftlichen Asyls für Obdachlose für Groß-Berlin in Verbindung zu treten.“ Der Magistrat gab darauf am Jahresabschluss folgende Antwort: „Wir haben bisher davon abgesehen, mit anderen Gemeinden in der Sache in Verbindung zu treten, weil inzwischen die Frage, ob es überhaupt zweckmäßig ist, Asyls in der bisherigen Art zu errichten, erörtert wurde. Nachdem vom Pastor von Wobelinshagen und mit ihm von vielen anderen gegen diese Asyls lebhaftes Bedenken erhoben worden sind, erachten wir es für zweckmäßig, einstweilen nichts zu veranlassen.“

Auch im Staatsausch wurde am 13. März 1906 folgender Antrag abgelehnt: „Der Magistrat wird ersucht, den Bau des bereits genehmigten Asyls für Obdachlose noch im Laufe des Etatsjahres 1906 in Angriff zu nehmen.“ Dagegen beschloß die Stadtverordnetenversammlung vom 20. März 1907: „I. Es ist eine Erweiterung des städtischen Asyls (Familienhäuser) dahin vorzunehmen, daß auch ledige, obdachlose Personen darin aufgenommen werden können. 2. Der Magistrat wird ersucht, Erwägungen darüber einzuleiten, ob es sich nicht empfiehlt, einen Zweckverband innerhalb Groß-Berlins anzustreben, durch den auch in Charlottenburg obdachlos gewordene Ledige im Asyl Aufnahme finden können.“ Aber der Magistrat nahm sich weiter Zeit, auch die Nachbargemeinden verhielten sich ablehnend. Aber jemand anders erhob lebhaften Einspruch gegen die weitere Aufnahme von obdachlosen Familien in die bisherigen Familienhäuser, nämlich der Stadt- und Armenarzt Dr. Simon, der erklärte, daß dieselben sich in einem so schlimmen hygienischen Zustande befänden (verfaulte Fußböden, nasse Wände, schlechte Ofen, Fenster usw.), daß eine infektöse Erkrankung in einem Räume des Gebäudes sich sofort auf die Bewohner der übrigen Räume übertrage, daß daher die größte Gefahr bei einer ausbrechenden Epidemie zu entstehen drohe. Dieser schlechte Zustand der Gebäude war übrigens längst offenes Geheimnis. Auch der Polizeipräsident drängte jetzt auf anderweitige Unterbringung der Obdachlosen als im Polizeigewahrsam Sorge zu tragen, da die Polizei nicht mehr in der Lage sei, die Obdachlosen weiter auf Rechnung der Stadt Obdach zu geben.

Da endlich, am 5. März 1908, kam der Magistrat mit einer detaillierten Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung betreffs Errichtung eines Asyls für Obdachlose, die in der Sitzung vom 11. März zur Annahme gelangte. Demgemäß wurde beschlossen, das alte Familienhaus an der Straßenseite ganz abzubauen und an dessen Stelle ein Aufnahmehaus zu errichten, das außer einer Verwaltung- und einer Förstnerwohnung, Aufnahme- und Wauraum, ein Männerbad, bestehend aus 2 Bännen- und 3 Frauenbädern nebst Ankleideräumen, ein Frauenbad mit 3 Bännenbädern, 2 Brausebädern und Ankleideräumen, ein Desinfektionsapparat, in dem während des Gebrauches der Bäder die Kleider der Badenden desinfiziert werden, die sie nach dem Bade dann desinfiziert gleich wieder anziehen können, ferner eine geräumige Küche mit allen Erfordernissen eines Großbetriebes, vier großen Kesseln, Brat- und Wärmeherd, Milchfäher, ein vierseitiger Spülisch usw., ferner durch alle Stagen für Männer und Frauen mit Kindern getrennte große, gut erwärmte und ventilerte Tagesräume und Schlafplätze mit wirklich, namentlich für die nur in Tages- und Nachtdach befindlichen Frauen und Kinder zweckmäßigen und bequemen Betten, im ganzen 175. In dem Tages- und Nachtdach, das auf vier Wochen gewährt wird, erhalten Frauen und Kinder vollständige Verpflegung, Frühstück, zweites Frühstück, Mittagessen, Vesper und Abendbrot. Die Männer erhalten nur morgens und abends Verpflegung. Im nächtlichen Obdach, das auf eine Woche gewährt wird, erhalten eingeschlossene Männer und Frauen Abend- und Morgenkost. Die Schlafräume für die Männer befinden sich in dem stehen gebliebenen und innen neu ausgebauten Familienhause II. Hinter diesem ist dann noch ein großes neues Familienhaus errichtet, das schon am meisten bewohnt ist, mit 28 Wohnungen mit je 1 oder 2 geräumigen Stuben und Küche, jedes Zimmer mit Platz für 2 oder 3 Betten. Hier wohnen schon viele kinderreiche Familien, und für die Kinder ist auch tagüber eine Kindergärtnerin in einem großen Kindergarten, in der wärmeren Jahreszeit auch im Freien mit Spielen und possenden Unterhaltungen und auch mit der Ueberwachung der Schularbeiten der größeren Kinder beschäftigt.

Alle Gebäude haben gute Ventilation, Gasbeleuchtung und Dampfheizung, wozu ebenso wie für die Küche, die Bäder und Desinfektionsanstalt der Dampf von dem nebenan gelegenen Pump-

werk geliefert wird, wodurch die Errichtung eines besonderen Kesselhauses erübrigt ist. Es fehlen auch nicht Speicherräume zur Aufnahme der den Obdachlosen gehörigen Möbel usw. Die Eltern der in Obdach aufgenommenen Familien, die eine Beschäftigung haben, sind gehalten, etwa die Hälfte ihres Lohnes für die Gewährung von Unterkunft und Verpflegung an die Verwaltung abzugeben, andernfalls laufen sie Gefahr, sofort entlassen zu werden.

Anfang Februar dieses Jahres ist dieses Obdachlosenasyl und das neue Familienhaus eröffnet worden. Es ist in allen seinen Teilen wirklich zweckmäßig und gut eingerichtet, und wenn auch infolge des ablehnenden Verhaltens der Nachbarorte der Magistrat sich genötigt gesehen hat, in den allgemeinen Bestimmungen die Aufnahme nur auf in Charlottenburg wohnende und hier obdachlos gewordene Personen und Familien zu beschränken, so darf doch von der Humanität der Verwaltung erwartet werden, daß in dringenden Notfällen auch anderen hier obdachlos Gewordenen die Aufnahme nicht verweigert werden wird.

Schöneberg.

Ein neues Projekt und zwar ein Omnibus mit Oberleitung soll zur Einführung gelangen. Der Omnibus hat ein ganz neues System und weicht von den im Verkehr befindlichen Benzin-Omnibussen erheblich ab. Dadurch, daß kein Motor vorhanden und der Wagen vermittelt Strom getrieben, der ihm durch zwei Drähte von der Oberleitung der Straßenbahn zugeführt wird, fährt der Omnibus bedeutend leichter, schneller und vor allen Dingen auch angenehmer. Das geräuschvolle Fahren, wie es jetzt zum Ausdruck kommt und vielen das Fahren verleidet, ist hier vollständig vermieden, da die Wagen auf Summireifen rollen. Obwohl der Strom von oben geleitet wird, sind Gleise nicht notwendig und in der Omnibus imstande, jeden ihm entgegenkommenden Wagen auszubiegen und gleichfahrend zu überholen. Die erforderliche Einrichtung ist derartig einfach und praktisch, daß jede Schwierigkeit, die sich durch den Verkehr ergibt, sehr leicht überholt werden kann. Bis jetzt laufen derartige Omnibusse in der Umgebung Wiens und sollen sich außerordentlich gut bewährt haben. Es wird daher beabsichtigt, auch hier eine Linie zu errichten. In Betracht kommt: Bahnhof Ebersstr., Warburgplatz, Baharischer Platz, Neue Ansbacher Straße, Zoologischer Garten. Die Kosten sind geringer als alle früheren Projekte.

Rixdorf.

Gasvergiftung. In der Kellerwerkstatt des Klempnermeisters Vandrey wurde der Gefelle E. Peder von dem Meister bewußlos aufgefunden. Durch Einflößen von Sauerstoff wieder zum Bewußtsein gebracht, mußte E. sofort ins städtische Krankenhaus nach Sudow gebracht werden, wo er schwer krank darniederliegt. Die Ermittlungen ergaben, daß im Vorkeller zur Werkstatt ein Gasrohr halb geöffnet und das Gas in die Werkstatt gedrungen war.

Wilmerdorf.

Die Unterkommission der Gewerkschaften beschloß in ihrer letzten Sitzung u. a. die Bildung einer Bauarbeiter-Konfliktkommission, in die die Genossen Engelhard, Köhler und Preuß gewählt wurden. Nicht vertreten bzw. unentschuldig fehlten in dieser Sitzung die Delegierten der baugewerblichen Hilfsarbeiter, Friseur, Fabrikarbeiter, Gastwirtschaftlichen, Gips- und Zementbranche, Hafentarbeiter, Maschinisten, Steinseher und Schmiede.

Sanktwis.

Ein schweres Brandunglück, bei dem ein Kind den Tod fand, ereignete sich vorgestern in Sanktwis. Die Frau des Arbeiters Schulte hatte ihr zweijähriges Töchterchen Gertrud zu Hause gelassen, während sie sich auf einen Augenblick entfernte, um Einkäufe zu machen. Das Kind machte sich an dem in der Stube stehenden eisernen Ofen zu schaffen, wobei seine Kleider Feuer fingen. Als die Mutter nach wenigen Minuten zurückkehrte, bot sich ihr ein entsetzlicher Anblick. Auf dem Fußboden wand sich in fürchterlichen Schmerzen die kleine Gertrud, deren Körper über und über mit schweren Brandwunden bedeckt war. Das nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebende Mädchen wurde noch dem Groß-Nichtersfelder Krankenhaus übergeführt, wo es kurze Zeit nach der Einlieferung verstarb.

Zehlendorf (Wannseebahn).

In einer nichtöffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wurde als Bauplan für ein 18klassiges Oberrealschulgebäude das Gemeindegrundstück an der Burggrafenstraße gewählt. Damit wird getreu der „Reklamepolitik“ unserer Gemeindevertretung wiederum ein so wichtiges öffentliches Gebäude an möglichst ungeeigneter Stelle untergebracht. Es kommt damit in die nächste Nähe der Wannseebahn zu liegen, auf deren Gleisen etwa 200 Züge täglich verkehren. Außerdem wird der Unterricht noch durch das unvermeidliche störende Geräusch beim Ein- und Ausfahren der Züge aus dem in der Nähe befindlichen Bahnhof Zehlendorf gehindert. Das tut aber nichts. Um derartige Dinge, über deren Schädlichkeit für den Unterricht sich nicht nur jeder Schulmann klar ist, sondern auch jeder, der sich nur einmal mit öffentlichen Erziehungsfragen beschäftigt hat, braucht sich unsere Gemeindeverwaltung nicht zu kümmern.

Ober-Schönevide.

Für die Wahlen zum Gewerbeamt liegen die Wählerlisten seit Dienstag, den 15. Februar, bis Montag, den 21. Februar, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer 18, aus. Wahlberechtigt sind nur diejenigen, welche in die Wählerliste eingetragen sind. Es sei ganz besonders auf die im Orte ausgehängten Plakate hingewiesen. Niemand versäume die Listen einzusehen. Wer keine Gelegenheit hat, die Listen selbst einzusehen, wende sich an Paul Gräbner, Friseur, Grünauer Str. 5, Karl Böttke, Restaurateur, Berliner Str. 64, und Adolf Stahlberg, Restaurateur, Berliner Str. 123.

Gemeindevertreterversammlung. Der den Vertretern zugegangene Vorschlag des Wirtschaftskomitees für das Jahr 1910 wurde nach einer Erläuterung durch den Gemeindevorsteher einer Kommission von 7 Mitgliedern, der auch Genosse Grunow angehört, überwiesen, welche die Beratungen zu pflegen hat. Eine ausgedehnte Debatte zeitigte die vom Gemeindevorsteher beantragte Rodifizierung des in voriger Sitzung gefassten Beschlusses betr. Anrechnung eines Militärdienstjahres auf das Befoldungsdienstalter der Beamten, welche Militäranwärter sind. Nach dem neuen Antrag des Gemeindevorstehers soll der Beschluß nicht für sämtliche Anwärter Geltung haben, sondern sich nur für die Staatsbeamten geltenden Bestimmungen anlehnen. Es mutete recht sonderbar an, mit welcher Energie sich einige Herren gerade für diese Kategorie von Beamten ins Zeug legten. Genosse Grunow legte dar, daß gar kein Grund bestehe, daß diese Beamten eine Sonderstellung einnähmen; die Anerkennung für geleisteten Militärdienst möge der Staat geben, die Gemeinde verlange als Qualifikation keine Soldaterei. Der Beschluß wurde ausgeführt. Im Gegensatz hierzu stand die Debatte über die Löhne der Straßenarbeiter und Maschinisten und Arbeiter des Kanalisationswerkes. Vom Genossen Grunow wurde im Hinblick auf die familiären Gemeindeangehörigen gewählte Aufbesserung eine Erhöhung des Stundenlohnes um mindestens 3 Pf. beantragt. Beschlossen wurde nach dem Vorschlage der Baukommission eine Erhöhung um 2 Pf. unter Fortfall der bisherigen Staffelung, an deren Stelle je nach Leistung Stundenlöhne bis zur Höhe von 45 Pf. gesetzt werden sollen. Die Maschinisten des Kanalisationswerkes sollen 52½—60 Pf. und die dortigen Arbeiter 42—52 Pf. erhalten. Die Anlage des Schmutzplages im Rathausviertel wurde nach der Vorlage beschlossen. Auf demselben ist in der Gegend der katholischen Kirche ein Kinderpielplatz vorgesehen. Dies gab dem Vertreter der Katholiken Anlaß, alle Kinen springen zu lassen, um die drohende Profanierung seiner Kirche abzuwenden, indem er den Platz verlegt wissen wollte, was allerdings nicht gelang, nachdem ihm allseits heimgelächelt wurde. Der Wasserpreis für Entnahme aus dem Gemeinewerk wurde gegen die Stimme des Genossen Grunow allgemein auf 30 Pf. pro Kubik-

meter festgesetzt unter Vorfall der früher für großen Bedarf festgestellten Vergünstigungen. Der Revid der übrigen Hausbesitzer, welche ihr Wasser auf Grund eines Monopolvertrages aus dem Rummelsburger Beck beziehen, hat damit einen Triumph gefeiert. Gegen die Gemeindegewählerte Liste sind 15 Einsprüche erhoben, von denen 10 ohne weiteres anerkannt wurden. Die übrigen mühten auf Grund der veralteten Bestimmungen darüber abgeleitet werden. Ein vom Genossen Grunow gestellter Dringlichkeitsantrag betr. einer Petition an das Haus der Abgeordneten um Ablehnung der Wahlvorlage, wurde abgelehnt. Dafür stimmte nur der Schöffe Lehmann.

Friedrichsfelde.

Eine Volksversammlung leitete am Dienstag die Agitation für die kommenden Gemeindevertreterwahlen ein. Genosse Grogger-Rixdorf erläuterte in leichtverständlicher Weise die Aufgaben der Gemeindeverwaltung, wie wir sie auffassen und wie sie von den bürgerlichen Parteien gelöst oder besser vernachlässigt werden. Anschließend daran gab an Stelle des plötzlich erkrankten Gemeindevertreter Pinski der Genosse Dehler einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertretung während der verfloffenen Wahlperiode. — In der Diskussion wurde von Regel auf den verwahrlosten Zustand bestimmter Straßen hingewiesen. Gronwald unterzog die in letzter Zeit wieder mehr in Erscheinung getretene Prügelpädagogik in der hiesigen Volksschule einer scharfen Kritik, und Lehmann forderte die Anwesenden, die durch ihren stieren Beifall ihr Einverständnis mit den gehörten Ausführungen äußerten, aber der sozialdemokratischen Partei noch nicht angehört, auf ihren Willen, solchen Zuständen ein Ende zu bereiten, durch Beitritt zur Partei zu bekunden. Hierauf wies Genosse Schwenk auf die Bedeutung hin, Männer zu wählen, die sich ihrer Pflicht voll bewusst sind, ihnen aber auch durch die Wucht der abgegebenen Stimmenzahl einen Einfluß zu sichern, der einigermaßen einen Ausgleich schafft gegenüber der Realität der arbeitenden Bevölkerung, wie sie der plutokratische Charakter des kommunalen Wahlrechts mit sich bringt. Die vorgeschlagenen Genossen Pinski und Dehler wurden einstimmig von der Versammlung als Kandidaten für die dritte Abteilung aufgestellt.

Midershof.

Von der guten Entwicklung, welche die Konsumgenossenschaftsbewegung in Berlin und seinen Vororten jetzt zu verzeichnen hat, zeugen auch die von der Konsumgenossenschaft von Midershof und Umgegend veröffentlichten Zahlen. Aus dieser Veröffentlichung entnehmen wir, daß der Umsatz in den letzten 7 Monaten auf 313 775 M. gegen 257 825 M. in den gleichen Monaten des Vorjahres gestiegen ist. Am Schlusse des Geschäftsjahrs wird die Genossenschaft ½ Million weit überschritten haben. An Geschäftsanteilen wurden 271 M. neu eingezahlt; bis heute sind über 31 000 M. von den 2174 Genossen eingezahlt. Einen regen Verkehr hatte auch die der Genossenschaft angegliederte Sparkasse zu verzeichnen, indem 8065 M. zur Einzahlung und 5372 M. zur Auszahlung gelangten. Der Bestand der Sparkasse beläuft sich auf 21 701 M. Auch der Erwerb von Hausanteilen wendete sich die Mitglieder jetzt mehr zu. In den letzten 7 Monaten wurde genau so viel eingezahlt, wie in den 2½ Jahren vorher. Der Mitgliederbestand erhöhte sich um 200 Genossen. Wenn auch die Genossenschaft seit ihrem Bestehen eine feste und gute Entwicklung aufweisen kann, so sollten doch unsere Genossen in den an der Obersee liegenden Vororten der Genossenschaftsbewegung größere Aufmerksamkeit angedeihen lassen und durch ihren Beitritt der Genossenschaft größere Kraft und dadurch auch innere Festigkeit verleihen, damit die projektierte Eigenproduktion auf dem vorhandenen Grundstücke bald zur Durchführung gelangen kann.

Nowawes.

In der letzten Wahlvereinsversammlung hielt nach der üblichen Führung des Genossen Eberhardt-Charlottenburg Reichstagsabgeordneter Lehmann-Wiesbaden einen interessanten, heilsächtig aufgenommene Vortrag über die politische Lage. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß am 23. Februar eine Volksversammlung mit dem Genossen Diehl als Referenten und am 26. Februar ein Wahlbildervortrag des Genossen Beck über die baltische Revolution stattfand. Des weiteren nahm die Versammlung Kenntnis von der Amtsniederlegung der Sen. Kaufmann (Bildungsausschuß) und Hubert (Zugauschluß). — Zur Kreisgenossenschaftsversammlung wurden die Genossen Krohnberg, Heidenreich, Hubert und Hermann delegiert. — Genosse Neumann gibt einen Bericht über die Jugendchriftenausstellung, deren Ergebnis er als unbefriedigend bezeichnet, da dieselbe nur einen Umsatz von 267 M. und ein Defizit von 7 M. hatte. Der Jahresbericht vom Jugendausschuß ergibt eine Einnahme von 451 M. und eine Ausgabe von 375 M.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Die Pflasterungsborlage wurde nach dem Magistratsantrage genehmigt. Insgesamt verurteilen die Pflasterungen eine Ausgabe von 184 300 M. Der Müllabfuhr- und Kanalisationsgebühren der vorigen Sitzung schloß sich diesmal die Erhöhung der Hundesteuer und Biersteuer an. Jeder Hund kostet in Zukunft 30 M. Steuer, ein zweiter 40 M. Steuerfrei bleiben nur der Hund des Rachtwächters, Polizei- und Kriegshunde und Hunde, die von gebrechlichen Personen zum Schutze gebraucht werden. Für Kettenhunde müssen 10 M. für Hunde auf Wagen zur Bewachung der Ware, Ziehunde und Hunde der Forstbeamten 5 M. gezahlt werden. Den Mehrertrag der Steuer berechnet man auf 15 000 M. Die Biersteuer soll mit 65 Pf. pro Hektoliter zur Erhebung gelangen, das sind 16 000 M. mehr. Das Ortsstatut gegen die bauliche Verunstaltung der Stadt gelangte nach wiederholten Juridikationen zur Annahme. Es bezieht sich nur auf den Anstrich historischer Straßenzüge und auf die Anbringung von Reklameschildern, da schon jetzt für ca. 650 Häuser eine einschränkende Bestimmung, das sogen. Publikandum aus dem Jahre 1787, besteht. Sollten bereits vorhandene Reklameschilder unter die neuen Bestimmungen fallen, so soll eine Sachverständigenkommission über deren Entfernung beschließen. Auf Anfrage erklärt der Oberbürgermeister Vosberg, daß es nach den bisher geforderten geringen (!) Gebäuderehöhungen gelingen werde, den Etat für 1910 ohne Erhöhung der Kommunalsteuerzuschläge (bisher 110 Proz.) zum Balanzieren zu bringen. Das kann sich natürlich nur auf die Leute vom Geldbad beziehen. Für den größten Teil der Mieter ist durch die Müllabfuhr- und Kanalisationssteuer ein Zuschlag von 25—75 Proz. erfolgt.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbläßen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft sehr still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr mäßig, Geschäft reger, Preise gut. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise niedrig. Milch: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Prima Seife gut gefragt. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßkräuter: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise fast unverändert.

Witterungsüberblick vom 16. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer- stand mm	Windrichtung	Wolkenlage	Temperatur in Grad Celsius		
Stettin	746	SW	3	bedeckt	0	Dachau	758	SW	4	bedeckt	-16
Hamburg	746	SW	3	bedeckt	1	Petersburg	762	SW	2	halb bed.	-11
Berlin	747	SW	2	bedeckt	1	St. Petersburg	753	SW	4	wolfig	7
Frankfurt a. M.	748	SW	4	Regen	2	Aberdeen	738	SW	2	bedeckt	0
München	750	SW	bedeckt	-1	Warsz	752	SW	2	wolkenl.	1	
Wien	752	SW	1	bedeckt	0						

Wetterprognose für Donnerstag, den 17. Februar 1910.

Nachts ein wenig kälter, am Tage wieder mild und zeitweilig heiter, vielwolke neblig bei schwachen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sechster Wahlkreis

Sonntag, den 20. Februar 1910, abends 6 1/2 Uhr:

Öffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen

in den Prachtzalen Nordwest, Wicelstraße 24 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

Unsere Aufgaben im preussischen Wahlrechtskampfe.

Referentin: Genossin **Klara Zetkin** (Stuttgart).

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer: **Alfred Paersch**, Alt-Roabit 43.

Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, den 18. Februar 1910, abends 6 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).

Tagesordnung:

1. Diskussion über den Jahresbericht des Gesamtverbandes, der technischen Kommission und der Referenten. 2. Resolutions des Gesamtverbandes, eines Referenten und des Arbeitsnachweis-Kuratoriums. 3. Stellungnahme zu den Anträgen. 4. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch erwartet

Der Vorstand.

Die Zahlstelle für Schönhauser-Vorstadt befindet sich von jetzt ab: Schönhauser Allee 134a bei Max Rath (früher Reich).

Zentral-Verband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin u. Umgegend.

Sonnabend, den 19. Februar 1910, in den festlich dekorierten Sälen der Brauerei Friedrichshain (am Königstor):

Großer Wiener Maskenball.

Eintrittskarten a 50 Pf. sind in den Bezirkslokalen sowie im Verbandsbureau zu haben.

Alle Mitglieder, deren Angehörige sowie Freunde und Bekannte sind hiermit freundlichst eingeladen.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 14 (Zimmer 4): Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Bocker, Weberstraße 17:

Kombinierte Sitzung der Kontroll- und Branchenkommissionen und der Ortsverwaltung.

Montag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Sälen, Kopenstraße 29:

Vertrauensmänner - Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Achtung! Bantischler!

Sonntag, den 20. Februar 1910, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Anton Voeker, Weberstraße 17:

Branchen-Versammlung der Bantischler zu welcher das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend erforderlich ist.

1. Bericht über die dreijährige Tarif- und jegliche Vertragsverhandlung und welche Vorteile haben die Bantischler davon? 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Die Branchenkommission. S. U.: Karl Reiche.

Achtung! Maschinenarbeiter!

Wegen der Vertrauensmänner-Versammlung fällt die Branchenversammlung aus.

Die Branchenkommission.

Bester

Dänischer Kautabak

M. Hansen jun., Hadersleben.

Generalvertrieb:

Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70.

Amt VII, 3047.

Herren-Stoff-Reste Wer — Stoff — hat

zu Herrenanzügen Sportblößen, feinste Fabrikate, Kammingarne, Cheviots, neueste Muster von 5 M. an per Meter reine Wolle.

Spezialität: Anzug nach Maß, komplett „Napoleon I.“ von 36 M. an, reine Wolle, neueste gestreifte Muster; unerreicht. Paletot, Westüberzieher nach Maß, von 32 M. an. Gehrockanzug „Gedreht“ nach Maß, ff. Tuch, Kammingarne, nie glänzend werdend, Seide auf Kappe, von 48 M. an. Gilet „Paris“ nach Maß, haltbarer, gestreifter Strapazierstoff, Ledertaschen, von 12 M. an. — Infertigung eventuell innerhalb 24 Stunden.

Geschäftsprinzip: „Groß wie die Welt.“

Reichhaltiges Tuch- und Buckskin-Lager. Beschäftigung erbeidet ohne Kaufzwang. Kein Mutterverwand. Ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft! Siehe auch Adressbuch 1910 Teil I unter „E“ Seite 582.

Ludwig Engel, Prenzlauer Str. 23 II. (Weganderplatz) Begr. 1892.

Rheumatismus

Gicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh, Geschwulst etc. sind oft unerträglich, daher gebraucht man sofort

Reichel's „Electricum“

(Echtes Kiefernädel-Walwolöl, ein reines und abköchtes Naturprodukt von kräftig durchgereiften, nachhaltigen, schmerzstillender Wirkung. Flasche M. 1.— und M. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch den inneren Gebrauch von Reichel's Wundholzer-Extract „Medico“.

Flasche 75 Pf. M. 1.50 und M. 2.50

Man nehme aber nur die echten Originalfüllungen u. achte scharf auf die Marke „Medico“.

In den Apotheken u. Drogerien erhältlich, wo nicht direkt bei Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.



Nur einmal jährlich zum

Inventurpreis!

reichgestickte solide

Plüsch-Portieren

Pro Fenster 6³⁵/_{M.} Mark

Filztuchportieren 3³⁵/_{M.} Mark

mit allerliebster Stickerei

Mit Plüsch-Lambrequins 1⁷⁵/_{M.} Mark

Reich-gestickt Plüschschleier 7⁸⁵/_{M.} Mark

Teppich-Spezialhaus

Emil Lesèvre

Berlin Oranienstr. 158.

Nach auswärts per Nachnahme

Inventur - Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 20. Februar, abends 6 Uhr, bei Raabe, Fichtestraße 29:

Jugend-Versammlung.

Vortrag des Herrn Professor Dr. A. Blaschko über:

Jugend und Gesundheit.

Nach dem Vortrag: Geselliges Beisammensein.

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung freundlichst eingeladen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1287.

Metallschleifer!

Freitag, den 18. Februar 1910, abends 8 Uhr, in den Urminhallen, Kommandantenstr. 59 (großer Saal):

Allgemeine Versammlung

aller in den Metallschleifereien beschäftigt. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

1. Der Schleiferschuß und die Gehelgung. Referent: Reichstagsabgeordneter Karl Severing-Dietfeld. 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Der Genosse Severing wird in eingehender Weise die Frage der Gehelgung behandeln. Bei der Wichtigkeit, die diese Angelegenheit für uns hat, fordern wir die Kollegen und Kolleginnen auf, vollständig zu erscheinen.

Kollegen! Agitiert für diese Versammlung! Die Ortsverwaltung.

Schriften von August Bebel.

Aus meinem Leben. I. Teil. Broschüre 1.50 M., geb. 2 M.

Die wahre Gestalt des Christentums von Yves Guyot und Sigismond Lacroix. Uebersetzt von August Bebel. Preis 50 Pf.

Glossen zu Yves Guyots und Sigismond Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums“. Reicht einem Anhang: Die gegenwärtige und zukünftige Stellung der Frau. Vierte durchgesehene Auflage. Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 30 Pf.

Charles Fourier, sein Leben und seine Theorien. Preis 2 M., gebd. 2.50 M.

Die Frau und der Sozialismus. Preis 2.50 M., gebd. 3 M.

Das Bebel'sche Buch ist, wenn man von den Schriften eines Karl Marx und Friedrich Engels absteht, das bedeutendste literarische Ereignis, welches der deutsche Sozialismus hervorgebracht hat. Der den Sozialismus und seine Ziele kennen lernen will, wird nicht umhin können, sich der Wertüre des Buches zu unterziehen, dessen großer Reiz und strenger, sittlicher Ernst selbst bei den bestkatechetischen Fragen auch seitens der Gegner offen anerkannt werden müssen.

Attentate und Sozialdemokratie.

Nach einer Rede, gehalten am 2. November 1898. Zweite Auflage, mit einem Nachwort. Preis 20 Pf.

Unsere Ziele.

Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“. Erste Auflage. Preis 30 Pf.

Die Schrift ist ein historisches Dokument der deutschen Sozialdemokratie, trotzdem der damalige Standpunkt des Verfassers nach verschiedenen Richtungen hin überholt ist.

Sozialdemokratie und Antisemitismus.

Preis 75 Pf. Agitationsausgabe 30 Pf.

Christentum und Sozialismus.

Eine religiöse Polemik zwischen Herrn Kaplan Hofhoff in Halle und Bebel. Neue Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis 10 Pf.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage.

Tätigkeitsberichte und Woblauf aus den Jahren 1871 bis 1893. Preis 5 M., auch zu beziehen in fünf einzelnen Heften. Heft 1 kostet 60 Pf., alle weiteren 1 M.

Expedition des Vorwärts

BERLIN SW. Lindenstr. 69, Laden.

Verleth-Institut

Friedrichstr. 115/1, a. Crdng. Ter. Elg. Frad, Gebrod. 1.50, Dose 1.00, Beste 50 Pf.

Zum Küssen schön

ist ein Mund mit



den bestexistierenden

Zähne 180 M

mit echten Platinstiften. Unter Garantie für absoluten Sitz und Brauchbarkeit selbst in den schwierigsten Fällen.

300 M. Belohnung

demjenigen, der uns nachweist, daß unsere Zähne nicht mit echten Platinstiften versehen sind.

Schmerzloses Zahnziehen 1 M.

von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahnpraxis geworden. Beweis: Freispruch derselben, während über 300 Zahnkünstler wegen Anknüpfung von schmerzlosem Zahnziehen verurteilt wurden.

Reparaturen von 1 M. an.

Reform Zahn-Praxis Carl Rudolph

1. Praxis: Elassor Str. 14.

2. „ Friedrichstr. 35.

3. „ Oranienstr. 61.

4. „ Pallasstr. 106.

5. „ Moabit, Nuttonstr. 65.

6. „ Charlottenb., Wilmersdorfer Str. 117.

7. „ Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.

8. „ Spandau, Neuen- dorfer Str. 106.

Bequeme Zahlungsweise.

Dr. Schönemann

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedr. Str. 203. Ede Schöne- fte. Wochentags 10-2, 5-7.

Am Montag, den 14. Februar, entritt uns der Tod plötzlich unsern langjährigen Kollegen, den Segen- invaliden Herrn

Stephan Arnold

aus Klorf (Schweig) im 68. Lebensjahre. — Während eines Menschenalters' Freud und Leid mit uns teilend, hat er sich durch seinen lauterem Charakter unsere Achtung und Freundschaft in hervorragendem Maße erworben, so daß wir ihm ein ehrendes Andenken stets beizubehalten werden.

Die Kollegen der Nord- deutschen Buchdrucker- Die Beerdigung findet statt am Freitag, nachm. 4 1/2 Uhr, auf dem neuen Nixdorfer Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg. (Straßen- bahnlinie 7.)

Typographia.

Den Mitgliedern die betrübende Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege

Stephan Arnold

plötzlich verstorben ist. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. 60/6

Beerdigung siehe vorstehend. Die Sängler werden gebeten, unserem verstorbenen Kameraden möglichst zahlreich das letzte Geleit zu geben.

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Glaser Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Paul Otto

(Betrieb Weikeln) gestorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Dortheim- städtischen Kirchhofes, Scharn- weberstraße 1-2 (Reinholdsdorfer- Weg), aus statt. 72/1

Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß der laudaburne Maurer

Gustav Rose

wohnhaft Horner Straße 55, am 14. d. Mis., nachm. 6 1/2 Uhr, im Krankenhaus am Friedrichshain an Lungenerkrankung verstorben ist. Die Ueberführung der Leiche findet nach seiner Heimat, Stolzen- berg in der Neumark, statt.

Beerdigung Sonnabend nach- mittag. 43/192

Zu Rameu d. Hinterbliebenen:

Emil Rose als Bruder, Brangelstraße 41.

Verband der Hafnarbeiter und verw. Berufsgen. Deutschlands.

Mitgliedschaft Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Bartolomeus Kubis

41 Jahre alt, am 15. Februar nach langen Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michaels-Kirchhofes in Nixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 19/2 Der Vorstand.

Am 12. Februar verlor ich nach schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der Restaurateur

Paul Klappauf.

Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Michaels- Kirchhofes in Siedende aus statt.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme an- (schluß des Hinscheidens meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Sohnes und Bruders Otto Lix, sage ich allen Bewandten, Freunden und Bekannten sowie dem Verband der Lithographen, Steinbrucker und verwandten Berufe, dem Deutschen Schneider-Bund, dem sozialdemo- kratischen Baderverein des 6. Bezirks, tagenabstufliches, dem Ehej und Verjonal der Firma W. Ved meinen innigsten Dank für die Beweise herzlicher Teil- nahme. 69/6

Witwe Brinkmann und Klader.

Masken - Garderobe

Carl Ernst

(Naher Willi Ernst) (alt: Köpenicker Str. 53 b. I. Amt IV, 14089.

Gr. Auswahl! Bill. Preise! 100erlei dieser Annonce er- 45/10 Prop. Preisermäßigung.

